



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 3/4 · März/April 2002 · 57. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Jahresrückblick — Hauptdaten zur wirtschaftlichen
Entwicklung in Hessen 2001

Ausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Letzte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Struktur und Entwicklung der Einpersonenhaushalte

Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000.

Teil 1: Aufgestellte Betten und stationär Behandelte

Hessischer Zahlenspiegel

Hessischer Umwelt-Monitor (2/02)



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Jahresrückblick

Hauptdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2001 66

Haushalte

Ausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Letzte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von *Heinz-Kurt Rompel* 94

Struktur und Entwicklung der Einpersonenhaushalte. Von *Siegfried Than* 100

Gesundheit

Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000.

Teil 1: Aufgestellte Betten und stationär Behandelte. Von *Gabriele Hofacker* 106

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 110

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung 111

Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit 111

Landwirtschaft 112

Verarbeitendes Gewerbe 112

Energie- und Wasserversorgung 112

Handwerk 113

Baugewerbe, Baugenehmigungen 113

Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe 113

Außenhandel 114

Tourismus, Verkehr 114

Geld und Kredit 115

Gewerbeanzeigen 115

Preise 115

Steuern 116

Verdienste 116

Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4

Hessischer Umwelt-Monitor (2/02) grüne Beilage

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)

ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright:

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890

E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse:

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis:

Print: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 38,50 Euro (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.

. = Zahlenangabe nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsraten die Ausgangszahlen kleiner als 100 sind.

. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.

0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).

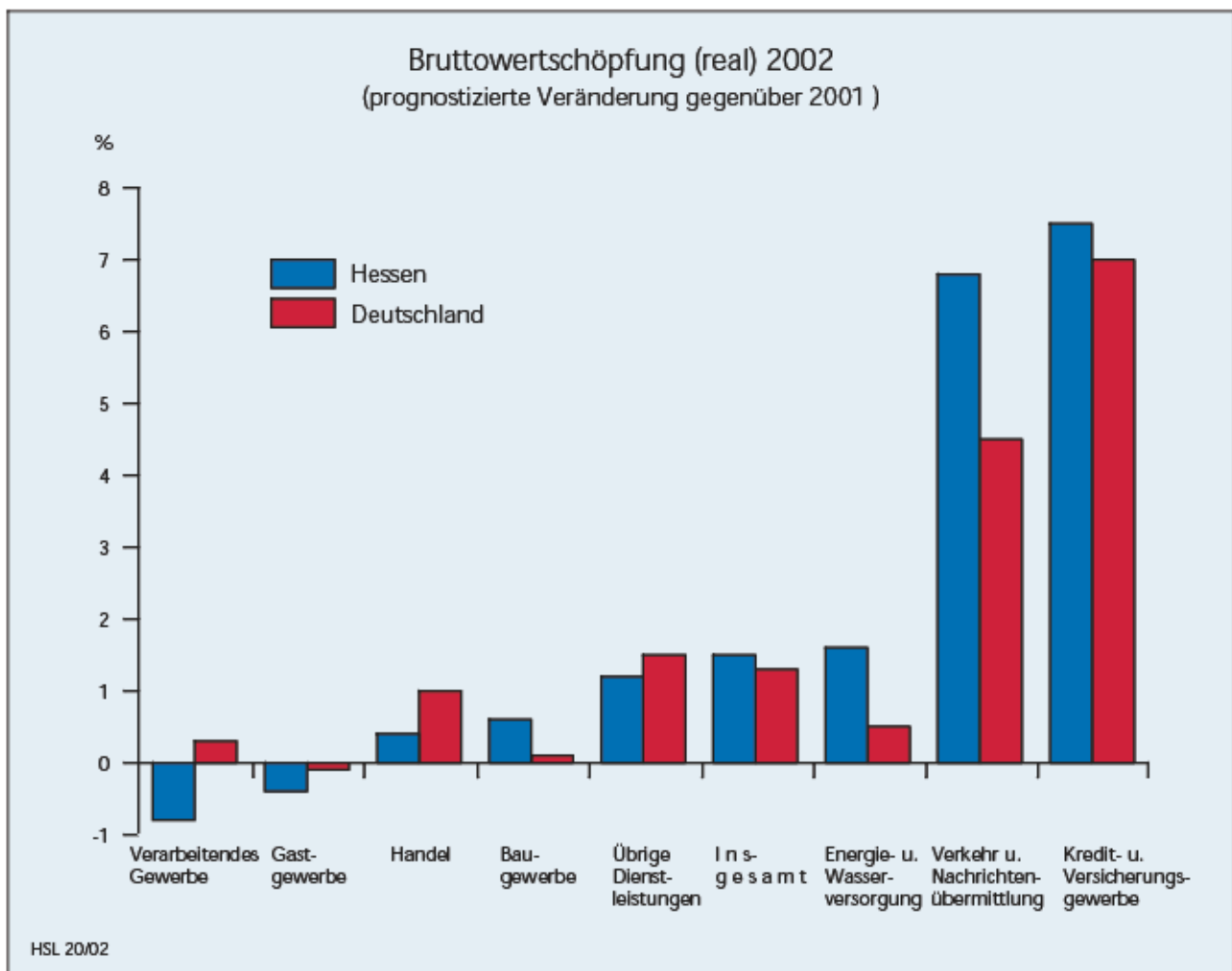
D = Durchschnitt.

p = vorläufige Zahl(en).

r = berichtigte Zahl(en).

Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2001

Der Jahresrückblick 2001 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in kompakter Form dar. Damit der Überblick gewahrt bleibt, ist der Rückblick in die vier Hauptabschnitte „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“, „Wirtschaftsbereiche“, „Öffentliche Finanzen“ sowie „Bevölkerung“ gegliedert. Abgerundet wird die Darstellung durch mehrere Schaubilder. Neu aufgenommen wurden im Abschnitt „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“ die wichtigsten Ergebnisse der Studie „Konjunkturprognose Hessen 2002“. Der Bereich „Landwirtschaft“ wurde gestrichen. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2001. Lediglich die Daten zu den Themenbereichen „Außenhandel“ und „Binnenschifffahrt“ (Januar–November) sowie „Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln“ (1. Vj.—3. Vj.) beinhalten bei Redaktionsschluss nicht das ganze abgelaufene Jahr. Die Angaben zu den Bereichen „Erwerbstätigkeit“ und „Haushalte“ beziehen sich auf den Zeitraum April 2001 und die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand auf den Stichtag 1. Januar 2001. Im Bereich „Bevölkerung“ werden für das Jahr 2001 geschätzte Werte nachgewiesen.

Schlaglichter des Jahres 2001 aus statistischer Sicht:

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt:** Hessens Wirtschaft konnte im Jahr 2001 ein Wachstum von 1,4 % realisieren; die Rate lag damit um 0,8 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Für das Jahr 2002 wird eine Zunahme des hessischen Bruttoinlandsprodukts um 1,5 % prognostiziert.
- **Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosenzahl in Hessen hat weiter abgenommen: Sie verringerte sich von durchschnittlich 214 900 im Jahr 2000 um 14 300 oder 6,7 % auf 200 500 im Berichtsjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 8,1 auf 7,4 %.
- **Erwerbstätigkeit:** Die Zahl der erwerbstätigen Hessen belief sich im April 2001 auf rund 2,81 Millionen, das waren 56 000 oder 2 % mehr als ein Jahr zuvor.
- **Außenhandel:** Von Januar bis November 2001 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 29,2 Mrd. Euro im Ausland absetzen, 6 % mehr als im Vergleichszeitraum 2000. Der Wert der Einfuhren sank um etwas über 2 % auf 47,2 Mrd. Euro.
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Im Jahresdurchschnitt 2001 kam es zu vergleichsweise hohen Teuerungsraten. Im Durchschnitt des Berichtsjahres war der Preisindex um 2,1 % höher als ein Jahr zuvor. Damit gab es die stärkste Teuerung bei den Verbraucherpreisen seit 1994.
- **Verdienste:** Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr erneut stärker als die Bruttoverdienste gestiegen.
- **Insolvenzen:** Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen legte im Jahr 2001 deutlich zu. Damit wurde die seit drei Jahren anhaltende rückläufige Entwicklung unterbrochen.

- **Gewerbeanzeigen:** Die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen ist im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % auf gut 63 600 gesunken. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Abmeldungen. Sie verringerte sich um 0,4 % auf 57 100.

Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Im Vergleich zum Jahr 2000 verzeichnete das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2001 einen leichten Umsatzzuwachs. Die preisbereinigten Auftragseingänge gingen im Jahresdurchschnitt etwas zurück. Der Beschäftigungsrückgang hielt weiter an, wenn auch in abgeschwächter Form.
- **Bauhauptgewerbe:** Die Entwicklung dieser Branche war im Jahr 2001 durch stagnierende baugewerbliche Umsätze, einen anhaltenden Beschäftigungsrückgang und rückläufige Auftragseingänge gekennzeichnet.
- **Bautätigkeit:** Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2001 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt 6,2 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Dies waren 95 000 m² oder 1,5 % weniger als im Jahr davor.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe kamen auch im Jahr 2001 nicht in Schwung. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr nominal um 0,1 %; real bedeutete dies ein Minus um etwas über 1 %.
- **Fremdenverkehr:** Die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) wurden im Jahr 2001 von 9,8 Mill. Gästen besucht, die 25,6 Mill. Übernachtungen buchten. Dies waren nur unwesentlich weniger Gäste und Übernachtungen als im Jahr 2000.
- **Gastgewerbe:** Im hessischen Gastgewerbe waren die Umsätze im Jahr 2001 rückläufig: Nominal war ein Minus von über 0,5 % und real von 2 % zu verzeichnen.

- **Verkehr:** Im Jahr 2001 musste der Luftverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) im Gefolge der Ereignisse vom September 2001 und der weltweiten Konjunkturschwäche sowohl im Bereich „Passagierverkehr“ als auch im Bereich „Luftfrachtverkehr“ Einbußen hinnehmen.
- **Landwirtschaft:** Die hessische Gesamtgetreideernte legte im Jahr 2001, bei nahezu unveränderter Anbaufläche, gegenüber dem Vorjahr um 131 150 Tonnen zu; der durchschnittliche Getreideertrag lag bei 69,3 dt/ha.

Öffentliche Finanzen

- **Kommunalfinanzen:** Die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften konnten — nach positiven Finanzierungssalden in den Jahren 1998, 1999 und 2000 — auch für das Jahr 2001 noch einen, wenngleich deutlich reduzierten, Überschuss ihrer Einnahmen über die Ausgaben ausweisen.
- **Gesamtsteueraufkommen:** Das Steueraufkommen in Hessen verfehlte mit einem Wert von 44,6 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um fast 3 %.

Bevölkerung

- **Bevölkerung:** Die Bevölkerungszahl Hessens dürfte im Jahr 2001 mit 0,2 % etwas schwächer gestiegen sein als im Jahr zuvor. Hochgerechnet dürfte sich eine Bevölkerungszunahme von gut 9000 auf 6,077 Mill. Einwohner ergeben.
- **Haushalte:** Im April 2001 gab es in Hessen 2,83 Mill. Privathaushalte. Der Trend zu kleinen Haushalten hält an.

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

1,4 % Wirtschaftswachstum

Die nun elfjährige gesamtdesche Wirtschaftsgeschichte hatte bis 1999 — abgesehen vom Rezessionsjahr 1993 — nur bescheidene Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts zwischen 0,8 % (1996) und 2,3 % (1994) erbracht. Erst im Jahr 2000 wurde in *Deutschland* mit 3,0 % ein Wirtschaftswachstum erreicht, das für kräftigere Arbeitsmarkimpulse sorgte. Die Hoffnungen auf einen anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit musste aber bald begraben werden, da sich das konjunkturelle Klima im Verlauf des Berichtsjahres zunehmend abkühlte. Denn nachdem im Zeitraum 1998 bis 2000 die Ausrüstungsinvestitionen weit über ihre langfristigen Wachstumsmöglichkeiten ausgedehnt worden waren, konnten die dadurch entstandenen Produktionskapazitäten 2001 nicht mehr ausgelastet werden. Hinzu kamen Ein-

1) Dieser Wert wurde Anfang November auf 0,6 % zurückgenommen.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2002“ kann zum Preis von 13,00 Euro zuzügl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter www.hsl.de. Dort steht die Veröffentlichung — ebenfalls zum Preis von 13,00 Euro — auch als Download-Angebot zur Verfügung.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen¹⁾ (real)

Jahr	Hessen		Deutschland	
	Euro	Veränderung zum Vorjahr in %	Euro	Veränderung zum Vorjahr in %
1992	54 445	0,8	46 177	3,8
1993	53 960	- 0,9	46 303	0,3
1994	54 705	1,4	47 467	2,5
1995	55 902	2,2	48 186	1,5
1996	56 884	1,8	48 701	1,1
1997	57 881	1,8	49 462	1,6
1998	58 416	0,9	49 890	0,9
1999	59 511	1,9	50 185	0,6
2000	59 967	0,8	50 858	1,3
2001	60 382	0,7	51 082	0,4

1) Berechnungen nach ESG 1995; ab 2000 vorläufige Werte.

schränkungen bei den privaten Konsumausgaben zu Gunsten einer zuletzt sehr niedrigen und nun wieder steigenden Sparquote. Da sich gleichzeitig die schon länger rückläufige Tendenz bei den Bauinvestitionen 2001 kräftig verstärkte, gingen die Bruttoanlageinvestitionen um mehr als 21 Mrd. Euro oder nahezu 5 % zurück. Dadurch sank die gesamte inländische Verwendung des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,0 % oder knapp 20 Mrd. Euro. Eine gesamtwirtschaftliche Rezession in Deutschland konnte 2001 nur durch einen — auf Grund der anhaltenden Euro-Schwäche — stark steigenden Außenbeitrag (Export minus Import) von gut 66 Mrd. Euro vermieden werden. Das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum schrumpfte allerdings deutlich von 3,0 % im vorangegangenen Jahr auf nur noch 0,6 % im Berichtsjahr zusammen.

Hessen hat dagegen die Konjunkturflaute 2001 deutlich besser überstanden als Deutschland insgesamt. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts reduzierte sich hier von 3,1 % im Jahr 2000 auf 1,4 % im Jahr 2001. Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg dadurch von 9,1 % in 2000 auf 9,2 % in 2001. In ihrem Herbstgutachten 2001 hatten die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute — entgegen den ursprünglich geweckten hohen Erwartungen mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 2,7 % — für das Jahr 2001 nur noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland von 0,7 % prognostiziert¹⁾. Auf dieser Basis wurde in der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern erstmals für die hessische Gesamtwirtschaft erstellten und im Dezember 2001 veröffentlichten „Konjunkturprognose Hessen 2002“ die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Hessen für das Jahr 2001 auf 1,4 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt²⁾. Diese Schätzung wurde durch die Ergebnisse der ersten Schnellrechnung im Februar 2002 exakt bestätigt. Wie vorausgesagt hat das Wachstum im Jahr 2001 vor allem nach dem zweiten Quartal des Jahres zunehmend an Schwung verloren. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt nach der Schnellrechnung im ersten Quartal

2001 deutlich um 2,2 %³⁾ (Deutschland: + 1,4 %) und im zweiten Quartal um 1,9 % (Deutschland: + 0,6 %). Im dritten und vierten Quartal 2001 gingen die Wachstumsraten dagegen auf 0,8 % (Deutschland: + 0,3 %) und 0,6 % (Deutschland: + 0,1 %) zurück. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Hessen erreichte damit im Durchschnitt des Jahres 2001 ein mehr als doppelt so hohes Wachstum wie im Bund mit 0,6 %.

Die entscheidenden Wachstumsimpulse für die Wirtschaft Hessens gingen im Jahr 2001 von den Dienstleistungsbereichen Kredit- und Versicherungsgewerbe, Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und unternehmensnahen Dienstleistungen aus. Hessens Verarbeitendes Gewerbe konnte vom Boom beim Warenexport nur unterdurchschnittlich profitieren. Während die reale Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs 2001 in Deutschland stagnierte, ging sie in Hessen um 1 % zurück. Rezessive Tendenzen herrschten auch in Hessens Baugewerbe sowie im Handel insgesamt. Das in jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt stieg um 3,8 Mrd. Euro oder 2,1 % auf 185,3 Mrd. Euro.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen stieg von knapp 60 000 Euro in 2000 um 0,7 % auf 60 400 Euro im Berichtsjahr. Das war das Spitzenergebnis unter den 13 Flächenländern. Damit lag das auch als Arbeitsproduktivität bezeichnete preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen 18 % über dem Bundesdurchschnitt von 51 100 Euro. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 37 700 Euro noch immer deutlich hinter dem entsprechenden Wert für die alten Bundesländer (ohne Berlin: 53 800 Euro) zurückbleibt. Bei den drei Stadtstaaten, die durch ihre hohe Dienstleistungskonzentration eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Hessen aufweisen, lag die Arbeitsproduktivität nur in Hamburg (68 100 Euro) über dem hessischen Niveau.

Unter der Voraussetzung, dass die Herbstprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute eintritt — diese sieht für das Jahr 2002 ein Wachstum von 1,3 % für Deutschland vor —, dürfte das *hessische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002* um weitere 1,5 % steigen⁴⁾. Damit wird Hessen vor allem dank einiger wertschöpfungsstarker Dienstleistungsbranchen auch im Jahr 2002 einen Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland halten. Infolge der erwarteten Belebung der Weltwirtschaft dürfte sich das konjunkturelle Klima im Jahr 2002 wieder etwas verbessern. Hiervon wird auch die hessische Wirtschaft profitieren. Die negativen Impulse, die die Terroranschläge in den USA vor allem auf die hessische Luftfahrt ausüben, sowie die schwächere Entwicklung bei den Banken, werden sich jedoch in den ersten zwei Quartalen 2002 noch dämpfend auswirken, sodass der beachtliche

Wachstumsvorsprung des Jahres 2001 (+ 0,8 Prozentpunkte) gegenüber Deutschland nicht ganz verteidigt werden kann und nur noch ein Wachstumsvorsprung von 0,2 Prozentpunkten zu erwarten ist.

Auch im Jahr 2002 wird das Wachstum in Hessen erneut im Wesentlichen von einigen wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereichen getragen werden. Insbesondere die Bereiche „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ werden mit einem prognostizierten Zuwachs der realen Bruttowertschöpfung von voraussichtlich 7,5 % (+ 1,5 Mrd. Euro) bzw. 6,8 % (+ 1,1 Mrd. Euro) deutlich gegenüber dem Vorjahr zulegen. Steigen wird die Wirtschaftsleistung voraussichtlich auch im Bereich der „Übrigen Dienstleistungen“, zu denen das Grundstücks- und Wohnungswesen und die Dienstleistungen für Unternehmen zählen (+ 2,2 % oder + 1,7 Mrd. Euro). Im Gegensatz dazu ist im Verarbeitenden Gewerbe mit einem Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um 0,8 % (– 233 Mill. Euro) zu rechnen, gefolgt vom Gastgewerbe mit – 0,4 % (– 7,7 Mill. Euro). Die reale Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen wird damit schätzungsweise um 1,1 Prozentpunkte hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurückbleiben. Ein Wachstumsrückstand von 0,3 Prozentpunkten wird für die „Übrigen Dienstleister“ prognostiziert. (Siehe auch Schaubild auf Seite 65.)

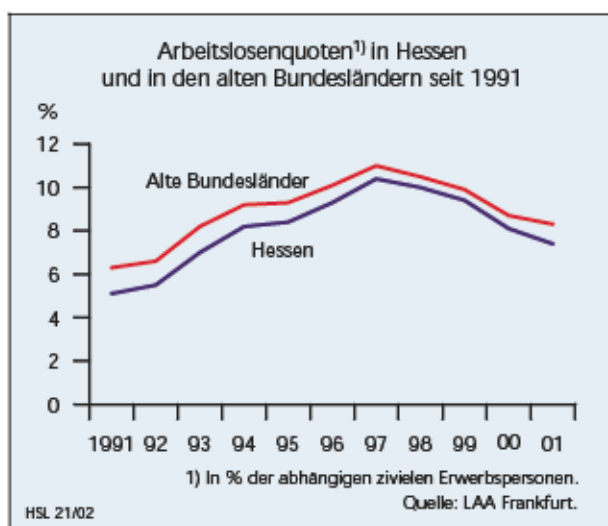
Das erwartete Wirtschaftswachstum auf den deutschen und hessischen Gütermärkten wird im Jahr 2002 noch nicht auf die entsprechenden Arbeitsmärkte übergreifen können. Zum einen ist die Erhöhung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2001 stärker ausgefallen als in den Gutachten des Sachverständigenrates und der Wirtschaftsforschungsinstitute angenommen. Bei einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, der 2001 mit 0,6 % deutlich unterhalb des langfristigen Jahresdurchschnittlichen Anstiegs der Arbeitsproduktivität blieb, verfügt die inländische Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2002 über erhebliche personelle Kapazitätsreserven, die teilweise an den stark steigenden Kurzarbeiterzahlen sichtbar werden. Zum anderen bewegt sich das für Deutschland bzw. Hessen prognostizierte Wirtschaftswachstum für 2002 in einem Rahmen, der kaum über den für 2002 zu erwartenden Produktivitätsanstieg hinausgeht. Deshalb dürften zu erwartende Einstellungen in einigen Dienstleistungsbereichen der hessischen Wirtschaft im laufenden Jahr nicht ausreichen, um den sich fortsetzenden Stellenabbau im produzierenden Gewerbe auszugleichen.

Jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sinkt von 8,1 auf 7,4%

Im Jahr 2001 zählten die hessischen Arbeitsämter 401 300 *Arbeitslosmeldungen*, die zu mehr als der Hälfte (51 %) Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit betrafen. Für die zumeist kündigungsbedingten Arbeitslosmeldungen nach

3) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal.

4) Aktuell gehen jedoch fast alle führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von einem geringeren, deutlich unter 1 % liegenden Wachstum aus.



vorangegangener Erwerbstätigkeit errechnete sich ein Anteil von 46 %. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Gegenüber dem Vorjahr vermehrten sich die Arbeitslosmeldungen im Jahr 2001 um 11 700 oder 3,0 %. Auf Bundesebene⁵⁾ wurde der relative Anstieg der Arbeitslosmeldungen ebenfalls mit 3,0 % gemessen. Die Zunahme der hessischen Arbeitslosmeldungen verlief in den Fällen vorheriger Erwerbstätigkeit (+ 8200; + 4,7 %) deutlich ausgeprägter als im Segment ohne vorherige Erwerbstätigkeit (+ 3800; + 1,9 %). Diesem Arbeitskräfteangebot standen 260 700 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres

5) Hier und im Folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).

Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamtsbezirk	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾
Bad Hersfeld	9 481	8 629
Darmstadt	30 748	29 001
Frankfurt	39 600	35 573
Fulda	7 515	7 048
Gießen	22 568	21 441
Hanau	14 123	12 998
Kassel	33 197	31 543
Korbach	5 898	5 539
Limburg	4 928	4 879
Marburg	8 673	8 240
Offenbach	11 467	10 852
Wetzlar	11 816	10 803
Wiesbaden	14 862	13 987
Land Hessen	214 875	200 533

1) Durchschnitt. Quelle der Grunddaten: Landesarbeitsamt Hessen.

2001 als *offen gemeldete Stellen* gegenüber. Das waren 18 500 oder 6,6 % weniger als 2000. Im Bundesgebiet verlief die mit der Konjunkturabkühlung nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften wesentlich deutlicher. Denn die aus den alten Bundesländern kommenden Stellenmeldungen reduzierten sich um 10,1 %. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere, durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, dass 2001 insgesamt 394 500 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausschieden. Das waren 24 500 oder 5,8 % weniger als 2000 (Bundesgebiet: – 4,6 %).

Die *Arbeitslosenzahl* in Hessen verringerte sich von durchschnittlich 214 900 im Vorjahr um 14 300 oder 6,7 % auf 200 500 im Berichtsjahr. Der durchschnittliche Abbau der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet (– 2,0 %) verlief viel verhalte-

Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat		Arbeitslose				Arbeitslosenquote ¹⁾					Offene Stellen	Kurz- arbeiter	
		ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter der						
			Männer	Frauen	Jugend- liche		Aus- länder	Männer	Frauen	Jugend- liche			Aus- länder
1999	D	239 257	134 071	105 186	5 747	51 080	9,4	9,6	9,1	8,0	17,2	30 650	6 396
2000	D	214 875	118 356	96 519	5 442	45 177	8,1	8,3	8,0	5,8	14,8	37 527	5 156
2001	D	200 533	110 886	89 647	5 110	42 684	7,4	7,6	7,1	4,4	14,2	37 692	7 822
2000	Oktober	196 354	105 855	90 499	4 903	41 830	7,3	7,3	7,3	4,7	13,6	35 763	4 783
	November	195 173	105 855	89 318	4 852	41 875	7,3	7,3	7,2	4,7	13,6	34 950	4 518
	Dezember	200 261	110 673	89 588	4 893	42 699	7,5	7,7	7,3	4,7	13,9	35 012	4 523
2001	Januar	211 728	119 120	92 608	5 034	44 307	7,9	8,2	7,5	4,9	14,4	37 651	6 118
	Februar	210 709	119 076	91 633	4 964	44 234	7,9	8,2	7,4	4,8	14,4	41 524	8 431
	März	204 313	114 765	89 548	4 729	43 475	7,6	7,9	7,3	4,6	14,1	43 155	8 160
	April	200 712	111 383	89 329	4 627	42 840	7,5	7,7	7,2	4,5	13,9	42 863	7 050
	Mai	194 170	107 182	86 988	4 385	41 574	7,1	7,3	6,8	3,5	14,1	41 363	6 463
	Juni	198 138	108 032	90 106	5 631	41 534	7,2	7,4	7,0	4,6	14,1	39 438	5 528
	Juli	199 169	108 257	90 912	5 987	41 026	7,3	7,4	7,1	4,8	13,9	37 571	4 797
	August	195 780	106 317	89 463	5 736	41 127	7,2	7,3	7,0	4,6	13,9	37 727	4 893
	September	194 050	105 826	88 224	5 251	41 517	7,1	7,3	6,9	4,2	14,1	36 289	5 838
	Oktober	195 656	107 129	88 527	5 048	42 737	7,1	7,3	6,9	4,1	14,5	32 366	7 461
	November	198 272	109 732	88 540	4 912	43 735	7,2	7,5	6,9	4,0	14,8	30 008	10 015
	Dezember	207 134	116 957	90 177	5 127	45 495	7,6	8,0	7,1	4,1	15,4	29 674	19 108

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

ner. Die jahresdurchschnittliche *Arbeitslosenquote* in Hessen ermäßigte sich dadurch von 8,1 % in 2000 auf 7,4 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 8,7 auf 8,3 %).

Da die *Kurzarbeit* in Hessen 2000 auf einem auch im langfristigen Vergleich sehr niedrigen Niveau angelangt war, machte sich mit der im Verlauf des Jahres 2001 immer stärker spürbaren Konjunkturschwäche eine deutlich zunehmende Kurzarbeit bemerkbar. Waren in 2000 nur durchschnittlich 5200 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen, so schnellte die Kurzarbeit im folgenden Jahr um 2700 oder 52 % (Bundesgebiet: + 56 %) auf 7800 Betroffene in die Höhe.

Hinter der Abnahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (– 6,7 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang von 10,2 % der Arbeitsamtsbezirk Frankfurt auf, gefolgt von Bad Hersfeld (– 9,0 %) und Wetzlar (– 8,6 %). Am anderen Ende der Skala stand der Arbeitsamtsbezirk Limburg (– 1,0 %), gefolgt von Gießen (– 5,0 %) und Marburg (– 5,0 %). Das Abklingen der Arbeitslosigkeit auf Landesebene war im Berichtszeitraum bei den Frauen (– 7,1 %) ausgeprägter als bei den Männern (– 6,3 %). Während die Frauenarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Bad Hersfeld um 10,7 % gegenüber dem Vorjahr fiel, kam es in Limburg nur zu einem Rückgang um 1,2 %. Bei den Männern reichte die Spannweite von – 10,7 % (Frankfurt am Main) bis zu – 0,8 % in Limburg.

Mehr Hessen erwerbstätig

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus (Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt) hat die Zahl der erwerbstätigen Hessen weiter zugenommen. Im April 2001 waren rund 2,81 Mill. der über 6 Mill. Hessen erwerbstätig, das waren 56 000 oder 2 % mehr als ein Jahr zuvor. Hierbei stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit + 35 000 oder + 2,9 % deutlich stärker als die der Männer mit + 20 000 oder + 1,3 %.

Bei den Männern war im April 2001 die Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 40 Wochenarbeitsstunden um 16 000 höher als im Berichtszeitraum des Vorjahres, während die der Beschäftigten mit 40 oder mehr Wochenstunden nur um 4000 zunahm. Bei den Frauen gab es ebenfalls Zunahmen sowohl bei der Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 40 Wochenstunden (+ 29 000) als auch bei jenen mit 40 oder mehr Wochenstunden (+ 7000). Damit kam es im vergangenen Jahr zu einer verstärkten Tendenz kürzerer Wochenarbeitszeiten. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten⁶⁾ nahm 2001 (in der jeweiligen Berichtswoche des Mikrozensus) um 4 % auf fast 190 000 zu, nachdem sie in den Jahren 1998 bis 2000 mit rund 180 000 annähernd konstant geblieben war.

6) Beschäftigte, deren monatliches Arbeitsentgelt die 325-Euro-Grenze nicht überschreitet oder deren wöchentliche Arbeitszeit unter 15 Wochenstunden liegt.

Erwerbstätige im April 2001 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			
	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (–)	
	1000		%	
Erwerbstätige insgesamt	2 751	2 807	56	2,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	45	47	(2)	.
Produzierendes Gewerbe	839	851	12	1,4
davon				
Bergbau ¹⁾ und Verarbeitendes Gewerbe	646	663	17	2,6
Energie- und Wasserversorgung	19	20	1	.
Baugewerbe	174	168	– 6	– 3,4
Dienstleistungen zusammen	1 867	1 909	42	2,2
davon				
Handel ²⁾ , Gastgewerbe und Verkehr	673	678	5	0,7
davon				
Handel ²⁾ - und Gastgewerbe	466	470	4	0,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	208	208	—	—
Sonstige Dienstleistungen	1 194	1 231	37	3,1
davon				
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	163	169	6	3,7
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstl. für Unternehmen ³⁾	265	288	23	8,7
Öffentliche Verwaltung u. Ä.	217	210	– 7	– 3,2
Öffentliche und private Dienstleistungen ⁴⁾ (o. öffentl. Verw.)	549	564	15	2,7

1) Und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Und Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.

Dabei stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten bei den Frauen um 7 %, während sie bei den Männern um 7 % sank.

Im April 2001 waren, wie schon im Vorjahr, 68 % der hessischen Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Gut 30 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2 % in der Land- und Forstwirtschaft. Die Zahl der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor nahm binnen Jahresfrist um 2,2 % zu; im Produzierenden Gewerbe gab es einen Anstieg der Zahl der Beschäftigten um 1,4 %. Im Dienstleistungssektor war die Steigerung im Bereich der Unternehmensdienstleistungen (Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) mit 9 % besonders hoch. Über dem Durchschnitt lag ebenfalls die Beschäftigtenzunahme beim Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 4 %).

Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiter erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbereich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr mit 58 zu 40 % nur um 18 Prozentpunkte auseinanderklaffte, arbeiteten bereits 81 % der berufstätigen Frauen im Tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe.

Außenhandel etwas verhaltener

Von Januar bis November 2001 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 29,2 Mrd. Euro im Ausland abset-

zen. Damit stieg die *Ausfuhr* gegenüber den ersten elf Monaten des Jahres 2000 um 6 %. Deutlich über die Hälfte der Exporte (52 %) geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); hier kam es zu einem Anstieg von ebenfalls 6 %. Mehr Waren gelangten aus Hessen nach Irland (+ 40 %), in das Vereinigte Königreich (+ 24 %), nach Finnland (+ 12 %), Frankreich (+ 11 %), Österreich (+ 10 %), Spanien (+ 3 %), Dänemark und Belgien (jeweils + 1 %) sowie in die Niederlande (+ 0,5 %). Nach Schweden stagnierte die Ausfuhr. Dagegen ging sie im Vergleichszeitraum nach Griechenland und Luxemburg (jeweils – 4 %), Italien (– 6 %) sowie Portugal (– 18 %) zurück. In die EFTA-Staaten wurden rund 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Zunahme von etwas über 3 %.

Insgesamt nahmen die Europäischen Staaten gut 69 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 2000 kam es zu einem Anstieg der Ausfuhr von 6 %. In die USA wurden von Januar bis November 2001 mit 2,8 Mrd. Euro 3 % weniger hessische Waren ausgeführt. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr blieb bei etwa 10 %. Auch gegenüber Japan — dorthin gelangen knapp 3 % der hessischen Ausfuhren — gab es eine Abnahme. Bei einem Warenwert von 859 Mill. Euro betrug der Rückgang 4 %. Besonders lebhaft entwickelte sich die Ausfuhr nach China. Mit einem Plus von 41 % katapultierte sich dieses Land auf einen Anteil von etwas über 2 %. Auch Polen und die Tschechische Republik konnten mit zweistelligen Zuwachsraten aufwarten (+ 11 bzw. + 17 %) und damit ihre Anteile auf etwas über 2 % erhöhen. Das Gewicht der letztgenannten drei Staaten wird dadurch deutlich, dass dorthin jeweils mehr hessische Waren ausgeführt wurden als nach Afrika oder auch in die MERCOSUR- oder ASEAN-Staaten.

Bei allen wichtigen Exportgütern kam es im Vergleichszeitraum zu einem Zuwachs. Der Wert der ausgeführten Fahrzeuge stieg um knapp 12 % auf 3,7 Mrd. Euro, bei den Maschinen war es ein Zuwachs von 11 % auf 4,5 Mrd. Euro, bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (einschl. Uhren) von 9 % auf 1,4 Mrd. Euro, bei den elektrotechnischen Erzeugnissen von annähernd 9 % auf 3,4 Mrd. Euro, bei den chemischen Erzeugnissen von annähernd 6 % auf 7,7 Mrd. Euro sowie bei den Eisen- und Metallwaren von 4 % auf 2,2 Mrd. Euro.

Bei der *Einfuhr*, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt, ging der Wert im Jahresvergleich um etwas über 2 % auf 47,2 Mrd. Euro zurück. Hier erreichte der Anteil der EU-Staaten knapp die Hälfte und damit wieder etwas mehr als in den Vorjahren; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt wuchs im Vergleichszeitraum um 6,5 %. Besonders starke Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Irland (+ 70 %), Luxemburg (+ 27 %), Portugal (+ 20 %), Belgien (+ 17 %) und Spanien (+ 16 %). Auch aus Österreich, den Niederlanden, Finnland, Italien und Dänemark wurden mehr

Waren eingeführt. Dagegen gelangten aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Griechenland und Schweden weniger Waren nach Hessen. Ebenso ging der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten zurück, und zwar um 7 %. Ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei gut 4 %. Während die Einfuhr aus Japan um 21 % abnahm, waren es bei den USA – 17 %. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr gingen dadurch auf knapp 6 % für Japan und annähernd 14 % für die USA zurück.

Hauptsächlich wurden Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge und chemische Erzeugnisse aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Bei allen diesen Gruppen — mit Ausnahme der chemischen Erzeugnisse mit einem Plus von 14 % — wurden im Vergleichszeitraum Abnahmeraten beobachtet: Bei Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen waren es jeweils – 10 %, bei Maschinen – 2 %.

Preiserhöhungen in der ersten Jahreshälfte

Im Jahr 2001 war die Preisentwicklung durch Preiserhöhungen in der ersten Jahreshälfte geprägt. Trotz einer Beruhigung des Preisklimas in der zweiten Jahreshälfte kam es dadurch im Jahresdurchschnitt zu vergleichsweise starken Teuerungsraten. Nach den drastischen Verteuerungen im Jahr 2000 stiegen die Importpreise für rohes Erdöl und Mineralölprodukte in den ersten Monaten des Jahres 2001 weiter an. Bereits ab dem Frühsommer wirkte die sich eintrübende Konjunktur preisdämpfend, und nach dem 11. September reduzierten sich die Ölpreise massiv.

Für die Entwicklung der *Verbraucherpreise* war im Jahr 2001 neben den erwähnten außenwirtschaftlichen Einflüssen die Zunahme der *Nahrungsmittelpreise* entscheidend. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte war im Durchschnitt des Jahres um 2,1 % höher als ein Jahr zuvor. Nachdem die entsprechende Teuerungsrate 2000 noch 1,9 % betragen hatte und 1999 mit 0,9 % der niedrigste Preisanstieg seit zwölf Jahren registriert worden war, gab es damit im Jahr 2001 die stärkste Teuerung bei den Verbraucherpreisen seit 1994. Die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerungsrate für Nahrungsmittel stieg von 1,7 % im Januar 2001 auf 6,0 % im Juni, sank dann aber wieder auf 4,5 % im Dezember. Im Durchschnitt des Jahres waren Nahrungsmittel damit um 4,4 % teurer als im Vorjahr. Die Preise für Schweinefleisch zogen dabei um 8,8 %, für Geflügelfleisch um 7,6 % sowie für Fleisch- und Wurstwaren um 6,0 % gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres an. 1999 und 2000 waren Nahrungsmittel noch jeweils billiger als im Vorjahr gewesen. Auch für Möbel und Einrichtungsgegenstände (+ 1,2 %) war der Preisauftrieb im Jahr 2001 im Durchschnitt höher als 2000. Das gleiche gilt für alkoholische Getränke (+ 2,0 %), Strom (+ 4,9 %), Rundfunk- und Fernsehgebühren (+ 11,7 %), Gas (+ 19,7 %) sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+ 25 %).

Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr / Monat		Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁾ (1995 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden ¹⁾ (1995 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾ (1995 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
								landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (1995 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ (1995 = 100)	
		in Hessen				in Deutschland ³⁾					
		Indizes	Zunahme in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾
1997	D	102,8	1,7	99,8	- 0,4	101,5	1,9	100,5	1,0	99,9	1,1
1998	D	104,1	1,3	100,0	0,2	99,5	- 2,0	95,6	- 4,9	99,5	- 0,4
1999	D	105,0	0,9	100,2	0,2	98,6	- 0,9	89,9	- 6,0	98,5	- 1,0
2000	D	107,0	1,9	101,4	1,2	104,0	5,5	95,4	6,1	101,8	3,4
2001	D	109,3	2,1	102,4	1,0	105,8	1,7	101,0 p	5,9 p	104,9	3,0
2000	Oktober	107,5	2,1	.	.	106,2	7,4	99,1	9,9	103,7	4,6
	November	107,7	2,1	101,7	1,4	106,0	6,4	100,2	9,6	103,9	4,7
	Dezember	107,6	1,8	.	.	105,7	5,1	98,8	7,5	103,6	4,2
2001	Januar	108,1	1,9	.	.	105,2	3,8	96,2	5,7	104,4	4,6
	Februar	108,8	2,3	102,1	1,1	106,1	3,7	98,5	5,7	104,7	4,7
	März	108,9	2,2	.	.	106,5	3,3	102,7	8,7	104,9	4,9
	April	109,2	2,5	.	.	106,9	4,1	103,0	9,1	105,4	5,0
	Mai	109,6	3,0	102,4	1,2	107,4	4,0	103,7	9,0	105,6	4,6
	Juni	109,8	2,7	.	.	106,9	3,1	100,3	3,9	105,7	4,3
	Juli	109,9	2,3	.	.	106,0	2,2	100,5	3,4	105,2	3,1
	August	109,8	2,3	102,5	1,0	105,7	1,5	101,9	4,5	105,1	2,7
	September	109,9	1,9	.	.	105,8	- 0,2	102,8	5,2	105,2	1,9
	Oktober	109,3	1,7	.	.	105,0	- 1,1	101,0	1,9	104,3	0,6
	November	109,2	1,4	102,4	0,7	104,0	- 1,9	100,7	0,5	104,0	0,1
	Dezember	109,2	1,5	.	.	104,1	- 1,5	100,4 p	1,6 p	103,7	0,1
2002	Januar	110,4	2,1	.	.	105,4	0,2	98,1 p	2,0 p	104,3	- 0,1
	Februar	110,7	1,7	102,4	0,3
	März	110,9	1,8

1) Einschl. Umsatz- (Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

Dagegen war der Anstieg der Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung) 2001 mit 0,8 % nochmals niedriger als in den Vorjahren. Die Teuerung ließ auch bei Kleidung und Schuhen (+ 0,1 %), Verkehr (+ 3,1 %), Tabakwaren (+ 2,4 %), Kraftstoffen (+ 0,9 %) und der Gesundheitspflege (+ 1,0 %) gegenüber dem Vorjahr nach. Für die Nachrichtenübermittlung, alkoholfreie Getränke und Heizöl wurden im Jahr 2001 sogar niedrigere Preise als 2000 registriert.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich heftige Preisbewegungen im Jahresverlauf. Im Januar 2001 hatte der Preisindex für die Lebenshaltung noch um 1,9 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres gelegen. Bis Mai stieg die Rate auf 3,0 %, fiel anschließend schrittweise aber wieder auf 1,5 % im Dezember. Auch die kurzfristige Preisentwicklung zeigt ein Ungleichgewicht zwischen den beiden Jahreshälften: Während der Preisindex von Dezember 2000 bis Juli 2001 um 2,1 % gestiegen war, ging er anschließend bis Dezember wieder um 0,6 % zurück.

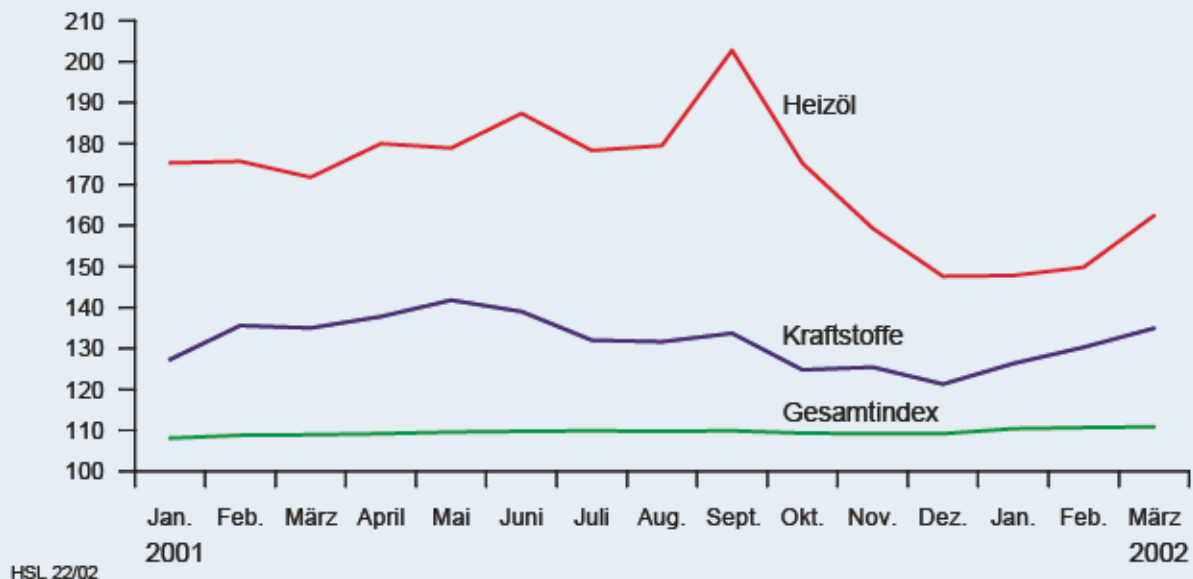
Die schwierige Auftragslage in der Bauwirtschaft schlug sich 2001 in den Preisen für den hessischen Wohnungsbau kaum nieder. Der Preisindex für den *Neubau von Wohngebäuden* (ohne Fertighäuser) in Hessen war 2001 im Durchschnitt um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Von 1999 auf 2000 war er um 1,2 % gestiegen, von 1998 auf 1999 hatte er aber nur

um 0,2 % zugenommen. Auch 2001 sind die Preise für den Ausbau von Wohngebäuden sehr viel stärker gestiegen als die für den Rohbau (im Jahresdurchschnitt 1,8 % im Vergleich zu 0,1 %). Im Jahresverlauf ging der Preisauftrieb weiter zurück: Nachdem der Index im Februar noch um 1,1 % höher war als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres, waren es im November nur noch 0,7 %.

Im Großhandel ist der Preisauftrieb stark zurückgegangen. Der Index der *Großhandelsverkaufspreise*⁷⁾ war 2001 im Durchschnitt nur noch um 1,7 % höher als im Vorjahr. Im Jahr 2000 hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 5,5 % betragen. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine weitere Abnahme im Jahresverlauf: Im Januar 2001 war der Index noch um 3,8 % höher, im Dezember dagegen schon um 1,5 % niedriger als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres. Im Zeitraum Mai bis Dezember 2001 hatte er um 3,1 % abgenommen. Ausschlaggebend für den starken Rückgang der Jahresteuierung war die Trendwende bei den Preisen der Mineralölzeugnisse, die im Januar 2001 noch um 9,5 % teurer, im Dezember dagegen um 10,4 % billiger waren als ein Jahr zuvor. Preisdämpfende Einflüsse gingen außerdem von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten aus, die im Durchschnitt des Jahres um 4,1 % billiger waren als 2000. Auch die Großhandelsverkaufspreise für Eisen- und Stahlerzeugnisse (einschl. NE-Metallen und NE-Metallzeugnissen) sowie Güter der Nachrichtentechnik,

7) Für Deutschland berechnet.

Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen (1995 = 100)



Rundfunk- und Fernsehgeräte (einschl. elektronischer Bauelemente) waren im Durchschnitt des Jahres 2001 niedriger als 2000; in der ersten Jahreshälfte waren sie aber noch höher gewesen.

Trotz BSE sowie Maul- und Klauenseuche haben sich die *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte*⁷⁾ 2001 insgesamt ähnlich wie im Vorjahr entwickelt. Nach vorläufigen Berechnungen waren sie 2001 im Durchschnitt um 5,9 % höher als im Vorjahr. Von 1999 auf 2000 waren sie um 6,1 % gestiegen. Der Verlauf innerhalb der Jahre war aber vollkommen unterschiedlich: Während die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerungsrate von Januar bis Oktober 2000 stark angestiegen war, nahm sie in der gleichen Zeit des Jahres 2001 deutlich (von 5,7 auf 1,9 %) ab. Schlachtvieh konnte im vergangenen Jahr nur mit erheblichen Preisabschlägen vermarktet werden. Die Preise für Rinder brachen nach dem ersten BSE-Fall in Deutschland ein und erholten sich im Verlauf des Jahres 2001 nur zum Teil. Schweinemäster konnten hiervon nur kurzzeitig profitieren, da die Verbraucher bereits in der zweiten Jahreshälfte wieder mehr Rindfleisch nachfragten und nach Vermarktungsverboten in Frankreich und den Niederlanden wegen der Maul- und Klauenseuche ab Mai 2001 ein größeres Angebot an Schweinen auf den Markt kam. Im Dezember 2001 lagen die Preise für Rinder schließlich um 1,7 % und die für Schweine um 15,3 % unter denen des Vorjahres. Im Durchschnitt des Jahres waren tierische Produkte um 5,7 % und pflanzliche Produkte um 6,1 % teurer als 2000. Während die Preise für Getreide dabei um 3,6 % sanken, zogen die für Hackfrüchte um 18,3 % an.

Die Entwicklung der *Erzeugerpreise gewerblicher Produkte*⁷⁾ (Inlandsabsatz) war wesentlich durch die Preisschwankungen für Energie beeinflusst. Bis zur Jahresmitte stiegen diese Erzeugerpreise kontinuierlich an. Im April 2001 wurde mit + 5,0 % die stärkste Jahresteuerrate seit fast 19 Jahren erreicht. Ab Juli setzte dann ein sich beschleunigender Preisrückgang ein. Im Dezember lagen die Preise nur noch um 0,1 % über dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt betrug die Teuerung 3,0 %. 2000 hatte die Rate + 3,4 % und 1999 – 1,0 % betragen. Die Erzeugerpreise für Energie waren 2001 im Durchschnitt um 8,9 % höher als im Vorjahr, die für Vorleistungsgüter um 0,8 %, für Investitionsgüter um 0,9 % und für Konsumgüter um 2,7 %.

Nettoverdienste stärker als Bruttoverdienste gestiegen

Wie schon in den beiden Vorjahren sind auch von 2000 bis 2001 die Nettoverdienste der Arbeitnehmer stärker als die Bruttoverdienste gestiegen. Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, im Hoch- und Tiefbau sowie in der Energie- und Wasserversorgung (Produzierendes Gewerbe ohne Handwerk) verdienten im Jahr 2001 einschl. aller Zulagen und Zuschläge im Durchschnitt 2870 Euro *brutto pro Monat*. Einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen oder 13. Monatsgehalt sind hierin nicht enthalten. Dagegen ist das Überstundenentgelt einbezogen. Der Bruttomonatsverdienst war damit im Jahr 2001 um 1,4 % höher als im Vorjahr. Im Jahr 2000 hatte die entsprechende Rate noch 2,6 % und sowohl 1998 als auch 1999 2,4 % betragen. Nach Modellrechnungen hatte ein

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat	Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten			
	je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe		im Handel ¹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe	
	Euro	Zunahme in % ²⁾	Euro	Zunahme in % ²⁾	Euro	Zunahme in % ²⁾	Euro	Zunahme in % ²⁾
Männer								
2000 Oktober	15,24	1,9	2 516	2,0	3 787	2,6	3 272	3,1
	D ³⁾ 15,21	2,3	2 501	2,8	3 757	2,4	3 238	2,6
2001 Januar	15,30	1,3	2 480	2,0	3 794	2,3	3 312	3,8
	April 15,42	1,7	2 527	1,5	3 818	2,4	3 353	3,7
	Juli 15,39	0,8	2 535	0,3	3 846	2,1	3 392	5,2
	Oktober 15,31	0,5	2 519	0,1	3 876	2,3	3 415	4,4
	D ³⁾ 15,36	1,0	2 520	0,7	3 843	2,3	3 380	4,4
Frauen								
2000 Oktober	11,52	1,0	1 865	2,0	2 803	3,7	2 542	3,3
	D ³⁾ 11,49	1,8	1 857	2,7	2 778	3,6	2 514	2,4
2001 Januar	11,50	1,0	1 864	2,0	2 825	3,2	2 566	4,6
	April 11,59	1,4	1 873	1,5	2 839	2,9	2 593	3,5
	Juli 11,74	1,6	1 899	1,4	2 865	2,9	2 624	4,2
	Oktober 11,70	1,6	1 885	1,1	2 891	3,1	2 649	4,2
	D ³⁾ 11,66	1,4	1 883	1,4	2 863	3,0	2 617	4,1
Männer und Frauen								
2000 Oktober	14,77	1,8	2 431	1,9	3 528	2,7	2 968	3,3
	D ³⁾ 14,74	2,3	2 418	2,8	3 500	2,6	2 936	2,7
2001 Januar	14,80	1,1	2 398	1,9	3 539	2,5	2 999	4,2
	April 14,93	1,6	2 443	1,4	3 562	2,4	3 033	3,5
	Juli 14,93	0,8	2 454	0,4	3 588	2,3	3 070	4,7
	Oktober 14,86	0,6	2 438	0,3	3 618	2,6	3 095	4,3
	D ³⁾ 14,89	1,0	2 438	0,8	3 586	2,5	3 060	4,2

1) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 3) Durchschnitt aus den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

verheirateter Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern bei diesem Bruttoverdienst einen **Nettomonatsverdienst** von 1980 Euro. Das waren 2,8 % mehr als 2000. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich ein Nettoverdienst von 1615 Euro (3,9 % mehr als 2000). Bei diesen Modellrechnungen sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoverdienst abgezogen. Das Kindergeld spielt bei der Berechnung der Nettoverdienste keine Rolle mehr. Die unterschiedliche Entwicklung von Brutto- und Nettoverdiensten ist vor allem auf Entlastungen bei der Lohn- und Kirchensteuer sowie beim Solidaritätszuschlag zurückzuführen. Da die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gemessenen Verbraucherpreise im Jahr 2001 um 2,1 % höher waren als ein Jahr zuvor, ergibt sich damit für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern nach Berücksichtigung dieser Preisentwicklung ein Anstieg des Netto-Realverdienstes um 0,7 % (2000: 1,6 %) und für den alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder einer um 1,7 % (2000: 1,4 %).

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe stieg das durchschnittliche **Bruttomonatsgehalt** der männlichen und weiblichen Angestellten von 2000 bis 2001 um 5,0 % auf 3420 Euro. Im Handel sowie dem Instandhaltungs- und Reparaturgewerbe (ohne Handwerk) nahm es um 2,8 % auf

2616 Euro zu. Besonders niedrig lag es dabei wieder bei den weiblichen Angestellten im Einzelhandel mit 1980 Euro.

Insolvenzen steigen kräftig — in Hessen erstmals mehr als 3000 Insolvenzen

Der seit dem Frühjahr 2000 rückläufige Trend in der Entwicklung des Weltwirtschaftsklimas wurde — zumindest transitorisch — durch die Terroranschläge vom 11. September verstärkt. Daher kam es im Jahr 2001 zu einer erheblichen Abschwächung des Welthandels und starker Unsicherheit in der Einschätzung zukünftiger Absatzchancen, sodass der Export im Vergleich zum Vorjahr nur noch mäßig zulegen konnte. Auf Grund seiner hohen Exportabhängigkeit war Deutschland von den retardierenden Kräften relativ stärker betroffen als die anderen großen Volkswirtschaften im Euro-Raum. So schlingerte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2001 — wie zu Beginn des Jahresrückblicks beschrieben — am Rande einer Rezession.

Obgleich der Zusammenhang der **Unternehmensinsolvenzen** zur konjunkturellen Entwicklung durch prozessuale (insbesondere Timelags zwischen Marktschwäche, Illiquidität und Insolvenz der Unternehmen), monetäre (Kreditkonditionen, Refinanzierungsmöglichkeiten) und strukturelle (Branchenzugehörigkeit, Alter und Rechtsform der Unterneh-

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾ in Hessen 1992 bis 2001

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon	
		Unternehmensinsolvenzen	Übrige Gemeinschaftsschuldner
1992	1340	952	388
1993	1769	1290	479
1994	2047	1516	531
1995	2283	1734	549
1996	2479	1963	516
1997	2615	2001	614
1998	2505	1967	538
1999	2406	1864	542
2000	2824	1835	989
2001	3221	2001	1220

1) 1992 bis 1998: Konkurse und Vergleiche nach der Konkurs- und Vergleichsordnung; 1999 bis 2001: Insolvenzen nach der Insolvenzordnung.

men) Faktoren keineswegs stringent ist, konnte das globale wirtschaftliche Hintergrundscenario sicherlich nicht ohne Einfluss auf das Insolvenzgeschehen in Hessen bleiben. Tatsächlich ist es im Jahr 2001, nachdem es in den drei Jahren zuvor noch Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen gegeben hatte (1998: - 1,7 %, 1999: - 5,2 %, 2000: - 1,6 %) wieder zu einer Zunahme der Insolvenzverfahren hessischer Unternehmen gekommen. Insgesamt stieg die Zahl der Insolvenzen um 166 oder 9,0 % auf genau 2001. Schon während des Jahres 2001 hatte sich die relative Zunahme der Unternehmensinsolvenzen deutlich beschleunigt. Vom Jahresbeginn bis zum jeweiligen Monatsultimo waren Ende Juni 1 %, Ende September knapp 3 % und Ende Dezember schließlich 9 % mehr Unternehmensinsolvenzen als im jeweiligen Vorjahreszeitraum zu registrieren. Insbesondere im vierten Quartal des Jahres 2001 war es — bei 540 Insolvenzanträgen gegen Unternehmen, 129 Anträgen oder 31,4 %

mehr als im letzten Quartal des Jahres 2000 — zu einer deutlichen Steigerung der Unternehmensinsolvenzen in Hessen gekommen.

Nach den Ergebnissen der Insolvenzstatistik des Jahres 2001 sämtlicher Statistischer Landesämter haben allerdings die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland insgesamt wesentlich stärker zugenommen als in Hessen. Sie nahmen bundesweit um 4043 oder 14,3 % auf 32 300 zu. Damit konnte sich Hessen zwar nicht dem Sog der allgemeinen Entwicklung entziehen, hebt sich aber mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme bei den Zahlen über die wirtschaftlichen Zusammenbrüche von Unternehmen auch weiterhin vom Süden und Westen der Republik positiv ab.

Von der Zunahme der Unternehmensinsolvenzen waren in Hessen nicht alle Wirtschaftsbereiche — und diese auch nicht gleichmäßig — betroffen. Die stärkste Belebung des Insolvenzgeschehens war tendenziell bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen zu beobachten. So trugen die Bereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“, mit einer Zunahme um 103 auf 527 Insolvenzen (+ 24 %), und „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, mit einer Zunahme um 48 auf 157 Insolvenzen (+ 44 %), am kräftigsten zu dem Wiederanstieg der Unternehmensinsolvenzen bei. Auch gegen bzw. für Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe (hier wurden mit 254 Insolvenzen 32 (+ 14 %) mehr gemeldet als im Jahr 2000) und dem Baugewerbe (hier gab es 436 Insolvenzen und damit 20 (+ 4,8 %) mehr als im Vorjahr), wurden zahlreicher als im Vorjahr Insolvenzanträge gestellt.

Rückläufig waren die Insolvenzzahlen dagegen insbesondere im Gastgewerbe, mit einer Abnahme um 13 auf 126 Insol-

Insolvenzen

Wirtschaftsbereich	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (-) 2001/2000 in %
Land- und Forstwirtschaft	43	32	27	- 15,6
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	2	1	1	0,0
Energie- und Wasserversorgung	2	—	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	230	222	254	14,4
Baugewerbe	471	416	436	4,8
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz. u. Gebrauchsgütern	443	374	366	- 2,1
darunter				
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Rep. von Kfz., Tankstellen	61	59	36	- 39,0
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	160	112	116	3,6
Einzelh. (ohne Handel mit Kfz., Tankst.), Rep. von Gebrauchsgütern	222	203	214	5,4
Gastgewerbe	100	139	126	- 9,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	132	109	157	44,0
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	10	17	14	- 17,6
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen f. Unternehmen	341	424	527	24,3
Erziehung und Unterricht	4	8	6	- 25,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	29	38	38	0,0
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	57	55	49	- 10,9
Unternehmen und freie Berufe z u s a m m e n	1864	1835	2001	9,0
Übrige Gemeinschaftsschuldner: (natürliche Personen, Nachlässe u. Sonstige)	542	989	1220	23,4
I n s g e s a m t	2406	2824	3221	14,1

venzen (– 9,4 %), und im Bereich „Handel“⁸⁾, mit einer Abnahme um 8 auf 366 Insolvenzen (– 2,1 %). Hier waren es zum einen der Kraftfahrzeughandel⁹⁾, mit noch 36 insolventen Unternehmen (– 23, – 39 %), zum anderen der Großhandel mit Roh- und Reststoffen, Altmaterialien, Halbwaren, mit 8 insolventen Unternehmen (– 13, – 62 %), die deutlich weniger Insolvenzen aufzuweisen hatten als im Vorjahr.

Von den 2001, hessische Unternehmen betreffende, Insolvenzen des Jahres 2001 führten 934 oder 47 % auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Wie im langjährigen Durchschnitt der Vorjahre hatte die Eröffnungsquote im Jahr 1998 nur bei 25 % gelegen. Bereits im Jahr des In-Kraft-Tretens der neuen Insolvenzordnung 1999 war sie auf 33 % gestiegen und erreichte im Jahr 2000 die 40-Prozentmarke. Mit der neuerlichen Erhöhung des Anteils der eröffneten Insolvenzverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Unternehmensinsolvenzen hat sich die Aussicht auf eine, mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung intendierte, dauerhafte Anhebung der Eröffnungsquote weiter positiv festigt.

Während aus der Entwicklung der reinen Fallzahlen der Insolvenzen von Unternehmen in Hessen also durchaus auch positive Aspekte herauszulesen sind, haben die bei den Insolvenzgerichten angemeldeten Forderungen der Gläubiger — und damit die absehbaren, rein materiellen Schäden aus den Unternehmenszusammenbrüchen — sehr stark zugenommen.

In den im Jahr 2001 eröffneten 934 Insolvenzverfahren hessischer Unternehmen standen voraussichtliche Forderungen in Höhe von rund 2,12 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren 1,40 Mrd. Euro oder 192 % mehr als im Vorjahr. Durchschnittlich erwarteten die Gläubiger aus den 934 eröffneten Unternehmensinsolvenzverfahren die Befriedigung von Forderungen in Höhe von rund 2,3 Mill. Euro. Im Vorjahr standen bei den 728 eröffneten Verfahren durchschnittlich nur 1,0 Mill. Euro an Forderungen zur Auseinandersetzung an. Zu dem kräftigen Anstieg der Insolvenzforderungen haben zu einem guten Teil auch Zusammenbrüche größerer Unternehmen beigetragen. Die höchsten Forderungssummen, die in Einzelverfahren zur Auseinandersetzung gelangten, beliefen sich im Jahr 2001 auf 251 Mill. und 197 Mill. Euro.

Die Forderungsverluste aus den 1067 nicht eröffneten Insolvenzverfahren addierten sich im Jahr 2001 auf 431 Mill. Euro und lagen damit um 97 Mill. Euro oder 29 % über denen des Jahres 2000. Hier beliefen sich die höchsten Forderungsvolumina gegen einzelne Unternehmen auf jeweils über 90 Mill. Euro. Durchschnittlich mussten in den 1067 mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen die Gläubiger auf

Forderungen in Höhe von 404 000 Euro verzichten. Im Jahr 2000 hatte der durchschnittliche Forderungsverlust aus den 1107 mangels Masse nicht eröffneten Verfahren dagegen bei 302 000 Euro gelegen.

Von den gesamten Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2001 richteten sich 1269 oder 63 % gegen reine Kapitalgesellschaften; das waren 131 oder 12 % mehr als im Vorjahr. Auch bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung durch das Institut der Restschuldbefreiung Vorteile zu bieten vermag, kam es zu einem Anstieg der Insolvenzen. Ihre Zahl hat nach 697 im Jahr 2000 auf 732 im Jahr 2001 zugenommen (+ 5,2 %).

Stark belebt zeigte sich im Jahr 2001 das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nichtkommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem das Insolvenzgeschehen noch dominierenden Unternehmensbereich, zusammenfassend als „*Übrige Gemeinschuldner*“ bezeichnet. Hier wurden im Jahr 2001 nahezu 1220 Insolvenzen von „Übrigen Gemeinschuldnern“ verzeichnet, 231 oder 23 % mehr als im Jahr 2000. Zu der hohen Zahl von Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ haben insbesondere 873 Verbraucherinsolvenzen beigetragen. Dies waren 175 oder 25 % mehr als im Jahr 2000. Im Jahr 1999 hatten erst 171 Personen die neue Option des Insolvenzrechts zur formalen Klärung und Bereinigung ihrer Illiquidität genutzt. Gründe für die starke Zunahme der Verbraucherinsolvenzen sind nicht in einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen. Sie finden sich vielmehr in den Umsetzungsschwierigkeiten und den Zugangshürden des neuen Insolvenzrechts (Mangel an kompetenten Beratungsstellen für Privatschuldner und Mangel an Prozesskostenhilfe).

Im Jahr 2001 konnten von den 1220 Insolvenzverfahren von „Übrigen Schuldnern“ 729 (60 %) eröffnet werden (1999: 34 %, 2000: 58 %). Noch günstiger verlief die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen: Von den 873 durch die hessischen Insolvenzgerichte im Jahr 2001 behandelten Anträgen wurden 611 (70 %) zur Verfahrenseröffnung angenommen, und in weiteren 93 Fällen (11 %) fanden die eingereichten Schuldenbereinigungspläne die Zustimmung der Gläubiger, sodass letztlich weniger als ein Fünftel der Verbraucherinsolvenzverfahren mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Insolvenzmasse abgelehnt werden musste.

Aus den wegen unzureichender Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen „Übriger Schuldner“ dürfte den Gläubigern — gemessen an den angemeldeten Forderungen — ein Schaden in Höhe von rund 17 Mill. Euro entstanden sein. Durchschnittlich waren die wohl weitgehend mittellosen Haushalte bzw. Personen, deren Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse von den Insolvenz-

8) Einschl. der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und von Gebrauchsgütern. —

9) Einschl. der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und einschl. Tankstellen.

gerichten abgewiesen wurden, mit rund 100 500 Euro verschuldet.

In den im Jahr 2001 (2000) eröffneten 729 (574) Verfahren „Übriger Gemeinschuldner“ gelangten Forderungen in Höhe von 328 Mill. Euro (144 Mill. Euro) zur Auseinandersetzung. Herausragender Insolvenzfall bei den „Übrigen Schuldner“ war im Jahr 2001 die Insolvenz eines privaten Verbrauchers, gegen den aus vorheriger unternehmerischer Tätigkeit ein Forderungsvolumen in Höhe von nahezu 82 Mill. Euro vor dem Insolvenzgericht Königstein zu verhandeln war. Durchschnittlich beliefen sich die angemeldeten Forderungen in den eröffneten Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ auf fast 450 000 Euro, während in den mangels Masse zur Eröffnung abgelehnten Verfahren durchschnittliche Forderungsverluste von 76 000 Euro bei den Gläubigern entstanden.

Insgesamt ist die Zahl der Insolvenzen in Hessen im Jahr 2001 erstmals auf über 3000 angestiegen. Waren 1998 und 1999 jeweils noch Rückgänge der Gesamtzahl der Insolvenzen zu verzeichnen, so nahmen diese — unter dem besonderen Einfluss der Entwicklung der Insolvenzen von „Übrigen Gemeinschuldner“ — von 1999 auf 2000 um 418 (+ 17 %) und von 2000 auf 2001 um 397 (+ 14 %) zu.

Weiterer Rückgang der Gewerbeanzeigen im Jahr 2001

Bei den hessischen Gewerbeämtern gingen im Jahr 2001 über 134 500 Gewerbemeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) ein, das waren nochmals 660 oder ein halbes Prozent weniger als im Vorjahr. Seit dem Jahr 1998 mit der bislang höchsten Zahl von Meldungen setzte sich der Rückgang damit kontinuierlich fort. Gut 10 % oder fast 13 800 der Gewerbemeldungen waren *Ummeldungen*. Sie erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 %. Die An- und Abmeldungen gingen dagegen weiter zurück, und zwar die *Anmeldungen* um 1,1 % auf 63 641 und die

Abmeldungen um 0,4 % auf 57 100. Per Saldo gab es somit im Jahr 2001 fast 6500 Betriebe mehr. Dieser Wert lag damit nur leicht höher als im Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre. Auch die Struktur der An- und Abmeldungen hat sich in den letzten Jahren nur wenig verändert. Bezogen auf die Gesamtzahl der Meldungen entfielen auf die Neuerrichtung eines Gewerbes 41 % und auf die teilweise bzw. vollständige Geschäftsaufgabe gut 35 %. 16 % der Meldungen betrafen Vorgänge, die mit Übergaben und Übernahmen zusammenhingen.

Bei den Gewerbeanmeldungen blieben die Dienstleistungen und der Handel die beiden bedeutendsten Wirtschaftsbereiche. Auf Dienstleistungen für Unternehmen entfielen gut 32 % und auf den Handel über 28 % aller Anmeldungen. Den stärksten „Bedeutungszuwachs“ erfuhren die sonstigen Dienstleistungen, deren Anteil im Vorjahresvergleich von 5,9 auf 7,4 % anstieg und die damit das Gastgewerbe vom dritten Rang verdrängten. Ursache dafür war der deutliche Anstieg der Anzahl der Gewerbeanmeldungen um 24 %. In den übrigen Wirtschaftszweigen erhöhten sich die Anmeldungen um fast 16 %, im Kredit- und Versicherungsgewerbe um beinahe 11 % und sogar im Baugewerbe gab es 2001 noch 3,9 % mehr Anmeldungen als vor Jahresfrist. In den meisten Wirtschaftsbereichen ging die Zahl der Anmeldungen im Beobachtungszeitraum zurück: im Gastgewerbe um 0,9 %, im Handel um 2,9 %, im Verarbeitenden Gewerbe um 4,7 %, im Dienstleistungsbereich um 6,0 %, im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ um 6,5 % und in der Landwirtschaft um 7,6 %. Bei den Gewerbeabmeldungen verlief die Entwicklung etwas anders: Zwar waren sie sowohl im größten Bereich „Handel“ um 3,4 % wie auch im zweitgrößten Bereich „Dienstleistungen“ sogar um 5,7 % rückläufig. Neben einem weiteren Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe um 2,3 % gab es in den anderen Wirtschaftsbereichen dann allerdings nur noch steigende Zahlen. So nahmen die Abmeldungen im Gastgewerbe um 1,5 %, in

An- und Abmeldungen von Gewerbetreibenden¹⁾ 2000 und 2001 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	2000		2001		Zu- bzw. Abnahme (-) in %	2000		2001		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	813	1,3	751	1,2	- 7,6	689	1,2	700	1,2	1,6
Verarbeitendes Gewerbe	2 471	3,8	2 356	3,7	- 4,7	2 611	4,5	2 550	4,5	- 2,3
Baugewerbe	3 870	6,0	4 022	6,3	3,9	3 893	6,8	4 117	7,2	5,8
Handel ²⁾	18 634	29,0	18 099	28,4	- 2,9	19 158	33,4	18 513	32,4	- 3,4
Gastgewerbe	4 715	7,3	4 671	7,3	- 0,9	4 677	8,1	4 749	8,3	1,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 692	5,7	3 452	5,4	- 6,5	3 477	6,1	3 553	6,2	2,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 117	4,8	3 448	5,4	10,6	2 645	4,6	2 703	4,7	2,2
Dienstleistungen für Unternehmen ³⁾	21 751	33,8	20 449	32,1	- 6,0	16 285	28,4	15 359	26,9	- 5,7
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	3 803	5,9	4 696	7,4	23,5	3 057	5,3	3 839	6,7	25,6
Übrige Wirtschaftszweige ⁵⁾	1 464	2,3	1 697	2,7	15,9	906	1,6	1 063	1,9	17,3
Insgesamt	64 330	100	63 641	100	- 1,1	57 398	100	57 146	100	- 0,4

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Einschl. Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Vermietung beweglicher Sachen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. — 5) Zusammenfassung der Abschnitte B „Fischerei und Fischzucht“, C „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, E „Energie- und Wasserversorgung“, M „Erziehung und Unterricht“ und N „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“.

**Gewerbemeldungen¹⁾ 2000 und 2001
nach Art der Meldung**

Art der Meldung	2000		2001		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Anmeldungen					
Echte Neuerrichtungen	15 245	23,7	14 465	22,7	- 5,1
Kleingewerbetreibende ²⁾	35 511	55,2	34 828	54,7	- 1,9
Verlagerungen	4 072	6,3	4 948	7,8	21,5
Übernahmen	9 502	14,8	9 400	14,8	- 1,1
Insgesamt	64 330	100	63 641	100	- 1,1
Abmeldungen					
Aufgabe echter Betriebe	10 377	18,1	10 124	17,7	- 2,4
Kleingewerbetreibende ³⁾	33 256	57,9	32 654	57,1	- 1,8
Verlagerungen	4 138	7,2	4 862	8,5	17,5
Übergaben ⁴⁾	9 627	16,8	9 506	16,6	- 1,3
Insgesamt	57 398	100	57 146	100	- 0,4
Salden ⁵⁾					
Echte Betriebe	4 868	—	4 341	—	—
Kleingewerbetreibende	2 255	—	2 174	—	—
Verlagerungen	- 66	—	86	—	—
Übernahmen/Übergaben	- 125	—	- 106	—	—
Insgesamt	7 123	—	6 601	—	—

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Neuerrichtung als Nebentätigkeit und sonstige Neuerrichtung. — 3) Aufgabe eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit. — 4) Aufgabe oder teilweise Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. — 5) Mehr bzw. weniger (-) Anmeldungen als Abmeldungen.

der Landwirtschaft um 1,6 %, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ um jeweils 2,2 %, im Baugewerbe um 5,8 %, in den übrigen Wirtschaftszweigen um gut 17 % und bei den sonstigen Dienstleistungen sogar um fast 26 % zu.

Nimmt man die Differenz zwischen An- und Abmeldungen als Maß für die wirtschaftliche Aktivität, so hat diese sich im Berichtsjahr eher verringert. Der Zuwachs an Gewerbetreibenden nahm insgesamt um 440 auf 6500 ab. Mehr Aktivitäten gab es im Kredit- und Versicherungsgewerbe, wo der Saldo mit 745 um 273 höher lag als im Jahr 2000. Auch bei den sonstigen Dienstleistungen und in den übrigen Wirtschaftszweigen errechnet sich ein höherer Saldo als im Vorjahr. Im Handel verbesserte sich die Lage nur insoweit, als sich der negative Saldo verringerte. In allen anderen Wirtschaftsbereichen lag dagegen der Saldo im Berichtsjahr niedriger als im Jahr zuvor, und zwar im Dienstleistungsbereich um fast 380 und im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ um fast 320. Bei differenzierterer Betrachtung der An- und Abmeldungen fällt auf, dass sich die meisten An- und Abmeldungen mit fast 55 bzw. über 57 % auf die Kleingewerbetreibenden beziehen, die wirtschaftlich keine besondere Bedeutung haben. Vielfach handelt es sich hierbei auch um eine Scheinselbstständigkeit. Neben den Verlagerungen und den Übernahmen/Übergaben von Betrieben entfielen nur knapp 23 % aller Anmeldungen auf

echte Betriebsneugründungen und nur knapp 18 % auf die Aufgabe echter Betriebe. Saldiert man die echten Neugründungen mit den echten Betriebsaufgaben so hat sich die Zahl der Betriebe im Jahr 2001 um gut 4300 erhöht. Dieser Zuwachs war dann sogar um 540 niedriger als im Vorjahr. Einen positiven Beitrag zum Zuwachs bei den Gewerbebetrieben kam 2001 von den Verlagerungen des Betriebssitzes aus anderen Bundesländern. Während im Jahr 2000 ein negativer Saldo von 66 registriert wurde, ergab sich im Berichtsjahr ein Zuwanderungsgewinn von 86 Betrieben.

Bei der Struktur der Gewerbeanzeigen nach der Rechtsform blieb die Dominanz der Einzelunternehmung auch im Jahr 2001 erhalten. Fast 75 % der Anmeldungen und über 77 % der Abmeldungen entfielen auf diese Rechtsform. Sie trug damit auch zu mehr als der Hälfte zum Zuwachs bei den Gewerbetreibenden bei, wobei es sich hierbei allerdings überwiegend um Kleingewerbetreibende handelt. Mit über 15 % der Anmeldungen und gut 13 % der Abmeldungen lagen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) auf dem zweiten Rang. Per Saldo entstanden im Jahr 2001 in Hessen fast 2300 neue GmbHs, das waren 35 % des Zuwachses an Betrieben. Die „drittbellebteste“ Rechtsform war die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die auch eher von Kleingewerbetreibenden bevorzugt wird. Per Saldo trugen sie allerdings nur mit 88 oder anteilig 1,4 % zum Betriebszuwachs bei. Die Zahl der Betriebe mit der Rechtsform

**An- und Abmeldungen von
Gewerbetreibenden¹⁾ 2001 nach Rechtsform und
Staatsangehörigkeit des Inhabers**

Rechtsform —— Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Mehr bzw. weniger (-) An- als Abmel- dungen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	247	0,4	284	0,5	- 37
KG	209	0,3	226	0,4	- 17
GmbH & Co. KG	1 207	1,9	787	1,4	420
GbR	3 345	5,3	3 257	5,7	88
AG, KGaA	650	1,0	407	0,7	243
GmbH	9 791	15,4	7 518	13,2	2 273
Übrige Rechtsform	543	0,9	453	0,8	90
Einzelunternehmen	47 649	74,9	44 214	77,4	3 435
davon nach Staatsangehörigkeit des Inhabers					
deutsch	40 154	84,3	37 638	85,1	2 516
französisch	99	0,2	104	0,2	- 5
griechisch	435	0,9	410	0,9	25
italienisch	868	1,8	908	2,1	- 40
niederländisch	93	0,2	76	0,2	17
spanisch	134	0,3	123	0,3	11
türkisch	2 312	4,9	2 006	4,5	306
übriges Europa	1 886	4,0	1 529	3,5	357
Afrika	247	0,5	192	0,4	55
Amerika	238	0,5	195	0,4	43
Asien	1 060	2,2	830	1,9	230
fehlende Angaben	90	0,2	174	0,4	- 84
ungeklärte o. sonstige Staatsangehörigkeit	33	0,1	29	0,1	4
Insgesamt	63 641	100	57 146	100	6 495

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

GmbH & Co. KG erhöhte sich dagegen per Saldo um 420 und erreichten einen Anteilwert von 6,5 %, obwohl auf sie nur 1,9 % der Anmeldungen und 1,4 % der Abmeldungen entfielen. Leider lässt sich die wirtschaftliche Bedeutung einer Betriebsgründung nicht aus den Angaben der Statistik der Gewerbeanzeigen ablesen. Zu den wirtschaftlich eher bedeutenden Betrieben zählen aber sicherlich die mit der Rechtsform Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien. Hiervon gab es im Jahr 2001 in Hessen 650 Anmeldungen und 407 Abmeldungen, woraus sich ein Zuwachs von 243 (Anteilwert: 3,7 %) ergibt. Die anderen Rechtsformen wie Offene Handelsgesellschaft (OHG) und Kommanditgesellschaft (KG) spielen von den Fallzahlen her eine noch geringere Rolle.

Für die Einzelunternehmen lassen sich Aussagen über die Staatsangehörigkeit der Inhaber gewinnen. So lag der Anteil der Ausländer bei den Anmeldungen bei fast 16 % und bei den Abmeldungen bei knapp 15 %. Diese Anteilwerte liegen nur 2 bzw. 1 Prozentpunkt(e) über dem entsprechenden Bevölkerungsanteil. Allerdings konzentriert sich die Gewerbeaktivität auf bestimmte Nationalitäten: So sind die Türken, die Italiener und die Griechen überdurchschnittlich aktiv. Während der Anteil der wirtschaftlich Aktiven bei den Asiaten in etwa ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, liegt er bei den Afrikanern nur bei der Hälfte ihres Bevölkerungsanteils.

Wirtschaftsbereiche

Leichter Umsatzanstieg im Verarbeitenden Gewerbe — aber weiterer Beschäftigungsabbau

Der vom hervorragenden Auslandsgeschäft getragene Aufschwung des hessischen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr

2000 kam im Laufe des Jahres 2001 zum Erliegen. Die nachlassenden Wachstumskräfte bei wichtigen Handelspartnern und ein im Vergleich zum Vorjahr relativ stabiler Euro ließen die Auslandsumsätze nur noch verhalten steigen. Trotzdem erhöhte sich die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, nochmals geringfügig auf 37,6 % — ein neuer historischer Höchststand. Im Gegensatz zu den letzten Jahren nahmen auch die Inlandsumsätze zu, aber nur in geringem Umfang. Die Beschäftigung profitierte noch etliche Monate von der guten Geschäftslage des Jahres 2000 und rutschte als typischer konjunktureller Spätindikator erst im Sommer in den „roten“ Bereich. Der Frühindikator Auftragseingang war allerdings schon im zweiten Quartal im Vorjahresvergleich rückläufig gewesen. Die Auslandsorders nahmen aber weniger ab als die Bestellungen des Inlands.

Das hessische Verarbeitende Gewerbe beschäftigte im Jahr 2001 im Jahresdurchschnitt 458 500 *Mitarbeiter* und verfehlte damit das Vorjahresniveau um 0,2 %. Das war der geringste Rückgang seit vielen Jahren. Allerdings hat sich der Beschäftigungsabbau zum Jahresende deutlich beschleunigt, im Dezember wurde ein Minus von 1,3 % verzeichnet. Im Gegensatz zu Deutschland insgesamt ist in Hessen die Chemische Industrie die beschäftigungsstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes. Sie konnte die Zahl ihrer Beschäftigten um 0,5 % auf 64 200 erhöhen. Während es u. a. bei den Herstellern von Chemischen Grundstoffen eine Beschäftigungseinbuße um 1,6 % auf 21 000 Personen gab, erhöhten die Pharmahersteller ihre Beschäftigtenzahl um 3,6 % auf 25 800. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nahm die Mitarbeiterzahl um 1,2 % auf 59 200 ab. Die Teilehersteller verbuchten allerdings ein Plus von 3,2 % auf 35 700 Beschäftigte. Der hessische Maschinenbau

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 2001)

Zeitraum 2001	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾		
Januar	458,1	0,1	6 595 185	12,4	2 597 791	13,4	10,8	12,9	8,2
Februar	458,3	0,2	6 572 943	1,7	2 555 897	1,6	3,6	- 1,7	11,0
März	459,2	0,3	7 581 977	1,0	2 954 045	3,2	- 1,4	- 0,3	- 3,3
April	458,3	0,1	6 598 307	8,0	2 513 894	12,0	- 0,9	- 1,8	0,5
Mai	458,4	0,1	7 227 665	- 2,0	2 685 505	- 1,4	- 6,7	- 8,7	- 3,5
Juni	460,1	0,1	7 058 888	2,1	2 724 265	6,3	- 2,6	- 2,5	- 2,9
Juli	460,5	0,1	6 706 781	6,5	2 506 127	7,4	2,2	- 1,9	8,6
August	461,1	- 0,2	6 896 228	3,9	2 449 669	3,9	- 5,0	- 8,1	0,0
September	460,7	- 0,3	7 090 033	- 4,6	2 630 338	- 4,3	- 10,8	- 9,7	- 12,4
Oktober	458,1	- 0,7	7 421 947	3,2	2 724 451	1,1	- 5,2	- 2,8	- 8,5
November	455,8	- 1,1	7 466 888	- 0,7	2 663 534	- 6,5	- 5,7	- 5,3	- 6,4
Dezember	452,9	- 1,3	6 504 056	- 7,8	2 457 511	- 5,2	- 1,7	- 5,1	3,1
D 1. Vj.	458,5	0,2	20 750 106	4,6	8 107 733	5,7	3,9	3,1	4,8
D 2. Vj.	458,9	0,1	20 884 860	2,4	7 923 663	5,2	- 3,5	- 4,5	- 2,1
D 3. Vj.	460,7	- 0,1	20 693 041	1,6	7 586 133	1,9	- 4,8	- 6,6	- 2,0
D 4. Vj.	455,6	- 1,0	21 392 891	- 1,7	7 845 496	- 3,6	- 4,2	- 4,4	- 4,2
2001	458,5	- 0,2	83 720 898	1,6	31 463 026	2,2	- 2,2	- 3,2	- 0,8

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	2000	2001	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			2000	2001
			gegenüber	
			1999	2000
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	459,5	458,5	- 1,1	- 0,2
darunter Arbeiter	271,1	269,6	- 1,4	- 0,5
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	419,4	409,9	- 1,7	- 2,3
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. Euro)	16 805,4	17 038,1	1,0	1,4
Umsatz (in Mill. Euro)	82 373,6	83 720,9	5,1	1,6
davon				
Inlandsumsatz	51 597,5	52 257,9	- 1,0	1,3
Auslandsumsatz	30 776,1	31 463,0	17,1	2,2
Umsatz nach Bereichen (in Mill. Euro)				
Vorleistungsgüterproduzenten	35 922,6	36 024,4	7,2	0,3
Investitionsgüterproduzenten	26 039,5	26 211,2	4,8	0,7
Gebrauchsgüterproduzenten	2 705,9	3 072,3	4,1	13,5
Verbrauchsgüterproduzenten	17 705,6	18 413,0	1,4	4,0

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.

konnte sein Beschäftigteniveau nicht halten und reduzierte seine Arbeitsplätze um 0,8 % auf 62 600. Das Ernährungsgewerbe, dessen Palette vom Bäcker- und Metzgerunternehmen über die Milchverarbeitung und Süßwarenherstellung bis zu den Brauereien und Sektellereien reicht, meldete Beschäftigungseinbußen. Mit 34 800 Beschäftigten wurde der Vorjahresstand um 1,2 % verfehlt. Zuwächse gab es dagegen bei der Metallerzeugung und -bearbeitung mit 4,2 % auf 12 500 Personen und bei den Herstellern von Metallerzeugnissen mit einem Anstieg um 0,4 % auf 39 400 Beschäftigte.

Der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbeschäftigtenzahl ist weiter rückläufig. Da die Zahl der Arbeiter überproportional um 0,5 % auf 269 600 zurückging, ermäßigte sich der Anteil auf 58,8 %. Noch stärker als die Zahl der Arbeiter ging die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden um 2,3 % auf 409,9 Mill. zurück. Je Arbeiter wurden damit im Jahr 2001 durchschnittlich nur noch 1520 Stunden geleistet. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme nahm um 1,4 % auf 17 Mrd. Euro zu. Dabei erhöhte sich die Lohnsumme um 1,0 % auf 8 Mrd. Euro und die Gehaltssumme um 1,7 % auf 9 Mrd. Euro. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Gesamtumsatz lag im Jahr 2001 bei 20,4 %.

Das hessische Verarbeitende Gewerbe erzielte im letzten Jahr insgesamt einen **Umsatz** von 83,7 Mrd. Euro, womit das Vorjahresniveau um 1,6 % übertroffen wurde. Erstmals seit Jahren gab es beim Inlandsumsatz wieder einen Anstieg, der mit 1,3 % auf 52,3 Mrd. Euro aber verhalten ausfiel. Die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern erhöhten sich um 2,2 % auf 31,5 Mrd. Euro. Der Exportrückgang von 3,6 % im vierten Quartal verhinderte ein besseres Jahresergebnis. Die im Jahr 2000 hervorragende Auftragsentwicklung führte im Maschinenbau auch im Jahr 2001 noch zu

steigenden Umsätzen. Die Branche, die überwiegend Investitionsgüter herstellt, steigerte ihren Umsatz um 5 % auf 9,4 Mrd. Euro. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ließ der starke Rückgang des Auslandsgeschäfts den gesamten Umsatz um 3,6 % auf 10,3 Mrd. Euro absinken. Als stabil erwies sich die Chemische Industrie, die ihren Umsatz um 2,1 % auf 18,3 Mrd. Euro steigerte. Hier brillierten die Hersteller von Pharmaerzeugnissen mit einem Anstieg um 12,5 % auf 6,5 Mrd. Euro. Positiv war der Verlauf bei der Metallerzeugung und -bearbeitung mit einem Plus von 4,3 % auf 2,3 Mrd. Euro und bei den Herstellern von Metallerzeugnissen mit einer Zunahme von 11,8 % auf über 5,9 Mrd. Euro.

Die preisbereinigten **Auftragseingänge** hatten im Jahr 2000 noch deutlich um 6,7 % zugenommen. 2001 gingen sie im Jahresdurchschnitt um 2,2 % zurück. Die realen Inlandsorders nahmen um 3,2 % und die des Auslands um 0,8 % ab. Im ersten Quartal 2001 reichte es noch zu einem Auftragszuwachs von 3,9 %. Aber nachdem ab Mai auch die Auslandsaufträge rückläufig waren, gab es in den Folgequartalen nur noch Rückgänge. Dank recht guter Inlandsbestellungen erreichte die Chemische Industrie im Jahresdurchschnitt noch ein Plus von 2,2 %. Dagegen verfehlte der Maschinenbau sein glänzendes Vorjahresergebnis deutlich um 9,4 %. Nach zwei Jahren mit kräftigen Einbußen erzielte der Kraftwagenssektor wieder eine Zuwachsrate von 4,2 %.

Anhaltender Beschäftigungsrückgang und stagnierende Umsätze im Bauhauptgewerbe

Die Krise in der Bauwirtschaft hielt auch im Jahr 2001 an. Im Vergleich zu Deutschland und vor allem den neuen Bundesländern schnitt Hessen aber weniger ungünstig ab. Das hes-

Bauhauptgewerbe¹⁾ (Zeitliche Entwicklung 2001)

Zeitraum 2001	Beschäftigte		Baugewerblicher Umsatz		Auftragseingang	
	Anzahl	Abnahme in % ²⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abn. (-) in % ²⁾	Index (1995=100)	Zu- bzw. Abn. (-) in % ²⁾
Januar	33 622	- 7,3	224 178	1,9	64,6	25,6
Februar	33 250	- 7,2	283 821	12,8	62,5	1,7
März	33 197	- 6,6	315 694	- 4,2	80,5	- 14,2
April	33 423	- 6,6	288 740	- 9,5	76,1	16,4
Mai	33 145	- 7,7	363 708	- 2,7	104,1	- 25,9
Juni	33 217	- 7,1	405 955	5,3	100,7	19,8
Juli	33 277	- 7,1	383 407	4,2	69,7	- 31,9
August	33 794	- 5,9	396 582	2,0	109,0	46,1
September	33 624	- 6,3	384 360	- 3,2	109,4	- 1,1
Oktober	33 341	- 7,6	406 228	1,5	64,2	- 25,0
November	32 618	- 8,7	450 607	- 0,2	72,1	- 5,1
Dezember	32 049	- 8,2	476 913	- 4,5	64,0	- 16,0
D 1. Vj.	33 356	- 7,0	823 693	2,9	69,2	0,5
D 2. Vj.	33 262	- 7,1	1 058 403	- 1,8	93,6	- 3,1
D 3. Vj.	33 565	- 6,4	1 164 349	0,9	96,0	0,2
D 4. Vj.	32 669	- 8,2	1 333 747	- 1,3	66,8	- 15,8
2001	33 213	- 7,2	4 380 192	- 0,1	81,4	- 4,4

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

sische Bauhauptgewerbe, das sich mit vorbereitenden Baustellenarbeiten sowie Hoch- und Tiefbauarbeiten beschäftigt, setzte seine Talfahrt fort. Die guten Jahre nach dem Wiedervereinigungsboom, von dem auch die hessische Bauwirtschaft profitierte, sind Vergangenheit. In den letzten Jahren gingen mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze der einstigen „Konjunkturlokomotive“ verloren. Die weiterhin niedrigen Zinsen konnten dem Wohnungsbau nicht auf die Beine helfen. Die anhaltenden Konsolidierungsbemühungen der Gebietskörperschaften verhinderten positive Impulse für den öffentlichen Bau.

Das siebte „magere“ Jahr in Folge ließ die **Beschäftigtenzahl** des Bauhauptgewerbes im Jahresdurchschnitt nochmals um 7,2 % auf 33 200 abnehmen. Dabei hat sich die Beschäftigungssituation zum Jahresende hin nochmals verschlechtert. Im Dezember wurde das Vorjahresniveau um 8,2 % unterschritten. Die bedeutendste Beschäftigungsgruppe sind die Facharbeiter, deren Zahl im Jahresdurchschnitt überdurchschnittlich um 8,4 % auf 18 040 abnahm. Den stärksten Rückgang gab es bei den gewerblich Auszubildenden mit einem Minus von 10,7 % auf 1440. Damit ist der Anteil der gewerblich Auszubildenden an der Gesamtbeschäftigtenzahl von 4,9 % im Jahr 1997 auf 4,4 % im Jahr 2001 zurückgegangen. Die „low-tech“-Branche Bau scheint zunehmend an Attraktivität bei den Jugendlichen zu verlieren. Bei den Angestellten hatte es in den letzten Jahren starke Einbußen gegeben. Mit einer Abnahme von 4,5 % auf 7680 fiel der Rückgang im Jahr 2001 geringer aus. Die Zahl der Fachwerker und Werker — angelernte Arbeitskräfte — nahm um 6 % auf 5750 ab.

Proportional zum Beschäftigungsrückgang verlief die Entwicklung der **Lohn- und Gehaltssumme**. Sie verringerte sich im letzten Jahr um 7,2 % auf 1,04 Mrd. Euro. Dabei nahm die Lohnsumme um 7,6 % auf 690 Mill. Euro und die Gehaltssumme um 6,5 % auf 350 Mill. Euro ab.

Im Gegensatz zum Jahr 2000, als die **baugewerblichen Umsätze** um 4 % abnahmen, nahmen sie im Jahr 2001 nur minimal um 0,1 % auf 4,38 Mrd. Euro ab. Der Wohnungsbau, dessen Umsätze seit Jahren rückläufig sind, verzeichnete ein Minus von 20 % auf 520 Mill. Euro. Negativ war auch die Entwicklung im öffentlichen und Verkehrsbau mit einem Rückgang um 2,4 % auf 1,52 Mrd. Euro. Stabilisierend wirkte dagegen der gewerbliche und industrielle Bau mit einer Zuwachsrate von 7,7 % auf 2,33 Mrd. Euro. Damit fanden 53 % der Bauaktivitäten im letzten Jahr in diesem Segment statt.

Die wertmäßigen **Auftragseingänge**, die bereits im Jahr 2000 abgenommen hatten, gingen im letzten Jahr mit einer Abnahmerate von 4,4 % noch stärker zurück. Nach starken Schwankungen mit positiven und negativen Ausschlägen in den ersten acht Monaten des Jahres 2001 gab es seit September nur noch Auftragsrückgänge. Auch der gewerbliche

Auftragsbestand¹⁾ im Bauhauptgewerbe

(Zu- bzw. Abnahme (–) 2001 jeweils gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in %)

Bauart	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Hochbau	8,8	2,2	– 11,1	– 19,8
Wohnungsbau	– 31,8	– 22,9	– 20,4	– 27,1
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	24,3	10,9	– 7,3	– 21,5
Öffentl. und Verkehrsbau	– 17,3	– 21,5	– 29,8	5,5
Tiefbau	0,1	– 7,6	– 7,4	– 8,3
Straßenbau	9,8	4,3	13,3	12,5
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	0,2	– 20,1	– 44,8	– 48,3
Öffentl. und Verkehrsbau	– 13,0	– 12,2	9,5	14,1
Bauhauptgewerbe insgesamt	4,5	– 2,3	– 9,5	– 14,5

1) Jeweils am Quartalsende. — 2) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

und industrielle Hochbau, der 1999 und 2000 deutlich zugelegt hatte, verzeichnete ein Minus von 8,3 % auf 1,4 Mrd. Euro. Der Wohnungsbau setzte seine Talfahrt mit einem Auftragsrückgang von 13,6 % fort. Lichtblicke gab es beim öffentlichen und Verkehrstiefbau mit einem Plus von 13,9 % und beim Straßenbau mit einem Anstieg von 2,9 %.

Diese beiden Bausektoren setzten zusammen mit dem öffentlichen Hochbau die Kontrapunkte beim **Auftragsbestand**. Insgesamt hat sich bei den fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Bestellungen die Situation im Jahresverlauf verschlechtert. Am Ende des vierten Quartals wurde der Vorjahresstand um 14,5 % verfehlt. Wohnungsbau und gewerblicher Hochbau verzeichneten Abnahmen von 27,1 und 21,5 %. Am stärksten gingen die Auftragsbestände im gewerblichen und industriellen Tiefbau mit 48,3 % zurück. Dagegen legten der Straßenbau und der öffentliche Tiefbau um 12,5 und 14,1 % zu.

Wohnbaugenehmigungen weiter im Abwärtstrend

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2001 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im **Wohn- und Nichtwohnbau** insgesamt 6,20 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei, nur 95 000 m² oder 1,5 % weniger als im Jahr davor. Die veranschlagten reinen Baukosten betrugen 5,98 Mrd. Euro. Insgesamt wurden sie von den Bauherren für alle neu zu errichtenden sowie umzubauenen Wohn- und Nichtwohngebäude um 274 Mill. Euro höher beziffert als im Jahr 2000 (+ 4,8 %). Diese Entwicklung war das Ergebnis gegenläufiger Trends im Wohn- und Nichtwohnbau.

In den letzten Jahren wurden kontinuierlich weniger **Wohngebäude** zum Bau freigegeben. Das traf auch für das Jahr 2001 zu. Insgesamt erteilten die hessischen Bauaufsichtsbehörden rund 9200 Genehmigungen für neue Wohngebäude. Das waren 16 % weniger als im Jahr davor. Die Zahl der neu zu errichtenden Wohnungen reduzierte sich um 1650 auf nur noch 18 300. Besonders stark war der Rückgang im Segment der Einfamilienhäuser. Hier wurden Baugenehmi-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	1999	2000	2001	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				2000	2001
				gegenüber	
				1999	2000
Wohnbau¹⁾					
Gebäude ²⁾	12 574	10 959	9 217	- 12,8	- 15,9
darunter mit					
1 Wohnung	9 139	7 877	6 427	- 13,8	- 18,4
2 Wohnungen	2 045	1 938	1 717	- 5,2	- 11,4
3 oder mehr					
Wohnungen	1 386	1 144	1 073	- 17,5	- 6,2
Rauminhalt (1000 m ³)	13 809	12 248	11 107	- 11,3	- 9,3
Wohnungen	22 981	19 980	18 327	- 13,1	- 8,3
Wohnfläche (1000 m ²)	2 553	2 260	2 033	- 11,5	- 10,0
Nichtwohnbau¹⁾					
Gebäude	3 248	2 942	2 486	- 9,4	- 15,5
Rauminhalt (1000 m ³)	9 692	10 500	15 999	8,3	52,4
Nutzfläche (1000 m ²)	2 275	2 237	2 687	- 1,7	20,1
Wohnungen insgesamt³⁾	27 330	23 618	21 807	- 13,6	- 7,7

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

gungen für rund 6400 neue Gebäude erteilt (- 18 %). Die Zahl der Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser verringerte sich um 11 %. Im Geschosswohnbau wurden 6,2 % weniger Gebäude zum Bau freigegeben. In den Mehrfamilienhäusern sollen jedoch mit 8470 Wohnungen 240 Wohnungen mehr entstehen als im Jahr 2000 (+ 2,9 %). Außerdem wurden noch weitere 3480 Wohnungen im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sowie im Nichtwohnbau genehmigt. Insgesamt wurden Genehmigungen für 21 800 neue bzw. umzubauende Wohnungen erteilt. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 7,7 % unterschritten. Der Abwärtstrend scheint sich allerdings zum Ende des Jahres 2001 abgeschwächt zu haben. In den letzten drei Monaten des Jahres 2001 stieg die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen um 8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal.

Von der allgemeinen Flaute im Wohnbau waren im letzten Jahr besonders die mittelhessischen Regionen betroffen. Im Regierungsbezirk Gießen genehmigten die Bauämter im letzten Jahr rund 3500 neue oder umzubauende Wohnungen. Gegenüber 2000 ging die Zahl der Baufreigaben damit um 17 % zurück. In den beiden anderen Regierungsbezirken Kassel und Darmstadt fiel die Abnahme mit jeweils 5,7 % geringer aus. Im Regierungsbezirk Kassel wurden 4100 Wohnungen genehmigt, im Regierungsbezirk Darmstadt 14 200.

Bauvolumen im Nichtwohnbau stark angestiegen

Im **Nichtwohnbau** wurden im Jahr 2001 rund 2500 neue Gebäude zum Bau freigegeben. Das geplante Bauvolumen stieg im Vergleich zum Vorjahr stark an. Der beantragte Rauminhalt war mit 16 Mill. m³ eineinhalbmal so hoch wie

im Jahr 2000. Die geplanten neuen Nutzflächen nahmen um 20 % auf 2,7 Mill. m² zu. Zusätzlicher Bedarf an neuen Nutzflächen im Nichtwohnbau bestand gleichermaßen in allen hessischen Regionen. Die größte Zunahme verzeichneten die Bauaufsichtsbehörden mit fast 28 % im Regierungsbezirk Gießen. In den Regierungsbezirken Kassel und Darmstadt lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen um jeweils 19 % über denen des Vorjahres.

Mit den rund 350 000 m² Nutzfläche, die bei Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt wurde, gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden im Jahr 2001 insgesamt Nutzflächen von 3,04 Mill. m² zum Bau frei. Das Vorjahresergebnis wurde um 11 % übertroffen. Erheblich mehr Bedarf an Nutzfläche wurde mit 814 000 m² für Handels- und Lagergebäude (+ 24 %), mit 281 000 m² für landwirtschaftliche Betriebsgebäude (+ 43 %) sowie mit 228 000 m² für sonstige Nichtwohngebäude wie Schulen, Kindertagesstätten, Museen oder Kirchen (+ 25 %) angemeldet. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden war ein leichter Rückgang um 6,7 % auf 980 000 m² zu beobachten. Allerdings war hier im Jahr 2000 mit mehr als 1 Mill. m² überdurchschnittlich viel Nutzfläche zum Bau freigegeben worden.

Bei der Auswertung der Baugenehmigungszahlen hinsichtlich konjunktureller Entwicklungen in der Bauwirtschaft ist zu beachten, dass Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen. Da nur der Hochbausektor Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik ist, fließen zudem keine Daten aus dem Teilbereich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. Ä.) ein.

Einzelhandel kommt nicht in Schwung

Ein gutes Drittel der Ausgaben der Privathaushalte verbleibt in den Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2001 stiegen die **Umsätze** der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal lediglich um 0,1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen bedeutete dies real aber einen Rückgang um etwas über 1 %. Damit hat sich der leichte Abschwung des letzten Jahres fortgesetzt. Betrachtet man den Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen sowie ohne Tankstellen, so ändert sich das Bild nicht: Auch ohne diese Branche stiegen die Einzelhandelsumsätze nominal um 0,1; real war dies ein Minus von 1,4 %.

Am günstigsten war die Entwicklung weiterhin beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 2001 nominal um fast 7 und real um etwas über 5 % aus. Es folgte die

größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen. Dort stieg der Umsatz nominal zwar um knapp 2 %; real war dies allerdings ein Rückgang von 1 %. Der Facheinzelhandel ohne Nahrungsmittel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt, büßte im Jahresvergleich nominal und real gut 4 % seines Umsatzes ein. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, mit einem Umsatzanteil von etwa 4 % allerdings von geringerem Gewicht, blieb deutlich im Minus. Nominal betrug die Abnahmerate knapp 2 %, real waren es annähernd 4 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, musste einen Umsatzrückgang hinnehmen. Diese Branche trägt zu etwa einem Siebtel zum Gesamtumsatz bei.

Diese Situation führte zu einer weiteren Verminderung der Gesamtzahl der *Beschäftigten*. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 2001 um etwas über 1 % zurück, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verglichen mit 2000 sogar schwach zunahm, während diejenige der Vollbeschäftigten um annähernd 3 % zurückging.

Zahl der Übernachtungsgäste bleibt auf hohem Niveau

Im Jahr 2001 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 9,8 Mill. *Gästen* besucht, die 25,6 Mill. *Übernachtungen* buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das 0,4 % weniger Gäste und 0,1 % weniger Übernachtungen. Damit blieb die Zahl der Gäste wieder knapp unterhalb der Zehn-Millionen-Marke. Die gebuchten Übernachtungen blieben allerdings noch deutlich unter dem bisherigen Höchstwert, der mit 28,3 Mill. im Jahr 1991 erreicht worden war. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland und die Zahl ihrer Übernachtungen um etwas über 1 % stiegen, gab es bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz ein deutliches Minus: Hier sanken die Zahl der Ankünfte und die Zahl der Übernachtungen um etwas über 5 %. Hier wirkten sich Reiseängste in der Folge der Terroranschläge vom September 2001 deutlich aus. So ging allein die Zahl der US-Amerikaner im Jahresvergleich um 11 % zurück. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,6 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten 2001 nur durchschnittlich ab. Hier ging die Zahl der Gäste um annähernd 1 % zurück, während diejenige der Übernachtungen unverändert blieb. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat: In den Mineral- und Moorbädern kam es zu einer Abnahme der Ankünfte um 1 % und der Übernachtungen um 0,1 %; die heilklimatischen Kurorte hatten knapp 1 % weniger Gäste und 2,5 % weniger Übernachtungen. Bei den

Kneippkurorten dagegen waren es 5,5 % mehr Gäste und 3 % mehr Übernachtungen. Bei den Luftkurorten wiederum ging die Zahl der Gäste um annähernd 2 % und die ihrer Übernachtungen sogar um gut 3 % zurück. Die Erholungsorte verbuchten bei den Gästen zwar ein Plus von 3 %, die Zahl der Übernachtungen verringerte sich jedoch in dieser Gemeindegruppe um 1 %.

Unter den einzelnen Betriebsarten schnitten die Hotels garnis (2 % mehr Gäste und 3 % mehr Übernachtungen) gut ab. Während die Hotels leichte Einbußen (Ankünfte und Übernachtungen jeweils – 1 %) verkraften mussten, fiel das Minus bei den Gasthöfen mit 6 % weniger Gästen und 4 % weniger Übernachtungen deutlich höher aus. Zwar hatten die Pensionen gut 1 % mehr Gäste, das Übernachtungsvolumen verringerte sich aber um 2,5 %. Von den übrigen Betriebsarten konnten die Ferienzentren ihre Gäste- und Übernachtungszahl merklich ausweiten. Behaupten konnten sich Vorsorge- und Reha-Kliniken: Sie verbuchten zwar 0,1 % weniger Ankünfte, hatten aber 1 % mehr Übernachtungen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 314 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 989 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um annähernd 1 % zu, bei den Übernachtungen gab es aber ein Minus von 1 %.

Gastgewerbe im Abwind

Im Jahr 2001 waren die *Umsätze* im hessischen Gastgewerbe über 0,5 % niedriger als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug das Minus sogar 2 %. Zu diesem Ergebnis trug vor allem das Beherbergungsgewerbe bei: Es hatte nominal 2 und real 3,5 % weniger Umsatz. Auch das Gaststättengewerbe hatte nominale und reale Umsatzrückgänge (– 0,1 bzw. annähernd – 2 %). Dagegen konnten die Kantinen und Catering-Unternehmen im Jahresvergleich ein nominales Umsatzplus von fast 2 % verbuchen; real war es aber von 0,2 % ein Minus.

Gegenläufig zum Umsatz stieg die Zahl der *Beschäftigten* im Vergleichszeitraum um 1,5 % an, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um 0,4 % zunahm, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sich um etwas über 3 % erhöhte.

Weniger Güter auf dem Wasser und in der Luft

In der *Binnenschifffahrt* hat von Januar bis November 2001 die umgeschlagene Gütermenge abgenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden in diesem Zeitraum insgesamt 13,9 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, 7 % weniger als in den ersten elf Monaten des Jahres 2000. Dabei ging das Volumen des Versands von Gütern um annähernd 5 % auf 2,4 Mill. t zurück, während das Volumen des Empfangs sogar um fast 8 % auf 11,6 Mill. t sank. Unter den wichtigsten Massengütern stieg der Umschlag von festen

mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um annähernd 8 % auf 1,9 Mill. t. Dagegen sank der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um 2,5 % auf 4,4 Mill. t sowie derjenige von Steinen und Erden (Sand, Kies, Blms und Ton) um fast 17 % auf 4,5 Mill. t.

Bei der *Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln* (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Lage ähnlich wie im Vorjahr. In den ersten drei Vierteljahren des Jahres 2001 wurden mit 346 Mill. Personen 0,5 % mehr Fahrgäste befördert als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summierten sich auf 220 Mill., was 1 % weniger war als im Vorjahr.

Der *Luftverkehr* auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erlebte im Passagierverkehr im Gefolge der Ereignisse vom September 2001 einen Einbruch der bisherigen Aufwärtsentwicklung. Im Jahr 2001 erfolgten im zivilen Verkehr 456 000 Starts und Landungen, 0,5 % weniger als im Jahr 2000. Die Zahl der Fluggäste ging um annähernd 2 % zurück und blieb mit 48,6 Mill. immer noch unter der 50-Millionen-Marke. Dennoch blieb Frankfurt der Flughafen mit dem höchsten Passagieraufkommen auf dem Europäischen Kontinent. Im Luftfrachtverkehr — hier ist Frankfurt Nummer 1 in Europa und gehört zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen — hat sich die weltweite Konjunkturschwäche bemerkbar gemacht. Das Luftfrachtaufkommen ging um 6 % auf 1,5 Mill. t zurück. Dagegen gab es bei der beförderten Luftpost wie im Vorjahr ein leichtes Plus: Sie erhöhte sich um 0,1 % auf 141 000 t.

Krafträder auch weiterhin der Renner

Zum Jahresanfang 2001 — die früher an dieser Stelle genannten Bestände zum 1. Juli werden vom Kraftfahrt-Bundesamt nicht mehr ermittelt — waren in Hessen 272 000 Krafträder zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Januar 2000 waren dies 7 % mehr. Wesentlich schwächer hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Personenkraftwagen zugenommen, nämlich lediglich um knapp 3 % auf 3,4 Mill. Weit über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis unter 2000 cm³, ihre Zahl stieg im Jahresvergleich um etwas über 2 %. Fast 17 % der Pkw hatten einen größeren Hubraum; ihre Zahl stieg mit etwas über 5 % am stärksten. Um 3 % erhöhte sich die Zahl der Pkw mit einem Hubraum von 1200 bis 1399 cm³, die einen Anteil von annähernd 16 % am Pkw-Bestand hatten. Mit 1 % fiel der Zuwachs bei den Pkw unter 1200 cm³ im Jahresvergleich am niedrigsten aus. Sie kamen auf einen Anteil von gut 11 %.

Am 1. Januar 2001 gab es in Hessen insgesamt 4,1 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, 3 % mehr als ein Jahr zuvor. Mit einem Wert von 676 Kraftfahrzeugen bzw. 569 Personenkraftwagen je 1000 Einwohner nimmt

Hessen weiterhin einen Spitzenplatz unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein.

Zahl der Verkehrstoten weiter gesunken

Im Jahr 2001 ereigneten sich 27 000 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, zwei weniger als im Jahr 2000. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 21 Personen oder knapp 4 % auf 519. Bei den Schwerverletzten betrug der Rückgang etwas über 5 % auf nunmehr 6400; bei der Zahl der Leichtverletzten gab es im Jahresvergleich allerdings eine Zunahme um etwas über 1 % auf 30 000. Die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende günstige Entwicklung hat sich damit — nach der Unterbrechung im Jahr 2000 — weiter fortgesetzt und führte zur bisher niedrigsten Zahl an Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950.

Landwirtschaft 2001

Im Rahmen der *Agrarstrukturierung* 2001 wurden in Hessen 27 400 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 766 300 ha bewirtschafteten. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug damit knapp 28 ha. Dabei war eine unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen zu beobachten. Während Betriebe, die 75 oder mehr ha bewirt-

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur in Hessen

Betriebsgrößenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche in ha	1999	2001	Zu- bzw. Abn. (-) 2001 gegenüber 1999 in %
Landwirtschaftliche Betriebe			
unter 2	1 756	1 559	- 11,2
2 bis unter 5	5 804	5 075	- 12,6
5 bis unter 10	5 179	4 616	- 10,9
10 bis unter 15	3 140	2 885	- 8,1
15 bis unter 20	2 485	2 575	3,6
20 bis unter 25	1 709	1 379	- 19,3
25 bis unter 30	1 449	1 302	- 10,1
30 bis unter 40	2 108	1 847	- 12,4
40 bis unter 50	1 474	1 448	- 1,8
50 bis unter 75	2 263	2 225	- 1,7
75 bis unter 100	1 128	1 178	4,4
100 oder mehr	1 174	1 340	14,1
Insgesamt	29 669	27 429	- 7,5
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in ha			
unter 2	1 364	1 183	- 13,3
2 bis unter 5	19 441	17 020	- 12,5
5 bis unter 10	37 382	33 372	- 10,7
10 bis unter 15	38 828	35 601	- 8,3
15 bis unter 20	43 160	45 092	4,5
20 bis unter 25	38 312	30 919	- 19,3
25 bis unter 30	39 758	35 752	- 10,1
30 bis unter 40	73 233	63 862	- 12,8
40 bis unter 50	65 896	64 672	- 1,9
50 bis unter 75	137 799	135 661	- 1,6
75 bis unter 100	97 250	101 438	4,3
100 oder mehr	173 555	201 739	16,2
Insgesamt	765 976	766 310	0,0

schafteten, weiterhin zunehmen, sind in den anderen Betriebsgrößenklassen Abnahmen zu beobachten. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die Betriebe von 15 bis unter 20 ha, also eine überwiegend von Nebenerwerbsbetrieben geprägte Betriebsgrößenklasse. Hier waren geringe Zunahmen festzustellen.

Die Zahl derjenigen Betriebe, die einem Kontrollverfahren im Sinne der Verordnung der EG 2091/92 unterlagen, also die ökologisch wirtschaftenden Betriebe, nahm im Vergleich zu 1999 um 90 auf nun gut 1300 Betriebe zu. Die bewirtschaftete Fläche stieg dabei im gleichen Zeitraum um knapp 5200 ha oder 12 % auf nunmehr gut 48 300 ha.

Mit einer Winterweizenernte von durchschnittlich 81 dt/ha wurde ein Rekordertrag eingebracht. Damit wurde, im Vergleich zum Durchschnittsertrag der Jahre 1995-2000, ein um 6,4 dt/ha höherer und gegenüber dem Vorjahr sogar ein um 9 dt/ha höherer Ertrag ermittelt. Die *Gesamtgetreideernte stieg*, bei nahezu unveränderter Anbaufläche, gegenüber dem Vorjahr um 131 150 auf 2,2 Mill. Tonnen; der durchschnittliche Getreideertrag lag bei 69,3 dt/ha. Demgegenüber wurden bei den Hackfrüchten (Kartoffeln und Zuckerrüben) geringere Hektarerträge erzielt. Auch deren Anbaufläche nahm ab. Insbesondere der Kartoffelanbau ging im Vergleich zum Vorjahr auf nunmehr 4700 ha bzw. um gut 12 % zurück, der Ertrag reduzierte sich um gut 13 % auf gut 365 dt/ha.

Anbau und Erträge ausgewählter Kulturarten

Art der Angabe	2000	2001	Zu- bzw. Abn. (-) 2001 gegenüber 2000 in %
Fläche (in ha)			
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ¹⁾	761 858	766 310	0,6
darunter			
Dauergrünland	270 439	274 277	1,4
Ackerland	485 537	486 000	0,1
darunter			
Getreide ²⁾	318 671	320 218	0,5
dar. Winterweizen ³⁾	144 370	143 547	- 0,6
Kartoffeln	5 369	4 712	- 12,2
Zuckerrüben	18 665	18 415	- 1,3
Winterraps	50 706	50 354	- 0,7
Gemüse und Erdbeeren	6 938	7 268	4,8
Rebflächen	3 510	3 550	1,1
Hektarertrag (in dt/ha)			
Getreide	65,2	69,3	6,3
dar. Winterweizen	71,9	81,0	12,7
Kartoffeln	422,7	366,3	- 13,3
Zuckerrüben	652,6	543,9	- 16,7
Winterraps	32,9	34,8	5,8
Hektarertrag (in hl/ha)			
Weißwein	89,2	66,8	- 25,1
Rotwein	83,3	72,0	- 13,6

1) Repr. Erhebung in 2000. — 2) Einschl. Körnermais und Corn-Cob-Mix. — 3) Einschl. Dinkel

Flächennutzung nach Art der tatsächlichen Nutzung

Merkmal	1997	2001	Zu- bzw. Abn. (-) 2001 gegenüber 1997 in %
	ha		
Landwirtschaftsfläche	915 972	907 068	- 1,0
Waldfläche	841 858	843 450	0,2
Siedlungs- und Verkehrsfläche	306 792	313 913	2,3
dar. Erholungsflächen	16 515	17 578	6,4
Sonst. Flächen	46 855	47 053	0,4
Gesamtfläche	2 111 477	2 111 484	0,0

Die *Flächennutzung* nach Art der tatsächlichen Nutzung zeigte, im Vergleich zur Vorerhebung 1997, eine weitere Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche, sowie, im Gegensatz zu den sonstigen Nutzungsarten, einen besonders auffälligen Anstieg der Erholungsflächen. Bei nahezu gleichbleibender Waldfläche bedeutete dies eine weitere Abnahme der Landwirtschaftsfläche in Hessen. Sie betrug nunmehr 907 000 ha oder 43 % der hessischen Gesamtfläche.

Die *tierische Produktion* war im Jahr 2001 geprägt durch die erstmals in Deutschland festgestellten BSE-Fälle sowie durch den Maul- und Klauenseuchenausbruch in Teilen der EU. Mit dem Auftreten des ersten BSE-Falles in Deutschland im November 2000 hatte sich die Zahl der Schlachtungen von Rindern, ohne Kälber, im Folgemonat mehr als halbiert. Gegenüber dem Vorjahresmonat reduzierte sich damit die Zahl der Rinderschlachtungen um 5500 Stück auf 4700 Stück im Dezember 2000. Allerdings folgte im Verlauf des Jahres 2001 eine Erholung des Marktes, jedoch wurde das Vorjahresniveau von 2000 nicht mehr erreicht. Im August 2001 wurden bereits wieder 5600 Rinder geschlachtet. Als eine Folge der BSE-Fälle und der unbefriedigenden Marktsituation gaben im Vergleich zum Stichtag 3. November 2000 knapp 280 Betriebe mit der Haltung von männlichen Rindern zwischen 1 und 2 Jahren diese Art der Viehhaltung auf. Am 3. November 2001 wurden noch 6500 Betriebe dieser Kategorie gezählt.

Viehbestände in landwirtschaftlichen Betrieben zum 3. Mai

Art der Angabe	1999	2001	Abnahme in %
	Anzahl		
Rinder insgesamt	560 262	542 556	- 3,2
Betriebe mit Rinderhaltung	15 006	13 394	- 10,7
darunter			
Milchkühe	175 645	168 465	- 4,1
Betriebe mit Milchkühen	7 695	6 310	- 18,0
Schweine	883 961	827 002	- 6,4
Betriebe mit Schweinehaltung	15 034	12 397	- 17,5
darunter			
Zuchtsauen	84 655	77 274	- 8,7
Betriebe mit Zuchtsauenhaltung	3 996	3 199	- 19,9
Schafe	182 733	181 194	- 0,8
Betriebe mit Schafhaltung	2 325	2 117	- 8,9

In der Viehhaltung konnte im Mai 2001 im Vergleich zu 1999 durchweg ein stärkerer Rückgang bei den Betrieben mit Viehhaltung als bei den Viehbeständen ermittelt werden. Insbesondere in den arbeitsintensiven Bereichen Milchviehhaltung (– 18 %) und Zuchtsauenhaltung (– 20 %) war ein deutlicher Rückgang der viehhaltenden Betriebe zu verzeichnen.

Öffentliche Finanzen

Kommunalfinanzen: Finanzierungsüberschuss schmilzt zusammen

Für das Jahr 2001 prognostizierte der Deutsche Städtetag gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 1,9 % rückläufige Steuereinnahmen auf der kommunalen Ebene in Deutschland; begründet wurde dies vor allem mit den Auswirkungen der Steuerreform. Trotz Beibehaltung eines konsequenten Konsolidierungskurses bei Städten, Gemeinden und Landkreisen erwartete er im Weiteren für das Jahr 2001 um 0,8 % höhere Ausgaben und damit ein Wiederanwachsen des *kommunalen Finanzierungsdefizits*¹⁰⁾. Tatsächlich stellte sich für die kommunalen Haushalte in *Deutschland* (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2001 ein Finanzierungsdefizit von fast 4 Mrd. Euro ein; die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände übertrafen mit 147,9 Mrd. Euro die Summe des Vorjahres um 1,9 %. Bezogen auf *Hessen* sind die Erwartungen des deutschen Städtetages dagegen, den kassenmäßigen Eckzahlen zufolge, nur tendenziell Realität geworden. Die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften konnten in ihrer Gesamtheit — nach positiven Finanzierungssalden in den Jahren 1998, 1999 und 2000 — auch für das Jahr 2001 noch einen, wenngleich deutlich reduzierten Überschuss ihrer Einnahmen über die Ausgaben ausweisen: Aus den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik errechnet sich für die kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen im Jahr 2001 ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von rund 91 Mill. Euro (– 86 %), nachdem im Vorjahr noch ein Einnahmeüberschuss in Höhe von knapp 650 Mill. Euro erzielt worden war.

Zu dem aktuellen Finanzierungsüberschuss auf der kommunalen Ebene Hessens haben die Gebietskörperschaften nicht gleichmäßig beitragen können. Die allgemeine Tendenz der Vorjahre zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation fand nur sehr eingeschränkt eine Fortsetzung. So zeigt die nach Gebietskörperschaftsgruppen differenzierende Betrachtung, dass wenigstens die Landkreisverwaltungen und die kreisfreien Städte jeweils in ihrer Mehrheit noch positive

Finanzierungssalden
hessischer Gebietskörperschaften 2000 und 2001
(Mill. Euro)

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo		Zu- bzw. Abnahme (–)
	2000	2001	
Kreisfreie Städte	452	105	– 347
davon			
Darmstadt	– 27	5	32
Frankfurt am Main	352	100	– 252
Offenbach am Main	36	2	– 34
Wiesbaden	13	– 10	– 23
Kassel	78	9	– 69
Kreisangehörige Gemeinden	78	– 120	– 198
Landkreisverwaltungen	9	78	69
Landeswohlfahrtsverband	112	29	– 83
Kommunale Gebietskörperschaften insgesamt	650	91	– 559

Finanzierungssalden erreichten, während für die kreisangehörigen Gemeinden ein beträchtliches Finanzierungsdefizit entstand.

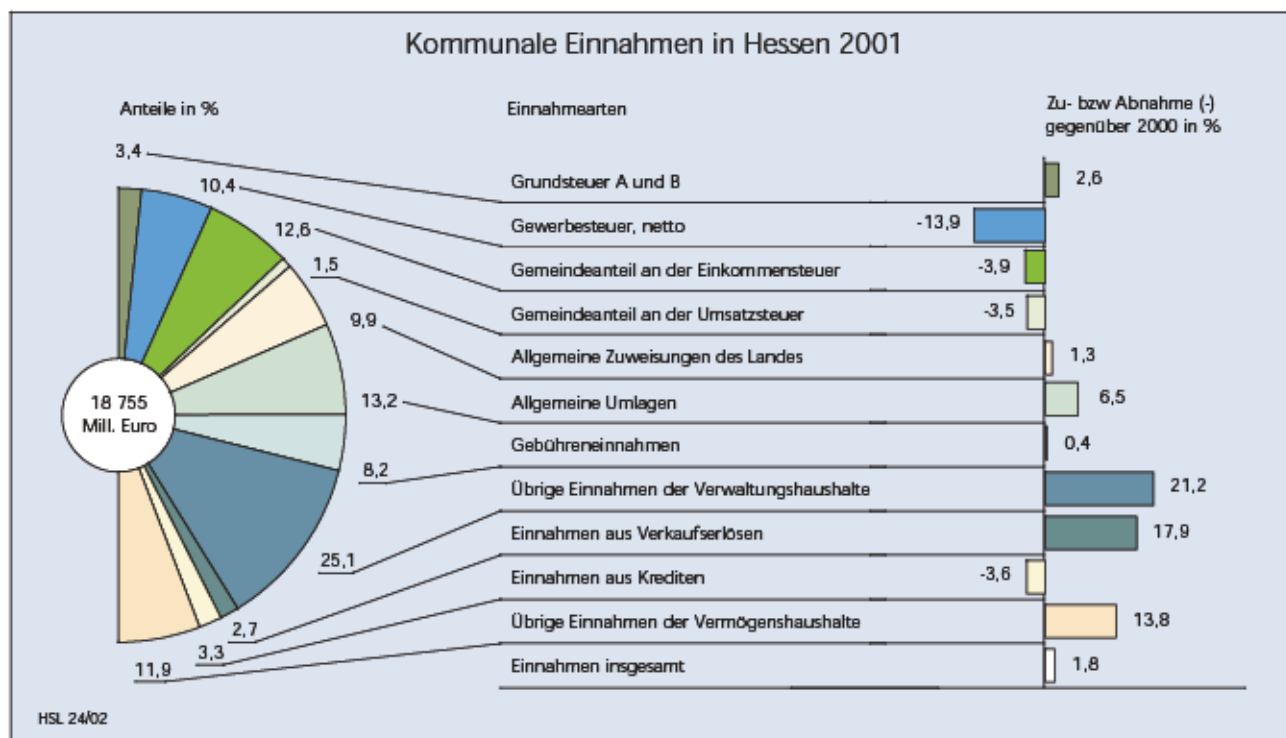
Die Landkreisverwaltungen konnten den nur 9 Mill. Euro ausmachenden Einnahmeüberschuss ihrer zusammengefassten Haushalte des Vorjahres auf 78 Mill. Euro erhöhen. Entscheidend hierfür waren im Vergleich zum Vorjahr Steigerungen der Einnahmen aus der allgemeinen Umlage (+ 150 Mill. Euro, + 10 %), aus Gebühren (+ 20 Mill. Euro, + 13,4 %) und Verkaufserlösen (+ 29 Mill. Euro, + 191 %), bei nur mäßig um 55 Mill. Euro (+ 1,3 %) gestiegenen Gesamtausgaben. 16 (im Vorjahr 12) der 21 Landkreisverwaltungen konnten für das Jahr 2001 einen positiven Finanzierungssaldo ausweisen. Die übrigen fünf Kreisverwaltungen brachten, bei allerdings zum Teil weiter reduzierten Defiziten, ihre Haushalte nur über Kreditaufnahmen bzw. Entnahmen aus den Rücklagen zum Ausgleich.

Die kreisfreien Städte erzielten einen Einnahmeüberschuss in Höhe von 105 Mill. Euro und verfehlten damit den hohen Finanzierungsüberschuss des Vorjahres von 452 Mill. Euro doch deutlich. Hier war es insbesondere die Verminderung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer um fast 494 Mill. Euro (– 29 %), die den größten hessischen Gemeinden, trotz fortgesetzter Disziplin auf der Ausgabenseite (+ 93 Mill. Euro, + 1,6 %), eine weitergehende Konsolidierung ihrer Haushalte versagte. Unter den kreisfreien Städten wies im Jahr 2001 nur Wiesbaden einen negativen Finanzierungssaldo (– 10 Mill. Euro) aus, der aber — bei leicht gestiegenen Einnahmen des Verwaltungshaushalts (+ 2,5 %) und deutlich reduzierten Gesamtausgaben (– 5,7 %) seine Ursachen allein in gegenüber dem Vorjahr verringerten Transaktionen des Vermögenshaushalts (Verminderung der Einnahmen aus Verkaufserlösen und aus Krediten) hatte.

Für die kreisangehörigen Gemeinden addierten sich die Überschüsse der Ausgaben über die Einnahmen zu einem Finanzierungsdefizit von insgesamt 120 Mill. Euro. Im Vorjahr hatten auch die kreisangehörigen Gemeinden zusammen

10) Vgl. Steuerverluste, Haushaltsdefizite und Verfall der Investitionen prägen die städtischen Finanzen — Städtetagspräsident Hajo Hoffmann stellt aktuelle Daten vor; in: Informationen des Hessischen Städtetags, Heft 1, 2001, S. 22 f. Der Finanzierungssaldo ist — dort wie auch hier im Weiteren — als Saldo der um die besonderen Finanzierungsvorgänge (Kreditaufnahmen und Kredittilgungen, Rücklagenzuführungen und -entnahmen, Deckung von Fehlbeträgen der Vorjahre) und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigten Einnahmen und Ausgaben definiert.

Kommunale Einnahmen in Hessen 2001



noch einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 78 Mill. Euro erreicht. Für diese Verschlechterung ihres finanziellen Status waren allerdings nicht die allgemeinen wirtschaftlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen, sondern offenbar eine expansive Ausgabenpolitik ursächlich. Während nämlich die Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden um 4,1 % auf gut 8,8 Mrd. Euro anstiegen, wuchs ihr Ausgabenaggregat um 5,5 % auf 9 Mrd. Euro an.

Bei den **Steuereinnahmen** der kommunalen Gebietskörperschaften konnte sich unter dem Eindruck der einsetzenden Konjunkturschwäche, den Auswirkungen der Steuerreform 2000 — hier insbesondere des Steuersenkungsgesetzes 2001 — sowie anderer gewichtiger Faktoren (u. a. erhöhte, gewinnreduzierende Abschreibungen von Telekommunikationsunternehmen aus der Erstelgerung der UMTS-Mobilfunklizenzen) die insgesamt positive Aufkommenstendenz der Vorjahre nicht fortsetzen. Die **aggregierten Steuereinnahmen** der Gemeinden und Städte gingen um fast 500 Mill. Euro oder 7,8 % auf 5,9 Mrd. Euro zurück. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den Gemeinden hiervon 5,3 Mrd. Euro, 413 Mill. Euro oder 7,2 % weniger als im Jahr 2000. Zu dieser regressiven Entwicklung der kommunalen Einnahmen aus den Abgaben haben, mit Ausnahme der Grundsteuern, alle bedeutenden Steuerarten und, abgesehen von der Hundesteuer, auch alle kleinen kommunalen Verbrauchs- und Aufwandsteuern beigetragen.

Das Aufkommen aus der **Gewerbsteuer** brach sowohl in der Bruttoeinnahme (– 13,5 %) als auch in dem, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage den Kommunen verbleibenden, Nettoaufkommen (– 13,9 %) deutlich ein. Auf Grund dieser Ausfälle flossen der kommunalen Ebene allein aus der Ge-

werbsteuer 317 Mill. Euro weniger an Steuereinnahmen zu als im Vorjahr. In Abhängigkeit von den Standorten der großen Unternehmen und den lokalen Wirtschaftsstrukturen waren die Gemeinden in unterschiedlichem Ausmaß von dem Einbruch bei der Gewerbsteuer betroffen. So haben die kreisfreien Städte im Jahr 2001 nur noch 972 Mill. Euro aus der Gewerbsteuer eingenommen, 386 Mill. Euro oder 28 % weniger als im Jahr 2000. Bei einem Rückgang ihrer Gewerbesteuererinnahmen um 369 Mill. Euro (– 35 %) war diese Entwicklung fast vollständig von der Metropole Frankfurt am Main zu tragen. Hingegen haben die kreisangehörigen Gemeinden zusammen rund 993 Mill. Euro an Gewerbesteuer für sich verbuchen können. Dies waren 69 Mill. Euro oder 7,5 % mehr als im Jahr 2000.

Die **Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern** sind sowohl bei den kreisfreien Städten als auch bei den kreisangehörigen Gemeinden niedriger als im Vorjahr ausgefallen. Insgesamt erhielten die hessischen Kommunen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer rund 2,7 Mrd. Euro, 108 Mill. Euro (– 3,9 %) weniger als im Jahr zuvor. Für die kreisfreien Städte machte der Rückgang 4,3 %, für die kreisangehörigen Gemeinden 3,7 % aus. Zum Vergleich: Gegenüber 1999 hatten im Jahr 2000 die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern bei den kreisfreien Städten insgesamt um knapp 9 % auf 744 Mill. Euro zugelegt, während sie bei den kreisangehörigen Gemeinden sogar einen Zuwachs um fast 15 % auf rund 1,9 Mrd. Euro schafften. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer führte den kommunalen Kassen in Hessen im Jahr 2001 rund 2,4 Mrd. Euro zu, 98 Mill. Euro oder 3,9 % weniger als im Jahr 2000. Wesentlich für diese Entwicklung dürften aus dem Gesamtpaket der Steuerre-

form insbesondere die Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes mit der Neugestaltung des Einkommensteuertarifs sein. Die rückläufige Entwicklung des Aufkommens aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wirkte sich daher auch auf die kreisfreien Städte (– 24 Mill. Euro, – 4,0 %) und die kreisangehörigen Gemeinden (– 74 Mill. Euro, – 3,9 %) gleichermaßen aus.

Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer flossen den hessischen Kommunen, im vierten Jahr ihrer Beteiligung an dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer, erstmals weniger Mittel zu als in den Vorjahren. Mit 284 Mill. Euro — nach 189 Mill. Euro im Jahr 1998 und 284 Mill. Euro im Jahr 1999 — waren dies rund 10 Mill. Euro (– 3,5 %) weniger als im Jahr 2000 (294 Mill. Euro). Der kommunale Umsatzsteueranteil des Jahres 2001 entfiel mit rund 133 Mill. Euro zu 47 % auf die kreisangehörigen Gemeinden und mit 151 Mill. Euro oder 53 % auf die kreisfreien Städte. Von dem Anteil der kreisfreien Städten reklamierte allein Frankfurt am Main einen Anteil von 37 % für sich.

Während sich die Steuereinnahmen auf der kommunalen Ebene Hessens insgesamt eher rückläufig entwickelten, konnten in den übrigen Einnahmebereichen das im Vorjahr erreichte Niveau gehalten oder sogar geringe Zuwächse verbucht werden. So nahmen im Jahr 2001 die Schlüsselzuweisungen des Landes um 31 Mill. Euro (+ 2,0 %) auf knapp 1,6 Mrd. Euro zu; die Gebühreneinnahmen stagnierten mit einer Zunahme um 6 Mill. Euro bei 1,5 Mrd. Euro. Im Ergebnis der unterschiedlichen Entwicklungen zwischen Städten und Gemeinden und der einzelnen Einnahmearten erzielten die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften in der Summe ihrer Verwaltungshaushalte mit 16,0 Mrd. Euro (brutto) praktisch das gleiche Einnahmeergebnis wie im Vorjahr (– 80 Mill. Euro). In dem Aggregat ihrer Vermögenshaushalte erreichten die Gemeinden und Gemeindeverbände dagegen eine deutliche Einnahmeverbesserung. Mit 3,4 Mrd. Euro nahmen sie 330 Mill. Euro mehr ein als im Jahr 2000 (+ 10,7 %).

Das Aggregat der *Gesamteinnahmen* der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahm um 1,3 % auf 19,4 Mrd. Euro zu. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der Gewerbesteuerumlage rund 18,8 Mrd. Euro, 2,0 % mehr als im Vorjahr.

Auf der *Ausgabenseite* wiesen die aggregierten Kassendaten für die kommunalen Haushalte in deren Verwaltungshaushalten Steigerungen von gut 4 % auf 17 Mrd. Euro auf, während sie in den Vermögenshaushalten bei 3,3 Mrd. Euro stagnierten.

Die kommunalen Belastungen aus dem Bundessozialhilfegesetz (ohne Jugendhilfe) summierten sich 2001 auf 2,3 Mrd. Euro; dies waren fast 60 Mill. Euro oder 2,6 % mehr als im Jahr 2000. Die steigenden Sozialausgaben resultierten

einerseits aus den Erhöhungen der Regelsätze der letzten Jahre (für Haushaltsvorstände und Alleinerziehende ab 1.7.1999 um 1,3 %, ab 1.7.2000 um 0,55 %), andererseits und insbesondere aus vermehrten Leistungen für Hilfebedürftige in Einrichtungen.

Für den, mit einem Haushaltsanteil von fast einem Fünftel auf der kommunalen Ebene recht bedeutsamen, Ausgabenblock des Sachaufwands (einschl. Erstattungen und kalkulatorischer Kosten) ergab sich im Jahr 2001 eine kräftige Zunahme um 8 %. In diesem Ausgabensegment werden vielfältige, zumeist kommunal spezifische Faktoren wirksam. Lediglich die allgemeine Geldentwertung wird sich hier durchgängig ausgabensteigernd ausgewirkt haben. Allerdings lässt sich auch für das Jahr 2001 keine einheitliche Entwicklungslinie bei den kommunalen Gebietskörperschaften für ihre Sachausgaben feststellen. Während bei den kreisfreien Städten der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 4,8 % auf 1,1 Mrd. Euro kletterte, erhöhte er sich bei den kreisangehörigen Gemeinden um gut 9 % auf 1,8 Mrd. Euro. Wie bereits im Vorjahr legten die Kreisverwaltungen bei den Ausgaben für sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand wieder am kräftigsten zu. Hier ergab das kassenmäßige Ergebnis eine Steigerung um nahezu 11 % auf 650 Mill. Euro.

Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen
der Gemeinden und Gemeindeverbände
in Hessen 2000 und 2001

Ausgaben- bzw. Einnahmeart	2000	2001	Zu- bzw. Abn.(-) in %	
	Mill. Euro		2000	2001
			gegenüber	
			1999	2000
Ausgaben¹⁾				
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	14 825	15 654	5,0	5,6
darunter				
Personalausgaben ²⁾	3 205	3 295	0,9	2,8
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	2 045	2 152	1,3	5,3
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	1 307	1 467	2,5	12,3
Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe	2 950	3 054	3,0	3,5
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	545	529	– 1,8	– 2,8
Ausgaben des Vermögenshaushalts	3 269	3 278	4,8	0,3
darunter				
Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	1 818	1 827	9,2	0,5
Ausgaben insgesamt	18 095	18 932	4,9	4,6
Einnahmen¹⁾				
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	15 351	15 392	3,2	0,3
darunter				
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	2 281	1 964	– 5,9	– 13,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2 486	2 389	14,2	– 3,9
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 644	3 698	4,1	1,5
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	2 961	3 007	3,6	1,6
Einnahmen des Vermögenshaushalts	3 075	3 404	4,2	10,7
darunter				
Investitionszuweisungen	372	377	10,1	1,2
Kredite und innere Darlehen	652	628	– 13,1	– 3,7
Einnahmen insgesamt	18 426	18 797	3,7	2,0

1) Ohne Berücksichtigung der Auflösungen von Solifehlbeiträgen und ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Einschl. Versorgungsausgaben. — 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Der moderate Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der im Kern eine prozentuale Steigerung der Löhne und Gehälter um Jahresdurchschnittlich etwa 2 % für die hier Beschäftigten erbrachte, stand den Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften nicht wirklich entgegen. Die haushaltsmäßigen Personalausgaben beliefen sich jedoch im Jahr 2001 auf rund 3,3 Mrd. Euro und lagen damit um 2,8 % über denen des Vorjahres. Dabei waren die Dienstbezüge nur um 1,4 % auf 2,4 Mrd. Euro angestiegen. Kräftiger haben den Anstieg der Personalkosten — vor dem Hintergrund kurzfristig stärker gestiegener Pensionierungszahlen und dem Aufbau der Versorgungsrücklagen — die Aufwendungen für Versorgungsbezüge (+ 10 %) und die Beiträge zu den Versorgungskassen (+ 8,2 %) forciert. Bei den kreisfreien Städten nahm das Aggregat der Personalausgaben mit 4,0 % relativ stärker zu als bei den kreisangehörigen Gemeinden (+ 2,2 %).

Die Tendenz zu steigenden Personalausgabenquoten setzte sich auf der kommunalen Ebene insgesamt jedenfalls nicht fort. So hatten die kommunalen Haushalte im Jahr 2001 (2000) durchschnittlich noch 21,1 % (21,3 %) ihrer Ausgaben für ihr aktives Personal und für Versorgungsbezüge aufzuwenden. Entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenstrukturen und Personalintensitäten der Aufgaben wiesen im Jahr 2001 (2000) unter den Gebietskörperschaften die kreisangehörigen Gemeinden mit 24,9 % (25,3 %) die höchste Personalausgabenquote auf, während sich für die Kreisverwaltungen mit 16,3 % (16,7 %) der geringste Personalkostenanteil errechnete.

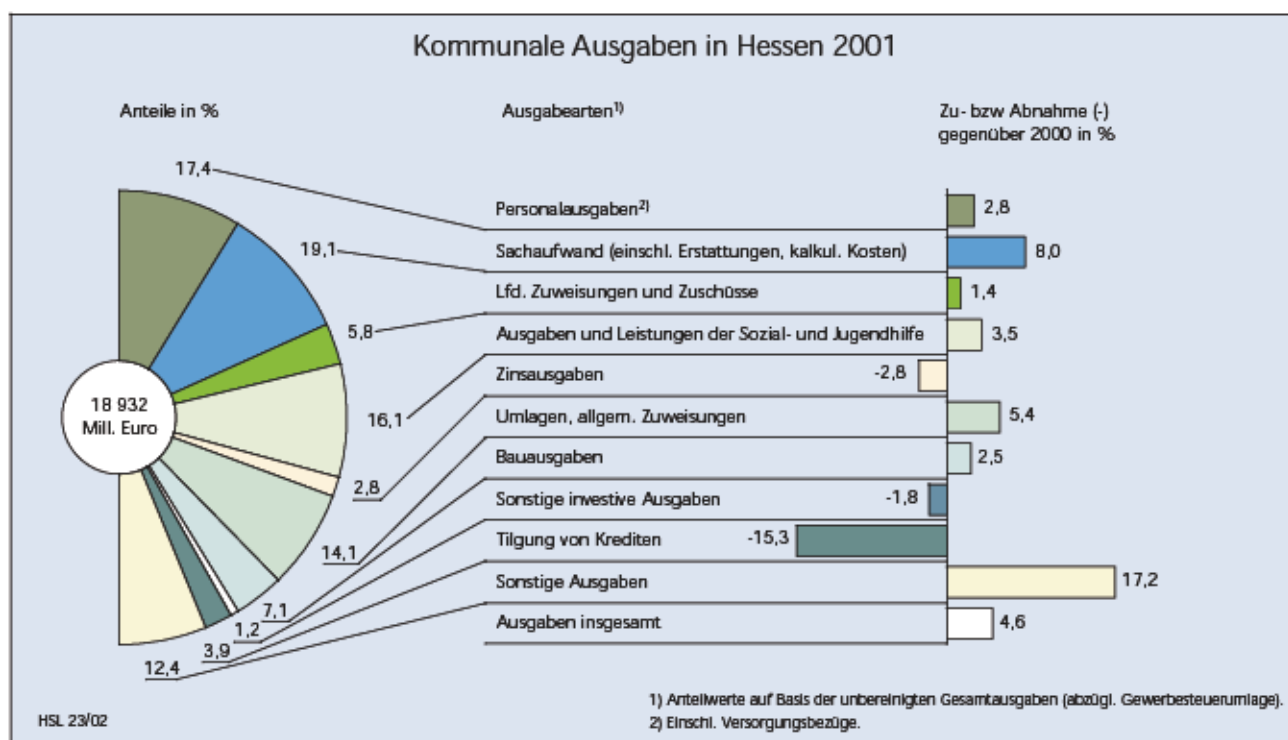
Diesen Entwicklungen in den großen kommunalen Ausgabenblöcken der Verwaltungshaushalte standen im Jahr 2001

ebenso recht moderat wachsende Ausgabenaggregate in den Vermögenshaushalten gegenüber. Die vermögenswirksamen Ausgaben der kommunalen Ebene nahmen insgesamt nur um 0,3 % auf 3,3 Mrd. Euro zu. Dabei kam diese Steigerung nur durch erhöhte Ausgaben der Kreisverwaltungen (+ 15,1 %) für Investitionen und für Vermögenserwerb zu Stande.

Die reinen Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen nach einer Zunahme um 7,0 % im Vorjahr nur noch um 2,5 % auf knapp 1,4 Mrd. Euro zu. Durchschnittlich wurden aus den kommunalen Haushalten im Jahr 2001 (2000) 9,0 % (9,3 %) der Ausgaben für unmittelbar investive Zwecke (Bauausgaben und Vermögenserwerb) aufgewendet. Bei den kreisfreien Städten ging dieser Anteilwert von 8,3 auf 6,0 %, bei den kreisangehörigen Gemeinden von 14,5 auf 12,9 % zurück und erhöhte sich bei den Kreisverwaltungen von 5,5 auf 7,0 %.

Auch die Entwicklung der Ausgaben ist von den fortgesetzten Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten beeinflusst. Bei Interpretation des Datenmaterials im Hinblick auf die Nachfragewirkungen der öffentlichen Haushalte, etwa für die Baubranche, ist dieser Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

Die gestiegenen Investitionen der Kommunalebene wurden nicht über zusätzliche Kredite finanziert. So haben die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften auch im kassenmäßigen Abschluss des Jahres 2001 eine Nettotilgung ihrer Kredite um rund 108 Mill. Euro vorzuweisen. Im Vorjahr wurden netto rund 210 Mill. Euro an Krediten getilgt. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt



hier, dass die neuerliche Nettotilgung von Krediten (Überschuss der Kredittilgungen über die Kreditaufnahmen) wesentlich auf die Entwicklung bei den kreisfreien Städten zurückzuführen ist, die mehrheitlich auf einem — wesentlich auf den fortgesetzt starken Schuldenabbau der Stadt Frankfurt am Main zurückzuführenden — Konsolidierungskurs blieben und durch ihre hohen Kredittilgungen einem Zuwachs im Aggregat der kommunalen Neuverschuldung entgegenwirkten. So haben die kreisfreien Städte nach 215 Mill. Euro im Jahr 1999 und 227 Mill. Euro im Jahr 2000 im letzten Jahr nochmals 144 Mill. Euro mehr an Krediten getilgt, als sie aufgenommen haben. Die Stadt Frankfurt am Main allein leistete netto fast 132 Mill. Euro an Kredittilgungen. Die finanzstrategisch positive Auswirkung des Konsolidierungskurses der kreisfreien Städte kann exemplarisch anhand der Zinsbelastung vor Augen geführt werden. So waren die Haushalte der kreisfreien Städte im Jahr 1998 je 100 Euro ihrer Steuereinnahmen¹¹⁾ noch mit fast 13 Euro für Zinszahlungen belastet. Im Jahr 2001 brauchten die Städte hierfür, trotz des Einbruchs bei den Steuereinnahmen, nur noch rund 10 Euro je 100 Euro DM ihrer Steuereinnahmen aufzuwenden, nachdem sie bereits im Vorjahr lediglich noch mit rund 9 Euro je 100 Euro ihrer Steuereinnahmen mit Zinszahlungen belastet waren.

Unbeschadet der, hinter der Entwicklung der kommunalen Ausgaben zurückbleibenden Einnahmen, leisteten die kommunalen Gebietskörperschaften auch eine deutliche Steigerung ihrer Zuführungen in die Rücklage. Ihr wurden mit 457 Mill. Euro nochmals rund 140 Mill. Euro oder 44 % mehr als 2000 zugeführt. Im Gegenzug wurden die Entnahmen aus den Rücklagen von 226 Mill. Euro im Jahr 2000 auf nunmehr 269 Mill. Euro im Jahr 2001 etwas erhöht. Allerdings waren es hier die kreisfreien Städte, die ihre Rücklagen um 92 Mill. Euro deutlich aufstockten, während die kreisangehörigen Gemeinden netto nur rund 11 Mill. Euro ihren Rücklagen zuführten.

Das Aggregat der *Gesamtausgaben* der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahm — bei Steigerungen der Gesamtausgaben der kreisangehörigen Gemeinden um 5,5 % auf 9 Mrd. Euro, der kreisfreien Städte um 1,6 % auf 5,8 Mrd. Euro und der Kreisverwaltungen um 1,3 % auf 4,3 Mrd. Euro — um 3,7 % auf 20,3 Mrd. Euro zu.

Steuerrückgang nach drei Wachstumsjahren

Nach drei Jahren fortgesetzten Wachstums der *kassenmäßigen Steuereinnahmen* kam es im Jahr 2001 erstmals wieder zu einem Rückgang des Steueraufkommens in Hessen. Mit 44,6 Mrd. Euro wurde das Niveau der von den staat-

lichen und kommunalen Finanzkassen vereinnahmten Steuern des Vorjahres um 1,3 Mrd. Euro oder fast 3 % verfehlt. Die Steuerquote — hier die unbereinigten Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Jahre in % — war im Zuge dieser Entwicklung von 21,1 % im Jahr 1997 auf 25,3 % im Jahr 2000 angestiegen und ist nun aktuell leicht auf 24,1 % abgesunken.

Während für die kontinuierlichen Steigerungen des Steueraufkommens in den Vorjahren insbesondere eine anhaltend gute konjunkturelle Entwicklung und die Verringerung des aufkommensmindernden Einflusses verschiedener Rechtsänderungen vorausgegangener Jahre ursächlich waren, hatte das Abfallen des Jahres 2001 seine wesentlichen Ursachen in dem Abflauen der Konjunktur und in reformbedingten Steuerausfällen. So waren im letzten Jahr in den Steuerkassen insbesondere die Aufkommen aus der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer sowie der veranlagten Einkommensteuer rückläufig.

Entgegen der Entwicklung im Bund erwiesen sich die *Steuern vom Einkommen* — also Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag — in Hessen wiederum ergiebiger als im Vorjahr. Zu deren globalem Mehraufkommen trug insbesondere die in Hessen relativ stabile Beschäftigungslage mit gegenüber dem Vorjahr (bei Zuwächsen der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer aus den Tarifierhöhungen) gestiegener Lohn- und Gehaltssumme bei. So hat das Aufkommen der *Lohnsteuer* um 318 Mill. Euro oder nahezu 2 % auf fast 18,2 Mrd. Euro zugenommen. Die retardierenden Effekte aus der aktuellen Steuerreform und aus den Vorjahren, wie die Absenkung des Eingangssteuersatzes der Einkommensteuer, die Anhebung des Grundfreibetrags, die neue Entfernungspauschale, die Absenkung des Solidaritätszuschlags, die Kindergeldanhebung und -verrechnung mit der Lohnsteuer, der neue Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren, wirkten zwar aufkommensmindernd, wurden aber letztlich noch überkompensiert.

Im Jahr 2000 konnten die hessischen Finanzbehörden über die Einkommensteuerveranlagung mit einer Einnahme von fast 920 Mill. Euro das höchste kassenmäßige Aufkommen der *veranlagten Einkommensteuer* seit 1994 erzielen. Weiter rückläufige Erstattungen nach § 46 EStG (Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit) wie auch der Anstieg des Bruttoaufkommens der veranlagten Einkommensteuer (kassenmäßiges Aufkommen zuzügl. Investitionszulagen sowie Eigenheimzulagen) deuten darauf hin, dass nun die stark aufkommensmindernde Wirkung der steuerlichen Sonderförderung von Investitionen in Ostdeutschland ausläuft¹²⁾. Damit verliert ein bedeutender Faktor weiter an Gewicht, der in den vergangenen Jahren wesentlich zu der Erosion der Steuerbemessungsgrundlage beigetragen hatte. Auch das Steuerbereinigungsgesetz 1999 mit dem weiteren Abbau umstrittener Steuerbefreiun-

11) Die Zins-Steuer-Quote wurde hier als Quotient aus Zinszahlungen und Netto-Steuereinnahmen (Brutto-Steuereinnahmen abzgl. Gewerbesteuerumlagen) berechnet.

12) Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahresgutachten 1999/2000, Wiesbaden 1999, S.105 – 107.

gen und Ausnahmeregelungen hat sicherlich die Steuerbemessungsgrundlagen gefestigt. Entgegen diesen für das Steueraufkommen positiven Weichenstellungen ließen das Vorziehen des für 2002 beschlossenen Einkommensteuertarifs in den Veranlagungszeitraum 2001 ebenso wie — mutmaßlich auf Grund der abgeschwächten wirtschaftlichen Entwicklung vorgenommene — Reduzierungen der Vorauszahlungen seitens der Steuerpflichtigen das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer um 148 Mill. Euro (– 16 %) auf 770 Mill. Euro absinken.

Nachdem sich im Vorjahr das Aufkommen aus der *Körperschaftsteuer* noch deutlich verbessert hatte — hier hatte sich die insgesamt günstigere Entwicklung der Unternehmensgewinne ausgewirkt, die sowohl zu höheren Steuervorauszahlungen als auch zu verstärkten Nachzahlungen für frühere Jahre geführt hatte —, führte die Reform der Unternehmensbesteuerung (u. a. mit der Senkung des Einbehaltungssatzes und des Ausschüttungssatzes bei der Körperschaftsteuer auf den einheitlichen Satz von 25 v. H. in Verbindung mit der abschließenden Veranlagung des gewinnsschwachen Wirtschaftsjahres 1999 in 2001 und der dem konjunkturellen Geschehen folgenden, nach unten gerichteten Anpassung der Vorauszahlungen) im Jahr 2001 zu einem nahezu völligen Ausfall des Aufkommens aus dieser Steuer in Hessen. Nach 2,8 Mrd. Euro im Jahr 2000 konnten die hessischen Finanzkassen im Jahr 2001 nur noch 181 Mill. Euro an Körperschaftsteuer vereinnahmen (– 94 %).

Aus der Harmonisierung des Einbehaltungs- und des Ausschüttungssatzes für Gewinne bei der Körperschaftsteuer war ein Rückgang des Aufkommens aus der Körperschaftsteuer absehbar. Allerdings wurden im Gegenzug hierzu vom Bundesfinanzministerium — auf Grund von deutlich vermehrten Ausschüttungen der früher mit 45 % versteuerten, thesaurierten Gewinne — ein Ansteigen der Einlagen in alternative Kapitalanlageformen und hieraus wachsende Einnahmen aus dem Zinsabschlag erwartet. Tatsächlich stieg das Aufkommen aus dem *Zinsabschlag* in Hessen im Jahr 2001 um fast 490 Mill. Euro oder gut 18 % auf nahezu 3,2 Mrd. Euro an.

Die insgesamt schrumpfende Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer führte auch bei den Einnahmen aus dem *Solidaritätszuschlag* zu einem Rückgang um fast 62 Mill. Euro oder 4,3 % auf 1,39 Mrd. Euro.

Das kassenmäßige Aufkommen aus der *Umsatzsteuer* ist auf Grund des komplexen, steuerrechtlichen Gefüges aus Vorauszahlungen, Zahlungen und Verrechnungen nicht

Kassenmäßiges Aufkommen an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern nach Steuerarten

Steuerart	2000	2001	Zu- bzw. Abn. (–) 2001 gegenüber 2000
	Mill. Euro		%
Gemeinschaftssteuern ¹⁾	37 553	36 177	– 3,7
darunter			
Lohnsteuer ²⁾	17 846	18 163	1,8
veranlagte Einkommensteuer	918	769	– 16,2
Körperschaftsteuer	2 828	182	– 93,6
Umsatzsteuer	8 602	8 945	4,0
Einfuhrumsatzsteuer	1 927	1 851	– 4,0
Bundessteuern ³⁾	3 152	3 468	10,0
darunter			
Zölle	158	127	– 19,4
Mineralölsteuer	378	503	32,8
Landessteuern	1 567	1 696	8,3
darunter			
Vermögensteuer	69	40	– 41,8
Kraftfahrzeugsteuer	532	638	20,0
Gemeindesteuern ⁴⁾	3 658	3 270	– 10,6
darunter			
Gewerbesteuer (brutto)	2 969	2 569	– 13,5
Steueraufkommen insgesamt	45 930	44 612	– 2,9

1) Ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Ohne Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern.

einfach zu interpretieren¹³⁾. So ergab sich im kassenmäßigen Ergebnis des Jahres 2000 — bei einem Rückgang der Binnen-Umsatzsteuer um gut 6 % und der Zunahme der Umsatzsteuer auf Einfuhren um fast 24 % — gegenüber dem Jahr 1999 eine rechnerische Aufkommensminderung um über 200 Mill. Euro oder 2 %. Im Jahr 2001 konnten mit 8,9 Mrd. Euro nun wieder 343 Mill. Euro oder 4 % mehr an Umsatzsteuer eingenommen werden. Neben dem Basiseffekt dürfte für diese, in Hessen ebenfalls gegen den Bundestrend eingetretene, Veränderung auch die etwas günstiger zu beurteilende Entwicklung der Gesamtnachfrage, hierunter insbesondere die der privaten Konsumausgaben, ursächlich sein.

Die insgesamt weiter als gut einzuschätzende Gewinnsituation der Unternehmen hätte sich auf die Bemessungsgrundlage der *Gewerbesteuer* eigentlich fortgesetzt positiv auswirken müssen. Allerdings konnte dies so in den Zahlungseingängen der Finanzkassen, auf Grund der Verrechnungsarithmetik zwischen Vorauszahlungen und Zahlungen zur Gewerbesteuer sowie deren Mangel an Periodengerechtigkeit, keinen Niederschlag finden. Tatsächlich gingen die Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2001 um 13,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Diese Verminderung resultierte einerseits vor allem aus den bei der Gewerbesteuer möglichen nachträglichen Vorauszahlungsanpassungen, andererseits aus der Ableitung ihrer Bemessungsgrundlage aus der Körperschaftsteuer, sodass sich deren Steuerausfälle auch im Gewerbesteueraufkommen niederschlugen. Dabei blieben starke Rückgänge der kassenmäßigen Einnahmen auf Grund

13) Beispielsweise schätzte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Gutachten, dass das Umsatzsteueraufkommen im Bund das Vorjahresniveau nicht erreichen und um 1,1 v. H. verfallen wird, und gibt anschließend eine ausführlichere Erläuterung für „diese angesichts einer robusten Zunahme der Privaten Konsumausgaben überraschende Verminderung, ...“. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Für Stetigkeit — gegen Aktivismus, Jahresgutachten 2001/2002; Wiesbaden 2001, S. 123.

von Gewerbesteuerückzahlungen in Hessen auf einzelne Standorte — hier insbesondere Frankfurt am Main — und große Unternehmen konzentriert. Für diese Entwicklung kommt dem Umstand besondere Relevanz zu, dass es bei Banken und Versicherungen unter anderem Infolge der Aktienkursrückgänge zu einem größeren Wertberichtigungsbedarf gekommen sein dürfte¹⁴⁾.

Bei der *Vermögensteuer*, die seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben wird, sind im Jahr 2001 nur noch Beträge für zurückliegende Veranlagungszeiträume kassenwirksam geworden, und ihr endgültiges Auslaufen scheint sich nun anzubahnen: Konnte im Jahr 2000 mit 68 Mill. Euro das Aufkommen aus dem Vorjahr noch geringfügig übertroffen werden, so brachte die Vermögensteuer im Jahr 2001 nur noch knapp 40 Mill. Euro (– 42 %) in die Kasse des Landes Hessen.

In der Entwicklung des Aufkommens aus der *Mineralölsteuer* ist nunmehr — in ihrer dritten Stufe — auch am Standort Hessen die Auswirkung der ökologischen Steuerreform (für die Jahre 2000 bis 2003 um jeweils 6 Pfennige je Liter) — zu beobachten. Das Aufkommen aus der Mineralölsteuer, das sich im Vorjahr unter den besonderen Standortbedingungen noch rückläufig entwickelte, nahm im Jahr 2001 um 125 Mill. Euro auf 503 Mill. Euro (+ 33 %) zu.

Im Jahr 1999 waren die Einnahmen aus der *Kraftfahrzeugsteuer*, als Auswirkung der bereits zum 1. Juli 1997 in Kraft getretenen, emissionsorientierten Umgestaltung der Steuer, deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2000 verharrte das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer, im Zusammenspiel von Erhöhung des Kraftfahrzeugbestandes und dessen Modernisierung, auf dem Niveau des Vorjahres. Im Jahr 2001 stieg nun das Aufkommen aus dieser Steuer um ein Fünftel auf 638 Mill. Euro an, wofür neben der weiteren Anhebung der Steuersätze um bis zu 60,6 v. H. (für Personenkraftwagen der Schadstoffklassen Euro-1 und für Personenkraftwagen, die als nicht schadstoffarm beziehungsweise als bedingt schadstoffarm eingestuft sind) auch erhebungstechnische Gründe¹⁵⁾ ursächlich gewesen sein dürften.

Bevölkerung

Bevölkerungszunahme geringfügig unter Vorjahresniveau

Die *Bevölkerungszahl* Hessens dürfte im Jahr 2001 mit 0,2 % etwas schwächer gestiegen sein als im Jahr zuvor. Darauf deuten die bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten der ersten drei Quartale 2001 hin. Aus der Entwicklung bis

14) Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Für Stetigkeit — gegen Aktionismus, Jahresgutachten 2001/2002; Wiesbaden 2001, S. 123.

15) Da die Kraftfahrzeugsteuer von den Haltern im Voraus zu entrichten ist, mussten die betroffenen Fahrzeughalter in vielen Fällen eine erhöhte Vorauszahlung und gleichzeitig eine Nachzahlung für den auf das Jahr 2001 entfallenden Anteil der im Vorjahr entrichteten Kraftfahrzeugsteuer bezahlen.

Bevölkerungsbilanz 2000 und 2001

Art der Angabe	Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme (–) in %
	2000	2001 (geschätzt)	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 051 966	6 068 129	0,3
Lebend Geborene	58 817	56 300	– 4,3
Gestorbene	60 345	59 200	– 1,9
Gestorbenenüberschuss (–)	– 1 528	– 2 900	.
Zugezogene über die Landesgrenzen	169 602	178 900	5,5
davon aus (dem)			
anderen Bundesländern	95 469	100 000	4,7
Ausland	74 133	78 907	6,4
Fortgezogene über die Landesgrenzen	151 911	166 700	9,7
davon in (das)			
andere Bundesländer	85 042	89 350	5,1
Ausland	66 869	77 400	15,8
Wanderungsgewinn	17 691	12 200	.
davon gegenüber (dem)			
anderen Bundesländern	10 427	10 650	.
Ausland	7 264	1 500	.
Bevölkerung am Jahresende	6 068 129	6 077 400	0,2
Bevölkerungszunahme	16 163	9 300	.

September wurde hier auf das ganze Jahr hochgerechnet und eine Bevölkerungszunahme von gut 9000 auf 6,077 Mill. Einwohner geschätzt. Die Bevölkerungsentwicklung wurde wieder überwiegend von der Wanderungsbewegung getragen. Dem Wanderungsgewinn von gut 12 000 mehr Zu- als Fortgezogenen stand ein Geburtendefizit von 2900 weniger Geborenen als Gestorbenen gegenüber.

Die *Wanderungsbewegung* lag 2001 mit rund 179 000 Zugezogenen knapp 6 % über der Zahl des Jahres 2000. Noch stärker, und zwar um knapp 10 % erhöhte sich die Zahl der Fortgezogenen, sodass der Wanderungsgewinn Hessens mit 12 200 Menschen um rund 5500 niedriger ausfiel als im Jahr 2000.

Maßgebend für den geringeren Wanderungsüberschuss war die Entwicklung gegenüber dem Ausland. Weil die Fortzüge in das Ausland (77 400) deutlich stärker anstiegen als die Zuzüge (78 900), ging der Wanderungsgewinn um rund 5800 auf 1500 Personen zurück. Der Rückgang resultierte größtenteils aus einer Abwanderung in die EU-Staaten, die bereits in den ersten drei Quartalen 2001 zu einem Wanderungsdefizit von 4000 Personen führte, dem im Vorjahreszeitraum ein leichter Gewinn gegenüberstand. Trotz eines leicht gestiegenen Wanderungsgewinns gegenüber den übrigen europäischen Ländern, insbesondere gegenüber Polen, der Ukraine und der Russischen Föderation, lag der Wanderungsverlust Hessens mit Europa insgesamt bei 2600 Personen. Der Wanderungsgewinn gegenüber Asien nahm um 400 Personen auf 3200 zu, wogegen sich der Gewinn aus dem übrigen Ausland in den ersten drei Quartalen 2001 verringerte.

Der positive Saldo gegenüber den anderen Bundesländern erhöhte sich 2001 bei 100 000 Zuzügen und 89 400 Fortzügen.

gen leicht auf rund 10 700. Aus der Entwicklung der ersten drei Quartale lässt sich für das gesamte Jahr 2001 eine relativ starke Zuwanderung aus den neuen Bundesländern schließen. In den ersten drei Quartalen von 2001 hatte sich der Saldo gegenüber den neuen Bundesländern um 1900 auf 7800 Personen erhöht, während der Wanderungsgewinn gegenüber den alten Bundesländern auf 800 Personen abnahm. Der Wanderungsaustausch Hessens mit den alten Bundesländern war gegenüber Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland positiv, während gegenüber Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hohe Wanderungsverluste bestanden.

Mit 56 300 *lebend Geborenen* dürfte 2001 die Zahl des vorangegangenen Jahres um 4 % unterschritten worden sein. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf einen „Struktur-effekt“ zurückzuführen, da die Zahl der Frauen im „reproduktiven“ Alter von Jahr zu Jahr sinkt. Ohne eine leicht positive Veränderung des generativen Verhaltens hätten noch deutlich weniger Neugeborene das Licht der Welt erblickt.

Die Zahl der *Gestorbenen* war in der ersten neun Monaten 2001 um knapp 2 % niedriger als im Vorjahr, sodass für das gesamte Jahr 2001 erneut mit einem Rückgang auf etwa 59 200 Sterbefälle zu rechnen ist. Da die Zahl älterer und älter Menschen laufend zunimmt, müsste es bei gleichbleiben-

Privathaushalte im April 2001 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2001 geg. 2000	Personen in Privathaushalten	
	1000	%		1000	%
Haushalte insgesamt	2 830	100	1,1	6 101	100
davon					
Einpersonenhaushalte	1 006	35,5	2,0	1 006	16,5
Mehrpersonenhaushalte	1 824	64,5	0,6	5 095	83,5
davon mit					
2 Personen	978	34,6	3,2	1 957	32,1
3 Personen	404	14,3	- 1,0	1 212	19,9
4 Personen	325	11,5	- 2,7	1 301	21,3
5 oder mehr Personen	117	4,1	- 4,9	625	10,2

Mehrpersonenhaushalte mit oder ohne Kinder(n) unter 18 Jahren im April 2001

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2001 geg. 2000
	1000	%	
Mehrpersonenhaushalte insgesamt	1 824	100	0,6
davon			
ohne Kinder	1 150	63,0	1,8
mit Kindern	674	37,0	- 1,3
davon mit			
1 Kind	340	50,4	- 0,1
2 Kindern	256	38,0	- 1,3
3 Kindern	60	8,9	- 5,8
4 oder mehr Kindern	18	2,7	- 11,2

den Sterblichkeitsverhältnissen zu einem Anstieg der Todesfälle gekommen sein. Die Lebenserwartung dürfte somit auch im vergangenen Jahr weiter gestiegen sein.

Weiterhin Trend zu kleinen Haushalten

Im April 2001 gab es in Hessen 2,83 Mill. Privathaushalte, in denen 6,1 Mill. Personen lebten. 36 % der Haushalte bestanden aus einer Person, 35 % aus zwei Personen, 14 % aus drei, 11 % aus vier und 4 % aus fünf oder mehr Personen.

Der Trend zu kleinen Haushalten hat sich auch im vergangenen Jahr weiter fortgesetzt. Hierbei war die Zunahme bei den Zweipersonenhaushalten mit 3 % stärker als bei den Single-Haushalten mit 2 %. In den Einpersonenhaushalten lebten 16 % aller hessischen Einwohner. Demgegenüber ging die Zahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen um 5 % zurück.

Der Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren an den Mehrpersonenhaushalten insgesamt ist um fast einen Prozentpunkt gegenüber 2000 gesunken, und zwar auf 37 %. Hierbei war der Rückgang bei den Familien mit drei Kindern (- 6 %) und mit vier oder mehr Kindern (- 11 %) besonders ausgeprägt. Die Zahl der Ein-Kind-Familien blieb so gut wie konstant.



Ausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Letzte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Umgerechnet rund 9 Mrd. Euro und damit etwa ein Achtel aller Aufwendungen für den privaten Verbrauch haben die 2,7 Millionen hessischen Haushalte im Jahr 1998 für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgegeben. Anders als bei den meisten anderen Verbrauchsausgaben waren das etwa 8 % weniger als fünf Jahre davor. Bezogen auf einen durchschnittlichen Haushalt war der Rückgang der Gesamtausgaben für diesen Teilbereich — wegen der zunehmenden Zahl kleinerer Haushalte — mit 11 % sogar noch etwas stärker. Relativ gering war die Abnahme bei Brot und Getreideerzeugnissen, vor allem weil es innerhalb dieser Gruppe recht kräftige Mehrausgaben für feine Backwaren gab. Auch bei anderen Warengruppen wurde für einzelne Artikel oder Erzeugnisse durchaus mehr Geld ausgegeben als 1993. Unter den zusammenfassenden Gruppen waren dagegen nur bei Obst, Gemüse und Tabakwaren Zunahmen zu verzeichnen. Trotz dieser unterschiedlichen Entwicklung haben sich die Anteile der hauptsächlichen Ausgabegruppen an den Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genussmittel nur geringfügig verschoben. Mit nahezu unverändert einem Fünftel standen die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an erster Stelle, vor denen für Brot und Getreideerzeugnisse (gut 13 %) sowie für Molkereiprodukte und Eier (12 %). Die einzige Gruppe von Haushalten, bei der 1998 höhere Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel festgestellt wurden, waren die Einzelpersonen. Dagegen sparten Zweipersonenhaushalte im Vergleich zu 1993 am meisten ein, Haushalte mit fünf oder mehr Personen jedoch kaum etwas. Betrachtet nach der sozialen Stellung, hatten Haushalte von Selbstständigen die höchsten, solche von Beamten die geringsten Minderausgaben. Zwischen den unterschiedlichen Haushaltsgruppen gab es keine gravierenden Differenzen bei der Verteilung der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel auf die einzelnen Hauptpositionen, wenn man von einigen Besonderheiten absieht. So lagen beispielsweise die Ausgabenanteile für Tabakwaren oder alkoholische Getränke bei den Einzelpersonen deutlich über dem Durchschnitt, während Haushalte von Angestellten relativ wenig für Fleisch, Speisefett oder Süßwaren ausgaben.

Methodische Hinweise

Die grundlegenden methodischen und erhebungstechnischen Voraussetzungen der — in der Bundesrepublik Deutschland seit 1962 etwa alle fünf Jahre durchgeführten — Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) und die konzeptionellen Neuerungen der Erhebung des Jahres 1998 wurden in dieser Zeitschrift bereits ausführlich dargestellt¹⁾. Im Zuge der bisherigen Berichterstattung über die vielfältigen Ergebnisse ist zudem die besondere Problematik bei der Darstellung von Durchschnittswerten behandelt worden²⁾, sodass hier nicht erneut auf diese beiden Themenbereiche eingegangen werden muss. Andererseits gibt es für die nachfolgende Kommentierung insofern eine weitere Besonderheit, als der hier ausgewiesene monatliche Gesamtbetrag der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren von dem in einem anderen Zusammenhang genannten Betrag recht deutlich abweicht: Der bei der Darstellung der privaten Verbrauchsausgaben³⁾ genannten Summe von 289 Euro (566 DM) für den hessischen „Durchschnittshaushalt“

stehen nur noch rund 258 Euro (505 DM), also gut ein Zehntel weniger, gegenüber.

Wie kann es bei der gleichen Erhebung zu einer solchen Abweichung kommen? Ein denkbarer Grund wäre der unterschiedliche Stichprobenumfang, auf dem die beiden Werte beruhen. Der höhere Betrag stammt aus dem „*Haushaltsbuch*“, das in Hessen über 4000 Haushalte rotierend für jeweils ein Quartal führten, ist also ein Durchschnittswert aus über 12 000 Monatsanschiebungen. Dagegen wurde die niedrigere Summe aus dem so genannten „*Feinaufzeichnungsheft*“ ermittelt, das lediglich eine Unterstichprobe von gut 1200 Haushalten für jeweils einen Monat — in einem über das ganze Jahr 1998 verteilten Rotationsverfahren — auszufüllen hatte. Der höhere Stichprobenumfang spricht also für die bessere Qualität der zuerst genannten Zahl. Andererseits hatte aber offensichtlich das zwischen den beiden Heften unterschiedliche Anschreibeverfahren einen stärkeren Einfluss auf das Ergebnis. In die *Haushaltsbücher* hatten nämlich die teilnehmenden Haushalte ihre monatlichen Ausgaben nach einer vorgegebenen Gruppierung von elf Abschnitten einzutragen, die auf dem „Systematischen Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA 1998)“ basierten. Hierbei waren sämtliche Abschnitte tiefer untergliedert, mit Ausnahme der in einer Summe anzugebenden Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Deren detaillierter Nachweis erfolgte stattdessen

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. „Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen“, a. a. O., 56. Jahrg., Heft 1, Januar 2001, Seite 11 ff.

3) Vgl. „Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch“, a. a. O., 56. Jahrg., Heft 2, Februar 2001, Seite 30 ff.

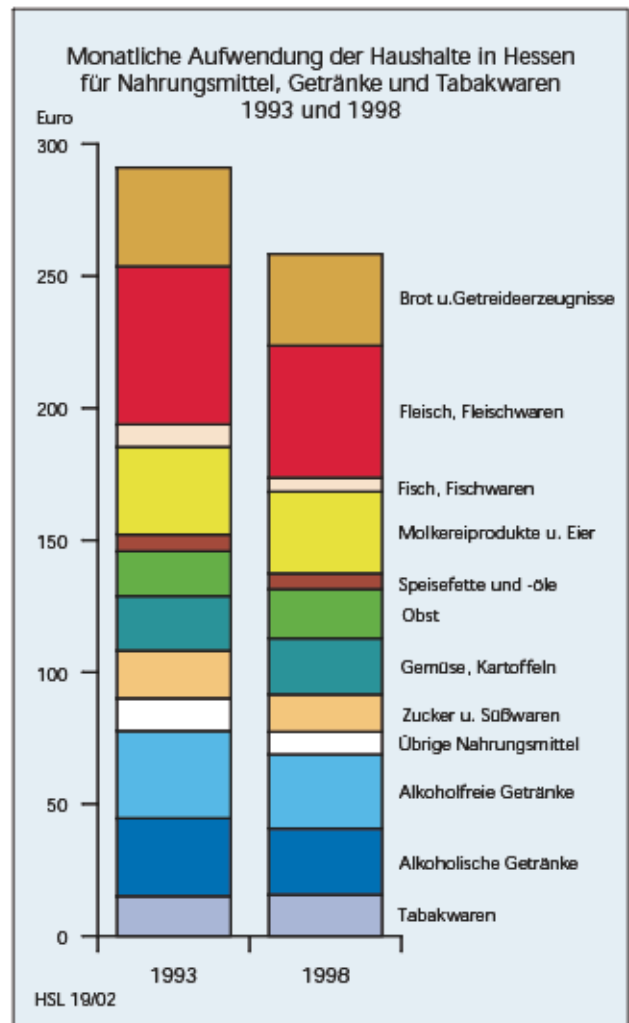
durch eine freie Eintragung von gekauften Waren, ohne irgendeine gliedernde Vorgabe, lediglich in den *Feinaufzeichnungsheften*, und zwar mit Mengen- und Wertangaben⁴⁾. Die handschriftlichen Angaben wurden in über 100 Einzelpositionen verschlüsselt, wobei eine Bereinigung um „nahrungsmittelfremde“ Artikel erfolgte. Dabei kann es sich z. B. um Drogeriewaren, Tierfutter, Zeitschriften, Blumen oder andere Non-food-Artikel handeln, die vor allem bei Einkäufen in Supermärkten nicht selten irrtümlich den Nahrungsmitteln zugeschlagen werden, aber in derartigen Fällen bei den pauschalen Eintragungen im Haushaltsbuch *nicht als Fehlbuchungen erkennbar sind*. Darüber hinaus wurden vereinzelt Kassensbons gänzlich gestrichen, wenn aus ihnen keine Informationen über die gekauften Nahrungsmittel ersichtlich waren. Eine nachträgliche Bereinigung der entsprechenden Haushaltsbücher war nicht möglich, da die zentrale Bearbeitung der Feinaufzeichnungshefte im Statistischen Bundesamt erst erfolgte, nachdem die Ergebnisse aus den Haushaltsbüchern bereits erstellt waren. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass sich wegen einer Unstimmigkeit bei der Hochrechnung ausgerechnet für Hessen die Tabellierung von Ergebnissen aus den Feinaufzeichnungsheften verzögerte und daher erst jetzt über diesen Themenkomplex berichtet werden kann. Obwohl die Befragung noch zur „DM-Zeit“ erfolgte, werden im nachfolgenden Text die Ausgaben — soweit nicht wegen der beschriebenen Unsicherheiten bei der absoluten Höhe der Beträge ganz darauf verzichtet und der Schwerpunkt auf die Ausgabenstruktur gelegt wird — in umgerechneten Euro-Beträgen dargestellt. In den Tabellen sind dagegen beide Währungen ausgewiesen, um dem interessierten Leser den Vergleich mit den vorausgegangenen Veröffentlichungen zu erleichtern.

Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel gesunken

Je nach „Quelle“ haben die knapp 2,7 Millionen hessischen Haushalte im Jahr 1998 für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren umgerechnet zwischen 8,3 und 9,3 Mrd. Euro ausgegeben. Da der tatsächliche Betrag irgendwo dazwischen liegen wird, war das rund ein Achtel aller Aufwendungen für den privaten Verbrauch in Höhe von fast 72 Mrd. Euro. Anders als bei den meisten anderen Verbrauchsausgaben, die — mit Ausnahme von Kleidung und Schuhen — durchweg, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, gestiegen sind, waren das 750 Mill. Euro oder etwa 8 % weniger als fünf Jahre davor⁵⁾. Als Ursache dafür kommen nicht allein *niedrigere Preise* (z. B. für Bohnenkaffee oder Butter), sondern auch *Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten* (z. B. die hier nicht enthaltenen

4) Auf die Mengenangaben wird wegen der je nach Ware unterschiedlichen Messgröße und Bezeichnung in den Tabellen generell verzichtet, im Text werden sie in einzelnen Fällen genannt.

5) Im Einzelnen lassen sich die jährlichen Gesamtbeträge durch Multiplikation der in der Tabelle ausgewiesenen Durchschnittswerte (in DM oder in Euro) je Haushalt mit den Haushaltszahlen von 2,6 Mill. im Jahr 1993 bzw. 2,68 Mill. im Jahr 1998 sowie der Zahl der Monate errechnen.



Mehrausgaben für den Verzehr von Speisen und Getränken außer Haus, denen möglicherweise ein geringerer „direkter“ Verbrauch im Haushalt gegenüber stand) *und des Einkaufsverhaltens* (z. B. durch Nutzen günstigerer Angebote oder durch den Kauf kleinerer Mengen an Frischwaren zur Vermeidung des Verderbs) in Betracht. Auf den monatlichen Durchschnittsverbrauch je Haushalt wirken sich zudem die Verschiebungen der Haushaltsstrukturen mit der zunehmenden Zahl kleinerer Haushalte und der dadurch geringeren Haushaltsgröße aus. Daher war der Rückgang der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren je Haushalt und Monat mit gut 11 % sogar noch etwas stärker als die Abnahme des eingangs für Hessen dafür genannten Geldbetrages im Jahresvergleich von 1998 gegenüber 1993. Fast durchgängig für alle Waren des Bereichs „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ wurde 1998 ein mengenmäßig geringerer Verbrauch gemeldet als fünf Jahre davor.

Selbstverständlich gab es zwischen einzelnen Warengruppen und bei tieferer Untergliederung unterschiedliche Entwicklungen, wobei für den Nachweis in der Übersichtstabelle der beiden Berichtsjahre die zwischenzeitlichen systematischen Änderungen auf den Stand des Jahres 1998 umgerechnet bzw. die einzelnen Artikel entsprechend zugeordnet

Monatliche Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1993 und 1998

Art der Angabe	1993			1998			Zu- bzw. Abnahme (-)		
	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%
Brot und Getreideerzeugnisse	37,39	73,12	12,8	34,66	67,79	13,4	- 2,73	- 5,33	- 7,3
darunter									
Brot, Backwaren aus Brotteig, Dauerbackwaren	23,52	46,01	8,1	20,87	40,82	8,1	- 2,65	- 5,19	- 11,3
Feine Backwaren	5,50	10,75	1,9	6,93	13,55	2,7	1,43	2,80	26,0
Teigwaren und Zubereitungen aus Teigwaren	6,01	11,75	2,1	2,77	5,42	1,1	- 3,24	- 6,33	- 53,9
Fleisch, Fleischwaren	59,88	117,12	20,6	50,08	97,95	19,4	- 9,80	- 19,17	- 16,4
darunter									
Rindfleisch	7,47	14,61	2,6	5,65	11,06	2,2	- 1,82	- 3,55	- 24,3
Schweinefleisch	8,91	17,43	3,1	7,76	15,18	3,0	- 1,15	- 2,25	- 12,9
Geflügelfleisch	4,11	8,04	1,4	4,25	8,31	1,6	0,14	0,27	3,4
Wurstwaren	24,70	48,31	8,5	18,84	36,84	7,3	- 5,86	- 11,47	- 23,7
Speck, Schinken, Rauchfleisch	6,52	12,76	2,2	5,70	11,14	2,2	- 0,83	- 1,62	- 12,7
Fisch, Fischwaren	8,43	16,48	2,9	5,34	10,44	2,1	- 3,09	- 6,04	- 36,7
darunter									
Fische, Fischfilets (frisch oder tiefgefroren)	3,24	6,33	1,1	2,67	5,23	1,0	- 0,56	- 1,10	- 17,4
Molkereiprodukte und Eier	33,12	64,78	11,4	30,89	60,42	12,0	- 2,23	- 4,36	- 6,7
darunter									
Milch	6,62	12,95	2,3	5,60	10,95	2,2	- 1,02	- 2,00	- 15,4
Joghurt, Kefir, Dickmilch	3,81	7,46	1,3	4,35	8,50	1,7	0,53	1,04	13,9
Käse und Quark	14,10	27,58	4,8	13,03	25,48	5,0	- 1,07	- 2,10	- 7,6
Sahne, saure Sahne	2,57	5,03	0,9	2,20	4,30	0,9	- 0,37	- 0,73	- 14,5
Eier	3,00	5,86	1,0	2,79	5,46	1,1	- 0,20	- 0,40	- 6,8
Speisefette und -öle	6,47	12,65	2,2	5,89	11,52	2,3	- 0,58	- 1,13	- 8,9
darunter									
Butter (auch Butterzubereitungen, Butterschmalz)	3,74	7,32	1,3	3,31	6,48	1,3	- 0,43	- 0,84	- 11,5
Obst	16,90	33,06	5,8	18,55	36,28	7,2	1,65	3,22	9,7
darunter									
Zitrusfrüchte	2,55	4,99	0,9	2,25	4,40	0,9	- 0,30	- 0,59	- 11,8
Bananen	2,72	5,32	0,9	2,35	4,60	0,9	- 0,37	- 0,72	- 13,5
Äpfel	3,26	6,37	1,1	4,31	8,42	1,7	1,05	2,05	32,2
Steinobst u. a. Kernobst (ohne Birnen)	2,26	4,42	0,8	1,98	3,88	0,8	- 0,28	- 0,54	- 12,2
Beeren und Weintrauben	2,48	4,85	0,9	3,16	6,18	1,2	0,68	1,33	27,4
Gemüse, Kartoffeln	20,63	40,34	7,1	21,35	41,75	8,3	0,72	1,41	3,5
darunter									
Blatt- und Stielgemüse (ohne Spargel)	3,17	6,20	1,1	2,42	4,74	0,9	- 0,75	- 1,46	- 23,5
Speisekohl	1,46	2,86	0,5	1,23	2,41	0,5	- 0,23	- 0,45	- 15,7
Tomaten, Paprika, Gurken u. a. Fruchtgemüse	3,35	6,56	1,2	4,45	8,71	1,7	1,10	2,15	32,8
Knollen-, Wurzel- u. a. frisches Gemüse (z. B. Spargel)	2,54	4,96	0,9	4,59	8,98	1,8	2,06	4,02	81,0
Konserviertes und verarbeitetes Gemüse	2,91	5,69	1,0	2,65	5,19	1,0	- 0,26	- 0,50	- 8,8
Tiefgefrorenes Gemüse	1,23	2,40	0,4	0,98	1,91	0,4	- 0,25	- 0,49	- 20,4
Kartoffeln, Kartoffelerzeugnisse	5,84	11,42	2,0	4,86	9,50	1,9	- 0,98	- 1,92	- 16,8
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	18,08	35,36	6,2	14,14	27,65	5,5	- 3,94	- 7,71	- 21,8
darunter									
Zucker, Zuckeraustauschstoffe	1,66	3,24	0,6	1,61	3,15	0,6	- 0,05	- 0,09	- 2,8
Konfitüre, Marmelade, Bienenhonig	3,03	5,92	1,0	1,69	3,30	0,7	- 1,34	- 2,62	- 44,3
Schokoladen und Schokoladenerzeugnisse	6,45	12,62	2,2	3,85	7,53	1,5	- 2,60	- 5,09	- 40,3
Süßwaren	3,20	6,26	1,1	3,89	7,60	1,5	0,69	1,34	21,4
Speiseeis	3,32	6,50	1,1	2,46	4,82	1,0	- 0,86	- 1,68	- 25,8
Anderweitig nicht genannte Nahrungsmittel	12,29	24,03	4,2	8,61	16,83	3,3	- 3,68	- 7,20	- 30,0
Alkoholfreie Getränke	33,22	64,97	11,4	28,00	54,76	10,8	- 5,22	- 10,21	- 15,7
darunter									
Kaffee, Tee, Kakao	12,18	23,83	4,2	10,10	19,75	3,9	- 2,09	- 4,08	- 17,1
Mineralwasser	8,55	16,72	2,9	7,42	14,51	2,9	- 1,13	- 2,21	- 13,2
Koffeinhaltige Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure	2,34	4,57	0,8	2,32	4,54	0,9	- 0,02	- 0,03	- 0,7
Fruchtsäfte, Fruchtnektare aus Obst	6,44	12,59	2,2	6,05	11,83	2,3	- 0,39	- 0,76	- 6,0
Alkoholische Getränke	29,50	57,69	10,1	25,20	49,28	9,8	- 4,30	- 8,41	- 14,6
darunter									
Spirituosen	4,22	8,26	1,5	3,90	7,63	1,5	- 0,32	- 0,63	- 7,6
Traubenweine	8,83	17,27	3,0	7,56	14,79	2,9	- 1,27	- 2,48	- 14,4
Traubenschaumweine	3,72	7,27	1,3	3,21	6,28	1,2	- 0,51	- 0,99	- 13,6
Bier (auch alkoholfrei)	11,62	22,73	4,0	9,25	18,10	3,6	- 2,37	- 4,63	- 20,4
Tabakwaren	15,11	29,55	5,2	15,65	30,60	6,1	0,54	1,05	3,6
darunter									
Zigaretten	13,68	26,75	4,7	14,44	28,24	5,6	0,76	1,49	5,6
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt	291,00	569,15	100	258,34	505,27	100	- 32,66	- 63,88	- 11,2

wurden. So war beispielsweise die Abnahme bei Brot und Getreideerzeugnissen mit einem Minus von gut 7 % je Haushalt und Monat⁶⁾ relativ gering, vor allem weil innerhalb dieser Gruppe etwa ein Viertel mehr für feine Backwaren, wie Torten, Kuchen oder Kleingebäck, ausgegeben wurde als 1993. Ähnlich war es bei der Gruppe „Molkereiprodukte und Eier“ mit einer Gesamtabnahme um fast 7 %, bei einer kräftigen Zunahme der Ausgaben für Joghurt, Kefir und Dickmilch um 14 %. Auch für die meisten Fleischarten, mit Ausnahme von Geflügelfleisch, wurde schon vor der BSE-Krise bei rückläufigem Verbrauch weniger Geld ausgegeben als 1993. Andererseits war unter den zusammenfassenden Gruppen von Nahrungsmitteln bei Obst und bei Gemüse eine Zunahme der Ausgaben um fast 10 bzw. reichlich 3 % zu verzeichnen. Beim Obst beruhte sie vor allem auf einem recht erheblichen Mehrverbrauch (auch mengenmäßig) von Äpfeln und Beeren, speziell Erdbeeren. Beim Gemüseverzehr waren Zuwächse bei Tomaten und Gurken sowie bei Knollen- und Wurzelgemüse, wie Zwiebeln, Karotten oder Spargel, zu beobachten.

Neben Nahrungsmitteln im engeren Sinne gehören Getränke und Tabakwaren zum Spektrum der Feinanschreibung. Rückläufigen Ausgaben bei alkoholfreien Getränken um knapp 16 %, etwas stärker ausgeprägt noch bei Kaffee (einschl. Tee und Kakao), sowie bei alkoholischen Getränken um fast 15 %, darunter überdurchschnittlich bei Bier, standen Mehrausgaben für Tabakwaren von nahezu 4 % gegenüber. Sie waren mit einem Plus von fast 6 % — bei unverändertem Konsum — auf gestiegene Zigarettenpreise zurückzuführen.

Ein Fünftel für Fleisch und Wurst

Trotz dieser teilweise unterschiedlichen Entwicklung hat sich die Gewichtung der hauptsächlichen Ausgabegruppen an den Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genussmittel gegenüber 1993 nur geringfügig verschoben. Auch gegenüber dem Durchschnitt der alten Bundesländer — der mit knapp 265 Euro um 6,42 Euro höher lag — waren in Hessen die Abweichungen in der Ausgabenstruktur 1998 nur minimal. Bei leicht rückläufiger Tendenz standen die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren mit nahezu einem Fünftel unverändert an erster Stelle. Es folgten die Ausgaben für Brot und Getreideerzeugnisse sowie für Molkereiprodukte und Eier; sie konnten ihre Anteilwerte jeweils leicht ausweiten, und zwar von knapp 13 auf gut 13 % bzw. von reichlich 11 auf genau 12 %. Im Jahr 1993 hatten die alkoholfreien Getränke bei gleichem Prozentanteil wie Molkereiprodukte und Eier mit

dem absoluten Betrag noch um umgerechnet 10 Cent vor der zuletzt genannten Gruppe gelegen, während im Jahr 1998 die Beträge für Molkereiprodukte und Eier um knapp 3 Euro höher waren als bei den alkoholfreien Getränken. Die beiden Gruppen von Getränken mussten bei den Anteilwerten lediglich geringe Einbußen hinnehmen und kamen 1998 auf knapp 11 bzw. knapp 10 %. Diese Werte konnten trotz einer Ausweitung um jeweils deutlich über einen Prozentpunkt weder Gemüse und Kartoffeln mit gut 8 % noch Obst mit über 7 % erreichen. Von der nächsten Position haben die Tabakwaren mit nunmehr gut 6 % den Zucker und die Süßwaren (nur noch 5,5 statt 6,2 %) verdrängt, während Speisefette und Speiseöle sowie Fisch und Fischwaren — bei einem Tausch der Rangfolge gegenüber 1993 — mit einem Anteil von jeweils gut 2 % ihre relativ geringe Bedeutung an den Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genussmittel beibehielten.

Bei dieser Gelegenheit seien zur Verdeutlichung der wirtschaftlichen Größenordnung einmal die gesamten Jahresausgaben der hessischen Haushalte für die wichtigsten Nahrungsmittelgruppen aufgeführt: Für Fleisch und Fleischwaren wurden 1998 über 1,6 Mrd. Euro aufgebracht, für Obst, Gemüse und Kartoffeln zusammen gut 1,3 Mrd. Euro, für Brot und Getreideerzeugnisse 1,1 Mrd. Euro sowie für Molkereiprodukte und Eier immerhin knapp 1 Mrd. Euro. Dazu kamen als weitere Schwerpunkte noch Ausgaben in Höhe von über 1,7 Mrd. Euro für die verschiedenen Arten von Getränken, also alkoholfreie und alkoholische zusammen, sowie gut eine halbe Milliarde Euro für Tabakwaren. Zusammen wurden mit diesen Positionen fast neun Zehntel der gesamten Nahrungs- und Genussmittelausgaben abgedeckt.

Mehrausgaben nur bei Einzelpersonen

Die zuvor beschriebenen Durchschnittswerte für die Summe aller Haushalte können das Konsumverhalten und die Ernährungsgewohnheiten eines realen Haushalts kaum widerspiegeln. Mit einem Nachweis der Ausgaben für unterschiedliche Haushaltsgruppierungen sind aber immerhin Annäherungen an den konkreten Einzelfall zu erreichen. Als Gliederungsmerkmale könnten dazu — wie bei allen anderen Erhebungsteilen der EVS — Haushaltstyp und -größe sowie die soziale Stellung der Bezugsperson und das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts dienen. Mit hinreichender Genauigkeit können Daten für alle diese Merkmale aber nur für große Bundesländer bereitgestellt werden, für das gesamte Bundesgebiet teilweise auch für eine Kombination aus zwei oder gar drei von ihnen. Dagegen liegen für Hessen, wegen des relativ geringen Stichprobenumfangs, aussagefähige Daten lediglich in den Gliederungen nach Haushaltsgröße und nach sozialer Stellung der Bezugsperson vor. Bei der nachfolgenden Darstellung wurde wegen der — durch zum Teil geänderte Zuordnungen oder Abgrenzungen⁷⁾ bedingten — komplizierten Umrechnungen auf einen Nachweis der

6) Die nachfolgenden Betrachtungen beruhen auf dieser auch in den Tabellen nachgewiesenen Bezugsgröße.

7) So bildeten z. B. 1993 Fleisch und Fleischerzeugnisse mit Fisch und Fischerzeugnissen eine gemeinsame Hauptposition, ebenso wie Speisefette und -öle mit „Milch, Milcherzeugnissen, Eiern“; Mehl und Getreideerzeugnisse waren bei „anderen“ Nahrungsmitteln ausgewiesen und nicht zusammen mit Brot und Backwaren.

**Monatliche Aufwendungen der Haushalte 1998
nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung der Bezugs-**

Lfd. Nr.	Haushaltsgröße —— Soziale Stellung der Bezugsperson	Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren insgesamt		Zu- bzw. Abnah- me (-) gegen- über 1993	darunter entfielen auf											
					Brot und Getreideerzeugnisse			Fleisch, Fleischwaren			Fisch, Fischwaren			Molkereiprodukte und Eier		
		Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%
Insges-																
1	Haushalte insgesamt	258,34	505,27	- 11,2	34,66	67,79	13,4	50,08	97,95	19,4	5,34	10,44	2,1	30,89	60,42	12,0
Nach der																
2	1 Person	152,04	297,36	6,2	18,97	37,10	12,5	22,66	44,31	14,9	2,93	5,74	1,9	16,91	33,08	11,1
3	2 Personen	269,14	526,40	- 12,2	32,88	64,31	12,2	54,31	106,23	20,2	6,37	12,46	2,4	31,43	61,47	11,7
4	3 Personen	333,17	651,63	- 11,4	47,60	93,09	14,3	68,20	133,38	20,5	6,75	13,21	2,0	41,92	81,99	12,6
5	4 Personen	394,28	771,15	- 6,6	60,61	118,54	15,4	79,29	155,08	20,1	7,72	15,09	2,0	50,72	99,20	12,9
6	5 oder mehr Personen	451,26	882,58	- 0,4	67,64	132,30	15,0	107,63	210,51	23,9	6,35	12,41	1,4	54,10	105,81	12,0
Nach der sozialen																
7	Selbstständige ¹⁾	312,01	610,24	- 16,8	41,89	81,93	13,4	68,84	134,64	22,1	6,69	13,09	2,1	36,65	71,68	11,7
8	Beamte	324,97	635,58	- 3,1	48,53	94,91	14,9	66,83	130,70	20,6	5,81	11,37	1,8	42,95	84,00	13,2
9	Angestellte	270,92	529,88	- 10,1	38,65	75,59	14,3	47,25	92,41	17,4	4,66	9,12	1,7	35,03	68,51	12,9
10	Arbeiter	290,54	568,24	- 13,9	38,73	75,75	13,3	59,51	116,40	20,5	5,32	10,40	1,8	31,57	61,74	10,9
11	Nicht-erwerbstätige	218,21	426,79	- 8,0	27,58	53,94	12,6	42,53	83,19	19,5	5,71	11,17	2,6	25,89	50,63	11,9
12	darunter Rentner/Pensionäre	224,53	439,15	.	27,72	54,22	12,3	45,53	89,05	20,3	6,04	11,81	2,7	25,70	50,27	11,4

1) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige (ohne Landwirte).

Entwicklung einzelner Ausgabeposten gegenüber 1993 bei den Haushaltsgruppen verzichtet.

Die Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genussmittel waren 1998 fast durchgängig bei allen Haushalten niedriger als fünf Jahre davor, wobei sich die Abnahmeraten zwischen weniger als - 1 % bei den Haushalten mit fünf oder mehr Personen und fast - 17 % bei den Haushalten von Selbstständigen bewegten. Nahezu genau im Durchschnitt aller Haushalte lag die Entwicklung bei den Dreipersonenhaushalten. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Einzelpersonen, die im Vergleich zu 1993 um über 6 % höhere Ausgaben hatten, während die Zweipersonenhaushalte am meisten einsparen konnten. Absolut betrachtet gab ein Haushalt mit fünf oder mehr Personen 1998 monatlich gut 450 Euro für Nahrungs- und Genussmittel aus, drei Mal so viel wie eine Einzelperson. Derart große Unterschiede in der Ausgabenhöhe gab es naturgemäß bei der Untergliederung nach der sozialen Stellung nicht, wenngleich die Haushalte von Nicht-erwerbstätigen — wegen meist kleinerer Personenzahl und nicht selten der schlechteren Einkommensverhältnisse — mit Monatsausgaben von rund 220 Euro deutlich hinter den übrigen Haushalten zurückblieben. Auch ihre Minderausgaben gegenüber 1993 waren mit 8 % geringer als im Durchschnitt, vor allem aber niedriger als bei den Haushalten von Selbstständigen mit - 17 % und auch denen von Arbeitern mit - 14 %. Noch weniger, nämlich nur 3 %, haben die Beamtenhaushalte gegenüber 1993 eingespart; sie lagen mit Monatsausgaben in Höhe von 325 Euro erstmals vor den Haushalten von Selbstständigen.

Leben Beamte und Angestellte gesundheitsbewusster?

Hinsichtlich der Verteilung der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel auf die einzelnen Hauptpositionen waren die Differenzen — unabhängig von den jeweiligen Beträgen — zwischen den verschiedenen Haushaltsgruppen in der Regel nicht so gravierend. Relativ gering waren die Schwankungsbreiten vor allem bei den Anteilen für Speisefette und Speiseöle, alkoholfreie Getränke sowie Molkereiprodukte und Eier, aber auch für Fisch und Fischwaren, Zucker und Süßwaren sowie Brot und Getreideerzeugnisse.

Andererseits gab es einige durchaus erwähnenswerte Besonderheiten: So lagen beispielsweise die Ausgabenanteile für Tabakwaren oder alkoholische Getränke bei den Einzelpersonen deutlich über dem Durchschnitt. Speziell bei den Tabakwaren erreichten sie einen eher unrühmlichen Spitzenplatz mit einem Anteil von 10 % an den Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genussmittel. Dieser Wert war doppelt so hoch wie bei fast allen anderen Haushaltsgruppen. Dabei gaben sie für das Rauchen sogar mehr Geld aus als Zwei- oder Dreipersonenhaushalte; in etwas abgeschwächter Form schlug das bis auf die Haushalte von Angestellten und Arbeitern durch, unter denen sich offensichtlich ein größerer Anteil von Einzelpersonen befand. Auch die Ausgabenanteile für alkoholische Getränke waren bei allein Lebenden fast doppelt so hoch wie bei Haushalten mit fünf oder mehr Personen. Ausgeglichen wurde dieser Unterschied im Wesentlichen durch ein umgekehrtes Verhältnis bei den Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren. Aus den relativ niedrigen Beträgen und Anteilen der

für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
person sowie nach ausgewählten Ausgabepositionen

noch: darunter entfielen auf																						
Speisefette und Speiseöle			Obst			Gemüse, Kartoffeln			Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren			Alkoholfreie Getränke			Alkoholische Getränke			Tabakwaren			Lfd. Nr.	
Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%	Euro	DM	%		
samt																						
5,89	11,52	2,3	18,55	36,28	7,2	21,35	41,75	8,3	14,14	27,65	5,5	28,00	54,76	10,8	25,20	49,28	9,8	15,65	30,60	6,1	1	
Haushaltsgröße																						
3,55	6,95	2,3	12,04	23,54	7,9	11,49	22,48	7,6	8,17	15,97	5,4	15,73	30,77	10,3	19,32	37,79	12,7	15,35	30,03	10,1	2	
6,12	11,96	2,3	21,64	42,33	8,0	24,36	47,65	9,1	14,51	28,38	5,4	27,41	53,61	10,2	27,08	52,97	10,1	13,85	27,09	5,1	3	
8,00	15,65	2,4	21,31	41,68	6,4	28,31	55,36	8,5	16,09	31,46	4,8	40,80	79,79	12,2	27,98	54,73	8,4	15,09	29,52	4,5	4	
8,35	16,34	2,1	24,25	47,42	6,1	30,33	59,33	7,7	24,79	48,49	6,3	42,87	83,84	10,9	32,72	64,00	8,3	19,10	37,36	4,8	5	
9,99	19,54	2,2	24,66	48,23	5,5	32,89	64,32	7,3	26,76	52,34	5,9	52,34	102,36	11,6	30,50	59,65	6,8	24,84	48,59	5,5	6	
Stellung der Bezugsperson																						
6,54	12,80	2,1	21,33	41,71	6,8	23,09	45,16	7,4	17,26	33,75	5,5	34,43	67,33	11,0	32,84	64,23	10,5	12,77	24,98	4,1	7	
6,35	12,41	2,0	21,13	41,32	6,5	23,07	45,13	7,1	16,26	31,80	5,0	36,27	70,94	11,2	33,66	65,84	10,4	13,53	26,47	4,2	8	
5,27	10,31	1,9	18,64	36,45	6,9	22,11	43,25	8,2	13,70	26,79	5,1	29,77	58,22	11,0	27,26	53,32	10,1	19,62	38,38	7,2	9	
6,22	12,16	2,1	18,14	35,47	6,2	20,92	40,91	7,2	16,28	31,84	5,6	32,81	64,17	11,3	30,81	60,25	10,6	20,55	40,19	7,1	10	
6,25	12,23	2,9	19,00	37,17	8,7	20,19	39,48	9,3	13,50	26,40	6,2	22,92	44,83	10,5	19,31	37,77	8,8	8,03	15,71	3,7	11	
6,34	12,40	2,8	18,81	36,79	8,4	20,60	40,29	9,2	14,21	27,80	6,3	23,37	45,70	10,4	20,73	40,55	9,2	8,17	15,97	3,6	12	

Ausgaben für Speisefette und Speiseöle, Zucker und Süßwaren, sowie Fleisch und Fleischwaren, letztere vor allem bei Haushalten von Angestellten, andererseits höherer Ausgaben für Brot und Getreideerzeugnisse sowie Molkereiprodukte, könnte man auf den ersten Blick schließen, dass Beamte und Angestellte etwas gesundheitsbewusster leben als andere Haushalte. Zumindest bei den Angestellten sprechen allerdings die Ausgaben für Tabakwaren nicht unbedingt für eine solche Auslegung der Ergebnisse.

Ausblick

Mit diesem Aufsatz ist die umfangreiche und ausführliche Berichterstattung über die EVS 1998 abgeschlossen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits wieder Überlegungen über die nächste Erhebung dieser Art angestellt werden. Sicher wird für das Jahr 2003 das Grundkonzept weitgehend erhalten bleiben, aber die engere Verknüpfung mit den laufenden Wirtschaftsrechnungen und das mittelfristige Ziel einer jährlichen Haushaltsbudgeterhebung bleiben eine fortwährende Herausforderung für weitere methodische Untersuchungen. In diesem Zusammenhang sind auch die Forderungen der EU zu berücksichtigen, mit einer Statistik über Einkommensverhältnisse und Lebensbedingungen gemeinschaftsweit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ver-

gleichbare Ergebnisse zu gewinnen. Diese *EU-SILC* (Statistics on Income and Living Conditions) genannte Erhebung soll — mit Ausnahme von fünf Ländern, darunter auch Deutschland — bereits im Jahr 2003 starten.

Für die EVS 2003 wäre zu überlegen, ob nicht zur weiteren Verbesserung der Qualität, vor allem hinsichtlich einer höheren Übereinstimmung der Ergebnisse für die Nahrungs- und Genussmittelausgaben zwischen den einzelnen Erhebungsteilen, im Haushaltsbuch bei diesem Abschnitt — wie bei den zehn anderen Abschnitten auch — wenigstens eine grobe Untergliederung der Warenkäufe vorgenommen werden sollte. Dazu wären vielleicht schon die drei Positionen Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausreichend, weil sie den Haushalten einen Hinweis darauf geben können, dass andere Artikel nicht zu diesem Spektrum gehören. Andererseits kann vielleicht auch der inzwischen fortgeschrittene Einsatz von Scanner-Kassen hier hilfreich sein, weil bei ihnen fast sämtliche Artikel mit genauer Bezeichnung auf dem Kassenschein erscheinen und somit leichter zuzuordnen sind. Keinesfalls darf die Entlastung der Befragten beim Führen des Haushaltsbuchs — Reduzierung der Anschreibzeit von früher zwölf auf zuletzt nur noch drei Monate verbunden mit einer inhaltlichen Straffung des Programms — negative Auswirkungen auf die Aussagefähigkeit der Statistik haben. □

Struktur und Entwicklung der Einpersonenhaushalte

Im letzten Jahrhundert haben sich die Formen des Zusammenlebens in Haushalten gravierend geändert. Der jährlich durchgeführte Mikrozensus — eine 1%ige Stichprobe aller Wohnungen und der darin lebenden Haushalte und Personen — sowie die im Allgemeinen im Abstand von zehn Jahren durchgeführten Volkszählungen liefern die notwendigen Daten über die Entwicklung und den Strukturwandel der Haushalte. Während im Jahr 1925 nur 5 % der Haushalte aus einer Person und 37 % aus fünf oder mehr Personen bestanden, war die Relation im vergangenen Jahr fast umgekehrt. In den letzten 30 Jahren hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte mehr als verdoppelt. Hierbei war die Zunahme bei den Männern weitaus höher als bei den Frauen. Während 1970 die Hälfte der Einpersonenhaushalte solche von verwitweten Personen – zum weitaus größten Teil von Witwen – waren, dominierten 2001 die Einpersonenhaushalte von Ledigen. Im Zuge dieser Verlagerung sind die in Einpersonenhaushalten lebenden Personen deutlich jünger geworden. Waren 1970 noch gut zwei Fünftel dieser Personen älter als 65 Jahre, traf im vergangenen Jahr dieser Anteil auf die unter 45-Jährigen zu.

1925 drei Fünftel große Haushalte, 2001 sieben Zehntel kleine Haushalte

Seit mehr als 100 Jahren ist die Entwicklung der Privathaushalte durch eine ständige Verkleinerung der Mehrpersonenhaushalte und eine wachsende Zahl allein lebender Personen gekennzeichnet. Während 1885 ein Haushalt im Durchschnitt aus 4,7 Personen bestand, belief sich die durchschnittliche Haushaltsgröße 1925 nur noch auf 4,1 Personen; sie verringerte sich bis 1950 auf 3,0, bis 1980 auf 2,4 und bis 2001 auf 2,2 Personen. Ein Haushalt ist damit heute im Durchschnitt nicht einmal halb so groß wie vor über 100 Jahren. Diese Entwicklung wurde vor allem durch den gewaltigen Rückgang der Haushalte mit fünf oder mehr Personen im Betrachtungszeitraum verursacht. Während 1925 noch gut jeder dritte Privathaushalt aus fünf oder mehr Personen bestand, war es 1950 nur jeder sechste und im vergangenen Jahr nur jeder 25. Haushalt. Aber auch die Haushalte mit vier Personen haben von 1925 bis 2001 stark an Bedeutung verloren. 1925 betrug der Anteil dieser relativ großen Haushalte gut ein Fünftel, 2001 nur noch gut ein Zehntel. 1925 gehörten fast drei Fünftel aller Haushalte zu den Großhaushalten (mit vier oder mehr Personen), während im vergangenen Jahr die kleinen Haushalte (mit ein oder zwei Personen) mit sieben Zehnteln dominierten.

Millionengrenze bei den Single-Haushalten 2001 überschritten

Demgegenüber nahm die Zahl der Einpersonenhaushalte im gesamten Betrachtungszeitraum zu. 1925 gab es erst 40 000 Single-Haushalte, 1970 waren es fast 500 000 und im vergangenen Jahr über 1 Mill. Damit hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte innerhalb eines dreiviertel Jahrhunderts auf das 25fache erhöht. Während 1925 erst jeder zwanzigste Haushalt aus nur einer Person bestand, war es 2001 bereits gut jeder dritte. Auch die Haushalte mit zwei Personen haben im Betrachtungszeitraum erheblich an Bedeutung gewonnen, die Zunahme war aber etwas schwächer als bei den Single-Haushalten. Der Anstieg der Zweipersonenhaushalte war allerdings im letzten Jahrzehnt mit 24 % deutlich stärker als bei den Single-Haushalten mit 16 %. Im Jahr 2001 waren die Zweipersonenhaushalte mit 980 000 fast so zahlreich wie die Einpersonenhaushalte. 1925 bestand jeder siebte Haushalt aus zwei Personen, 2001 war es gut jeder dritte.

1970 die Hälfte der allein Lebenden verwitwet

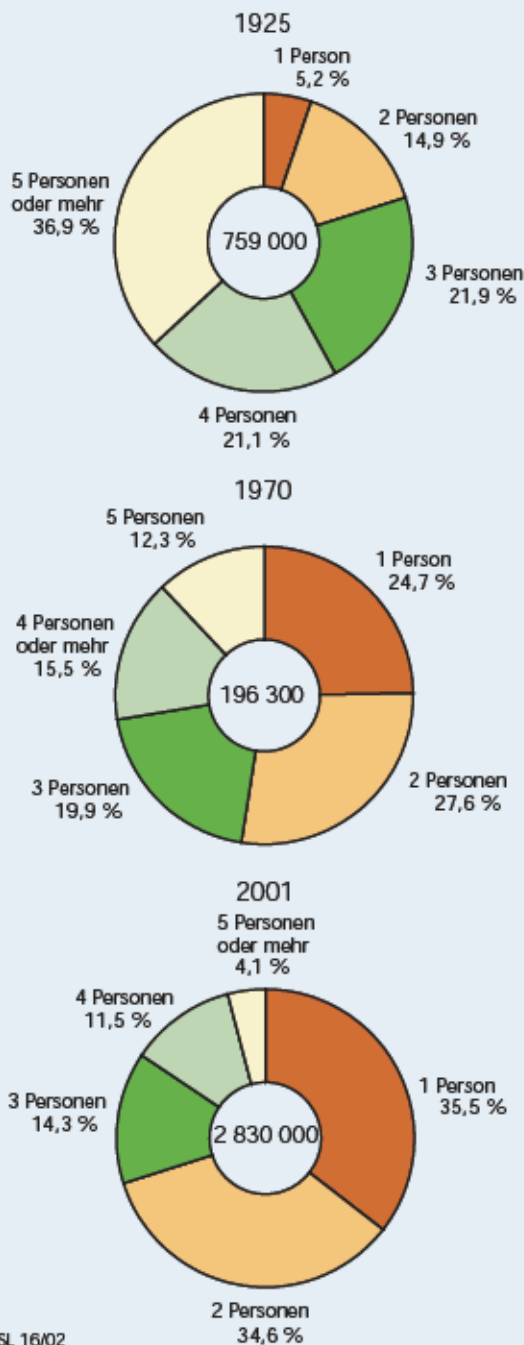
Im Jahr 1970 dominierten unter den Einpersonenhaushalten solche von verwitweten Personen, auf die die Hälfte aller

Privathaushalte 1925 bis 2001¹⁾ nach Haushaltsgrößen
(Verhältniszahlen)

Haushaltsgröße	1925	1950	1961	1970	1980	1990	2000	2001
1 Person	5,2	19,3	21,0	24,7	30,0	33,5	35,2	35,5
2 Personen	14,9	25,0	27,4	27,6	29,1	30,7	33,9	34,6
3 Personen	21,9	23,4	22,6	19,9	18,5	17,4	14,6	14,3
4 Personen	21,1	16,5	15,7	15,5	15,1	13,4	11,9	11,5
5 oder mehr Personen	36,9	15,8	13,3	12,3	7,3	5,0	4,4	4,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

1) 1925 bis 1970 Volkszählungsergebnisse, ab 1980 Mikrozensusergebnisse.

Privathaushalte 1925, 1970 und 2001 nach Haushaltsgrößen



Single-Haushalte entfiel. Es handelte sich vor allem um Witwen, während nur jede achte Person ein Witwer war. Diese Relation lässt sich einerseits aus der damals noch hohen Zahl der Kriegerwitwen erklären — wobei der durch die Folgen von zwei Weltkriegen entstandene hohe Frauenüberschuss die Möglichkeiten der Wiederverheiratung von Witwen stark beschränkte —, andererseits aus dem Altersunterschied zwischen den Ehepartnern bei generell höherer Lebenserwartung der Frauen.

Seit 1979 sank die Zahl der allein lebenden verwitweten Personen, während die Zahl der allein lebenden ledigen Personen kräftig zunahm. Auf Grund dieser gegenläufigen Entwicklung ging der Anteil der allein lebenden verwitweten Personen seit 1979 ständig zurück und erreichte im Jahr 2001 mit 32 % seinen bisher niedrigsten Wert.

Kräftige Zunahme der Single-Haushalte von Ledigen

Die Zahl der allein lebenden ledigen Personen erreichte im Jahr 2001 mit 460 000 ihren Höchststand und war damit fast dreimal so groß wie 1970. Während in den Siebzigerjahren die relative Zunahme nur leicht über dem Anstieg der Zahl aller Einpersonenhaushalte lag — der Anteil blieb mit einem Drittel fast konstant — kam es in den Achtzigerjahren zu einer exorbitanten Zunahme der Single-Haushalte von Ledigen um mehr als die Hälfte. Hierbei gab es aber einen großen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Während sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von ledigen Männern innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelte, nahm die von ledigen Frauen nur um ein Drittel zu. 1985 war die Zahl der Single-Haushalte von ledigen Männern erstmals größer als die von ledigen Frauen. Der starke Anstieg der Einpersonenhaushalte von Ledigen ist also in erster Linie darauf zurückzuführen, dass immer mehr ledige Männer einen eigenen Haushalt führen.

Seit elf Jahren mehr Single-Haushalte von Ledigen als von Verwitweten

In den Neunzigerjahren setzte sich der Anstieg der Einpersonenhaushalte von Ledigen weiter fort, allerdings in deutlich schwächerem Ausmaß als in den Achtzigerjahren. Auch in diesem Zeitraum war die relative Zunahme bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen.

Auf Grund der gegenläufigen Entwicklung zwischen Einpersonenhaushalten von Ledigen und Verwitweten waren seit 1990 die Single-Haushalte von Ledigen zahlreicher als von Witwen und Witvern. Im Jahr 2001 wurde fast jeder zweite Einpersonenhaushalt von einer ledigen Person geführt, und nur noch knapp jeder dritte von einer Witwe oder einem Witwer.

Relativ am stärksten nahmen im Betrachtungszeitraum die Einpersonenhaushalte von Geschiedenen zu. Im Jahr 2001 war die Zahl dieser Haushalte fast dreieinhalb mal so groß wie 1970. Damals entfielen auf diese Haushaltsgruppe 9 % aller Einpersonenhaushalte, 2001 waren es bereits 16 %. Hier spiegelt sich die Verdoppelung der Scheidungen und die Abnahme der Eheschließungen um rund ein Viertel im Zeitraum von 30 Jahren wider. Der Anteil der kleinsten Gruppe der Single-Haushalte, nämlich die der Verheirateten, aber getrennt Lebenden, nahm in den Siebzigerjahren deutlich ab, stagnierte in den Achtzigerjahren, und stieg in den Neun-

Allein Lebende 1970 bis 2001 nach Geschlecht, Familienstand, Altersgruppen und Stellung im Erwerbsleben

Merkmalsgruppe	1970		1980		1990		2001	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
Nach dem Geschlecht								
Männlich	151,6	31,3	215,9	31,6	324,8	38,4	437,2	43,5
Weiblich	332,7	68,7	468,2	68,4	521,2	61,6	568,9	56,5
Nach dem Familienstand								
Ledig	163,2	33,7	234,0	34,2	369,1	43,6	457,0	45,4
Verheiratet, getrennt lebend	36,3	7,5	35,4	5,2	43,9	5,2	70,5	7,0
Verwitwet	239,7	49,5	342,2	50,0	326,1	38,5	322,3	32,0
Geschieden	45,0	9,3	72,5	10,6	106,9	12,6	156,4	15,6
Nach Altersgruppen								
Unter 25	44,1	9,1	63,0	9,2	88,6	10,5	71,2	7,1
25 bis unter 45	93,5	19,3	144,7	21,2	248,2	29,3	348,4	34,6
45 bis unter 65	149,6	30,9	149,0	21,8	171,9	20,3	241,7	24,0
65 bis unter 75	123,0	25,4	181,1	26,5	145,3	17,2	140,8	14,0
75 oder mehr	74,1	15,3	146,3	21,4	191,9	22,7	204,0	20,3
Nach der Stellung im Erwerbsleben								
Erwerbstätige	201,4	41,6	257,9	37,7	384,0	45,4	510,1	50,7
Nichterwerbstätige	282,9	58,4	426,2	62,3	461,9	54,6	496,0	49,3
dar. Rentner u. Pensionäre	262,5	54,2	397,0	58,0	400,5	47,3	422,5	42,0
Insgesamt	484,3	100	684,1	100	846,0	100	1006,1	100
dar. Ausländer	39,7	8,2	42,2	6,2	58,2	6,9	76,8	7,6

zigerjahren kräftig. Der Anteil des Jahres 1970 (7,5 %) wurde im Jahr 2001 mit 7 % fast wieder erreicht.

Kräftige Zunahme der Einpersonenhaushalte von 25- bis unter 45-Jährigen

Die kräftige Verminderung des Anteils der allein lebenden Witwen und Witwer bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils der Single-Haushalte von Ledigen korrespondiert mit der Veränderung der Altersstruktur von allein Lebenden zu Gunsten der jüngeren Personen. Unter den allein wohnenden Ledigen dominiert 2001 die *Altersgruppe von 25 bis unter 45 Jahren*, während verwitwete Personen vor allem in der Altersgruppe von 75 oder mehr Jahren anzutreffen sind. Die Zahl der Einpersonenhaushalte der 25- bis unter 45-Jährigen hat sich im Zeitraum von 1970 bis 2001 fast vervierfacht. Diese Altersgruppe war 2001 mit einem Anteil von gut einem Drittel aller Single-Haushalte die stärkste Gruppe. Drei Jahrzehnte früher hatte sie mit einem Fünftel erst auf dem dritten Platz gelegen.

1970 gehörten drei Zehntel der allein Lebenden zu der *Altersgruppe 45 bis unter 65 Jahre*, der damals bedeutendsten Altersgruppe. Nach Stagnation der Zahl dieser Haushalte in den Siebzigerjahren folgten in den Achtziger- und vor allem in den Neunzigerjahren deutliche Zunahmen. Der Anteil ging auf ein Fünftel in 1990 zurück; im Jahr 2001 hat er wieder knapp ein Viertel erreicht. Dieser Anstieg geht vor allem auf die außergewöhnlich starke Zunahme der allein le-

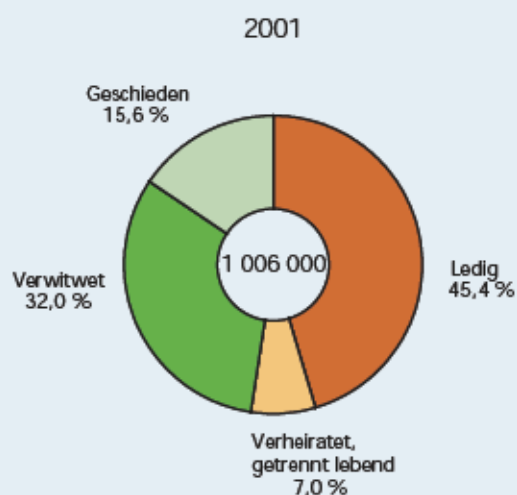
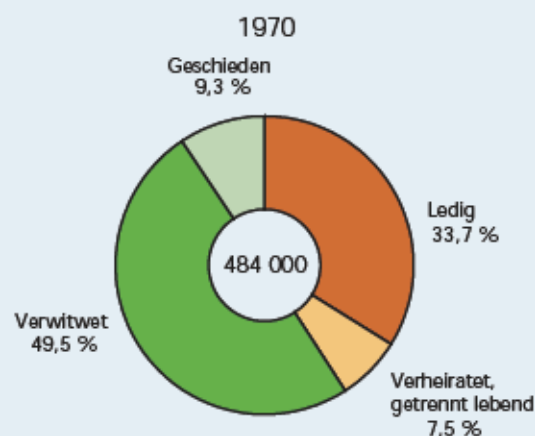
benden Geschiedenen zurück, wobei die Zunahme bei den Frauen noch kräftiger war als bei den Männern.

Die *65- bis unter 75-Jährigen* waren 1970 mit einem Anteil von einem Viertel relativ stark unter den Einpersonenhaushalten vertreten. Es handelte sich zum größten Teil um Witwen. In den Siebzigerjahren nahm ihre Zahl um fast die Hälfte zu; auch ihr Anteil stieg leicht an. Diese Entwicklung hängt mit den geburtenstarken Jahrgängen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg zusammen, die in die Gruppe der 65- bis unter 75-Jährigen aufgerückt sind. In den Achtzigerjahren ging ihre Zahl kräftig zurück — viele schafften den Übergang in die Gruppe der 75-Jährigen und Älteren —, und ihr Anteil sank auf ein Sechstel. In den Neunzigerjahren nahm ihre Zahl weiter ab — wenn auch nur noch leicht —, die Quote ging aber auf ein Siebtel zurück.

Demgegenüber hat die *Altersgruppe der Hochbetagten* (75 Jahre oder älter) innerhalb von drei Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen. In den Siebzigerjahren verdoppelte sich die Zahl der von Hochbetagten geführten Einpersonenhaushalte. In den Achtziger- und Neunzigerjahren schwächten sich die Zunahmen ab. Im Jahr 2001 gehörte ein Fünftel der Single-Haushalte dieser Altersgruppe an; drei Jahrzehnte früher waren es erst 15 % gewesen. Diese Entwicklung spiegelt die im Betrachtungszeitraum deutlich gestiegene Lebenserwartung wider.

Single-Haushalte, die von Personen *im Alter von unter 25 Jahren* geführt wurden, waren im vergangenen Jahr mit einem Anteil von 7 % relativ selten. Ihren Höchststand

Einpersonenhaushalte nach dem Familienstand 1970 und 2001



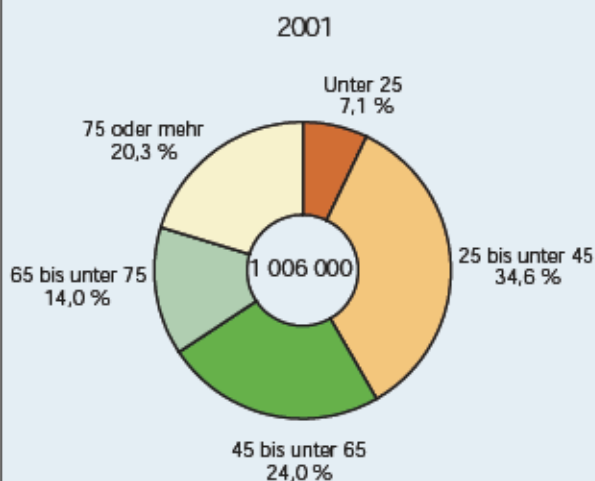
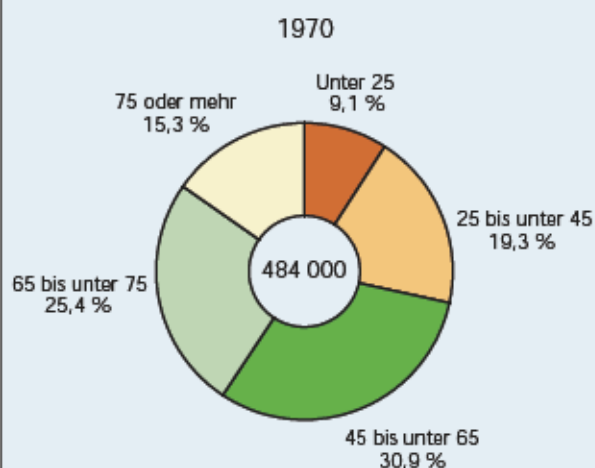
HSL 17/02

hatte diese Gruppe 1990 erreicht mit einem Anteil von gut einem Zehntel. Diese Entwicklung wurde von den geburtenstarken Jahrgängen der Sechzigerjahre bestimmt.

Immer mehr allein Lebende erwerbstätig

Analog zur Verjüngung der Einpersonenhaushalte nahm die Zahl der erwerbstätigen allein Lebenden nicht nur absolut, sondern auch relativ stark zu. Während in den Siebzigerjahren der Anstieg der erwerbstätigen allein Lebenden noch unter der Zunahme aller Einpersonenhaushalte lag und dadurch der Anteil um 4 Prozentpunkte sank, war 1990 die Zahl der Single-Haushalte von Erwerbstätigen fast doppelt so hoch wie 1970. Auch in den Neunzigerjahren gingen immer mehr allein Lebende einer Erwerbstätigkeit nach. Damit war im Jahr 2001 jede zweite allein lebende Person berufstätig, während es drei Jahrzehnte zuvor nur zwei Fünftel waren. Die Zahl der allein lebenden Rentner und Pensionäre stieg in den Siebzigerjahren kräftig, verharrte in den Achtzigerjahren auf dem erreichten Niveau und nahm in den Neun-

Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen



HSL 18/02

zigerjahren unterdurchschnittlich zu. Der Anteil der allein lebenden Rentner und Pensionäre an allen Einpersonenhaushalten hatte 1980 mit fast drei Fünfteln seinen Höchststand erreicht; im Jahr 2001 waren es nur noch zwei Fünftel.

8 % der Einpersonenhaushalte von Ausländern geführt

Im Jahr 1970 wurden 8 % der Einpersonenhaushalte von Ausländern geführt. In der ersten Hälfte der Siebzigerjahre nahm ihre Zahl zunächst deutlich ab, danach aber wieder zu, der Anteil sank auf 6 %. Diese Veränderung ist darauf zurückzuführen, dass es sich beim Zugang von Ausländern in den Siebzigerjahren fast ausschließlich um Mehrpersonenhaushalte oder um die Nachholung von Familienangehörigen handelte. In den Achtzigerjahren gab es bei den allein Lebenden mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit wieder kräftige Zunahmen — vor allem durch den Zuzug von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Diese Entwicklung setzte sich in den Neunzigerjahren fort, sodass die Zahl

Allein Lebende 2001 nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt		Ledige		Verheiratete, getrennt lebend		Verwitwete		Geschiedene	
	1000	% ¹⁾	1000	% ²⁾	1000	% ²⁾	1000	% ²⁾	1000	% ²⁾
Männer										
Unter 25	32,8	7,5	32,1	97,9
25 bis unter 45	223,2	51,1	176,8	79,2	20,6	9,2	.	.	25,3	11,3
45 bis unter 65	116,3	26,6	48,2	41,4	19,4	16,7	(9,1)	(7,8)	39,7	34,1
65 bis unter 75	31,6	7,2	(7,5)	(23,7)	.	.	15,8	50,0	(6,0)	(19,0)
75 oder mehr	33,3	7,6	27,8	83,5	.	.
Z u s a m m e n	437,2	100	266,3	60,9	44,2	10,1	53,3	12,2	73,4	16,8
Frauen										
Unter 25	38,4	6,7	38,0	99,0
25 bis unter 45	125,3	22,0	102,0	81,4	(9,9)	(7,9)	.	.	12,3	9,8
45 bis unter 65	125,3	22,0	27,8	22,2	10,5	8,4	38,0	30,3	48,8	38,9
65 bis unter 75	109,2	19,2	10,8	9,9	.	.	82,9	75,9	12,6	11,5
75 oder mehr	170,7	30,0	12,1	7,1	.	.	146,8	86,0	(9,3)	(5,4)
Z u s a m m e n	568,9	100	190,7	33,5	26,2	4,6	268,9	47,3	83,0	14,6
Insgesamt										
Unter 25	71,2	7,1	70,1	98,5
25 bis unter 45	348,4	34,6	278,9	80,1	30,5	8,8	.	.	37,7	10,8
45 bis unter 65	241,7	24,0	76,1	31,5	30,0	12,4	47,2	19,5	88,5	36,6
65 bis unter 75	140,8	14,0	18,1	12,9	(5,3)	(3,8)	98,9	70,2	18,5	13,1
75 oder mehr	204,0	20,3	13,9	6,8	.	.	174,6	85,6	11,5	5,6
I n s g e s a m t	1006,1	100	457,0	45,4	70,5	7,0	322,3	32,0	156,4	15,5

1) In % der allein Lebenden der jeweiligen Geschlechtsgruppe — 2) In % der jeweiligen Altersgruppe.

der ausländischen Einpersonenhaushalte im Jahr 2001 fast doppelt so hoch war wie drei Jahrzehnte zuvor. Der Anteil lag aber 2001 leicht unter dem Wert von 1970.

Männer mittleren Alters doppelt so häufig ledig wie Frauen

Die Gliederung der Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht zeigt deutliche Strukturunterschiede auf. Bei den Single-Haushalten der unter 25-Jährigen handelt es sich fast ausschließlich um Ledige. Bei der Altersgruppe der 25- bis unter 45-Jährigen dominierten sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen auch die Ledigen mit Anteilen von vier Fünfteln. Jeweils ein Zehntel der Singles dieser Altersgruppe war geschieden und fast ein Zehntel war zwar verheiratet, lebte aber vom Ehepartner getrennt. In der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen waren bei den Männern die Ledigen-Haushalte mit zwei Fünfteln die größte Gruppe, ein Drittel war geschieden und ein Sechstel verheiratet, lebte aber getrennt. Demgegenüber waren bei den Frauen in dieser Altersgruppe die Geschiedenen mit einem Anteil von fast zwei Fünfteln am häufigsten. Drei Zehntel der weiblichen Singles dieser Altersgruppe waren bereits Witwen und nur ein Fünftel — halb so viele wie bei den Männern — ledig. Bei den 65- bis unter 75-Jährigen dominierten bei den Frauen die Witwen mit einem Anteil von drei Vierteln, während bei den Männern nur die Hälfte Witwer waren. Hier kommt die höhere Lebenserwartung der Frauen sowie der häufige Altersunterschied zwischen Männern und Frauen zum Tragen. Unter den Hochbetagten (75

Jahre oder älter) dominierten erwartungsgemäß die Witwen (86 %) und die Witwer (84 %).

Witwen und ledige Männer größte Single-Gruppen

Nimmt man die Gesamtzahl der Einpersonenhaushalte als Bezugszahl, werden die Strukturunterschiede noch deutlicher. Die größte Gruppe aller Einpersonenhaushalte bildeten im gesamten Betrachtungszeitraum die Witwen, der Anteil ging aber innerhalb von zwei Jahrzehnten kräftig zurück. Waren 1980 noch gut zwei Fünftel aller Single-Haushalte solche von Witwen, betrug dieser Anteil 1990 noch ein Drittel und im Jahr 2001 nur noch gut ein Viertel. Die zweitgrößte Gruppe bildeten 1980 noch die Single-Haushalte von ledigen Frauen (18 %), 1990 lagen aber bereits die ledigen Männer (23 %) und auch 2001 mit gut einem Viertel auf Platz zwei. Auf die Einpersonenhaushalte von Witwen sowie ledigen Männern und Frauen entfielen somit im Jahr 2001 gut sieben Zehntel aller Einpersonenhaushalte.

Immer mehr ledige Männer leben allein

Wie Frauen und Männer ihr Leben in den einzelnen Altersgruppen gestalten, erkennt man, wenn man die allein Lebenden auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe bezieht. Der Anteil der *allein lebenden Ledigen* nahm bei den Männern im Betrachtungszeitraum deutlich zu. 1980 wohnten erst drei Zehntel der männlichen Ledigen in Einpersonenhaushalten und dementsprechend sieben Zehntel in Mehrpersonenhaushalten, zwei Jahrzehnte später waren es über zwei Fünftel. Hier spiegelt sich wider, dass — insbesondere seit Mitte

**Allein lebende Männer und Frauen¹⁾ 1980, 1990 und 2001
nach Familienstand und ausgewählten Altersgruppen
(Verhältniszahlen)**

Familienstand Altersgruppe in Jahren	Allein Lebende in % der					
	Einpersonenhaushalte insgesamt			jeweiligen Bevölkerungsgruppe		
	1980	1990	2001	1980	1990	2001
Männer						
Ledig	15,5	23,5	26,4	30,7	34,3	43,3
darunter						
20 bis unter 25	3,6	4,5	2,9	15,4	17,1	20,0
25 bis unter 45	9,2	15,0	17,7	40,9	42,1	47,6
45 bis unter 65	2,1	3,6	4,8	63,8	60,9	62,1
Verheiratet, getrennt lebend	3,9	3,6	4,4	70,5	68,2	74,0
darunter						
25 bis unter 45	2,1	1,6	2,1	69,6	66,7	73,6
45 bis unter 65	(1,4)	1,6	1,9	(74,6)	68,7	77,0
Verwitwet	7,6	5,3	5,3	69,0	63,9	70,6
darunter						
65 bis unter 75	3,0	1,2	1,6	81,4	66,5	71,8
75 oder mehr	3,5	3,1	2,8	68,1	68,8	78,1
Geschieden	4,4	5,9	7,3	62,7	59,1	57,3
darunter						
25 bis unter 45	2,2	2,3	2,5	57,9	53,5	53,6
45 bis unter 65	1,6	3,1	4,4	67,3	64,2	57,9
Z u s a m m e n	31,4	38,3	43,5	42,4	41,6	49,8
Frauen						
Ledig	17,9	19,5	18,6	45,7	39,0	41,5
darunter						
20 bis unter 25	4,1	4,8	3,3	25,3	22,0	24,9
25 bis unter 45	5,4	8,3	10,2	50,7	43,6	43,4
45 bis unter 65	4,3	2,7	2,8	64,4	60,0	58,9
Verheiratet, getrennt lebend	(1,3)	1,6	2,6	37,0	39,3	43,2
Verwitwet	43,0	33,7	26,9	72,2	71,0	73,7
darunter						
45 bis unter 65	8,6	4,9	3,8	62,5	53,1	55,8
65 bis unter 75	19,1	11,4	8,3	79,4	80,4	78,5
75 oder mehr	15,1	17,2	14,7	74,3	75,0	79,9
Geschieden	6,3	6,9	8,3	51,1	45,9	46,5
darunter						
25 bis unter 45	1,6	1,6	1,2	29,8	24,8	19,2
45 bis unter 65	2,6	2,1	4,9	60,1	51,5	56,5
Z u s a m m e n	68,5	61,7	56,5	59,7	48,9	53,6

1) Ohne allein Lebende unter 20 Jahren.

der Siebzigerjahre — sowohl Männer als auch Frauen auffallend seltener schon im Alter von unter 25 Jahren eine Ehe eingehen. Außerdem hat das Leben als Single überhaupt an Bedeutung gewonnen. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Ledigen, die allein leben. Von den unter 25-jährigen ledigen Männern war es 2001 ein Fünftel, bei den 45-bis unter 65-Jährigen waren es gut drei Fünftel. Bei den ledigen Frauen lag der Anteil der in Einpersonenhaushalten Lebenden im Jahr 1980 mit 46 % deutlich höher als bei den Männern. Nach einem Rückgang in den Achtzigerjahren nahm dieser Anteil in den Neunzigerjahren wieder zu. Im Jahr 2001 bestanden zwischen Männern und Frauen — im Gegensatz zu 1980 — keine gravierenden Unterschiede mehr bei den Anteilen der allein lebenden Ledigen.

Geschiedene Personen lebten überwiegend allein, wobei die Anteile im Betrachtungszeitraum bei den Männern um

mehr als 10 Prozentpunkte höher waren als bei den Frauen. Die Ursache hierfür ist, dass Kinder nach der Scheidung weitaus häufiger bei den Müttern wohnten — und mit ihnen weiterhin Mehrpersonenhaushalte bildeten — als bei den Vätern. Im Betrachtungszeitraum nahm sowohl bei den geschiedenen Männern, als auch bei den geschiedenen Frauen der Anteil der allein Lebenden um jeweils rund 5 Prozentpunkte ab.

Witwen und Witwer lebten im Jahr 2001 zu jeweils gut sieben Zehnteln als Singles. Im Betrachtungszeitraum gab es nur relativ geringe Schwankungen. Demgegenüber wohnten im Jahr 2001 fast drei Viertel der Männer, die verheiratet waren, aber getrennt lebten, allein, gegenüber nur gut zwei Fünfteln bei den Frauen. Diese Diskrepanz ist — wie bei den Geschiedenen — darauf zurückzuführen, dass Kinder meist bei den Müttern blieben und seltener bei den Vätern. □

Allgemeine Krankenhäuser in Hessen 2000

Teil 1: Aufgestellte Betten und stationär Behandelte

Da die Ergebnisse der Krankenhausstatistik die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen bilden (so fließen sie z. B. unmittelbar in die Krankenhausplanung¹⁾ des Landes Hessen ein), werden im Folgenden Entwicklungslinien für den Zeitraum 1990 bis 2000 sowie die Struktur der stationären Versorgung im Jahr 2000 näher betrachtet. Die stationäre Versorgung der hessischen Patienten hat sich seit 1990 deutlich verändert. So ist die Zahl der aufgestellten Betten leicht gesunken, während gleichzeitig eine nicht unerhebliche Bevölkerungszunahme erfolgte. Trotz des dadurch bedingten Rückgangs der Bettendichte hat die Zahl der stationär behandelten Patienten zugenommen. Möglich ist dies durch kürzere Behandlungszeiten, was sich an den teils drastisch reduzierten Verweildauern ablesen lässt. Die Ursachen hierfür sind zum einen Veränderungen in der Krankenhausfinanzierung sowie Zusammenschlüsse bzw. Fusionierungen, zum anderen medizinische Neuerungen, wie z. B. die minimal-invasive Chirurgie. Diese Entwicklungstendenzen haben insgesamt zu einer kontinuierlichen Abnahme der Bettenauslastung in den Allgemeinen Krankenhäusern geführt. Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf die 152 Allgemeinen Krankenhäuser in Hessen, in denen Akutkranke bzw. Patienten mit speziellen Krankheitszuständen behandelt werden. Diese verfügten im Jahr 2000 über 36 900 Betten in vollstationären Fachabteilungen, in denen — hessenweit gesehen — das gesamte Spektrum aller Krankheitsbilder behandelt werden kann. Eine Sonderstellung nehmen die 23 hessischen Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen Fachabteilungen ein, die zusammen über knapp 3000 Betten verfügen. Sie weisen eine mit den anderen Krankenhäusern nicht vergleichbare Struktur auf, die sich u. a. in einer besonders hohen Verweildauer widerspiegelt.

Weniger Allgemeine Krankenhäuser und Betten

Die Allgemeinen Krankenhäuser in Hessen setzten sich 2000 zusammen aus drei Hochschulkliniken, 128 Plankrankenhäusern — das sind Krankenhäuser, die in den Krankenhausplan¹⁾ aufgenommen sind —, 9 Krankenhäusern mit einem Versorgungsvertrag und 12 sonstigen Krankenhäusern, die keinen Vertrag mit den gesetzlichen Krankenkassen bzw. den Ersatzkassen zur Krankenhausbehandlung der Versicherten abgeschlossen hatten. Bei letzteren handelt es sich um kleinere Häuser mit durchschnittlich 33 Betten. 45 % der Allgemeinkrankenhäuser wurde von freigemeinnützigen, ein Drittel von öffentlichen und 22 % von privaten Trägern unterhalten. Gliedert man die Allgemeinen Krankenhäuser nach Trägerschaft und Größe, so waren die öffentlichen Krankenhäuser mit durchschnittlich 390 Betten deutlich größer als die freigemeinnützigen (213 Betten) und die privaten Krankenhäuser (88 Betten).

Zu den öffentlich geförderten Krankenhäusern zählten auch die drei Hochschulkliniken, die mit gut 3600 Betten fast 10 % aller Betten in Allgemeinen Krankenhäusern stellten. Den größten Anteil an den Allgemeinen Krankenhäusern hat-

ten die 128 Plankrankenhäuser. Sie verfügten über knapp 32 000 aufgestellte Betten, das entspricht 86 % aller Betten.

Je Allgemeinkrankenhaus standen im Jahr 2000 durchschnittlich 243 Betten zur Verfügung, 1990 waren es 233 gewesen. 66 % aller Krankenhäuser hatten eine Bettenzahl unter 250; sie vereinigten 32 % der aufgestellten Betten auf sich. In Krankenhäusern mit 250 bis unter 500 Betten, die 23 % aller hessischen Krankenhäuser ausmachten, waren 30 % aller Betten aufgestellt. Die großen Kliniken mit 500 oder mehr Betten machten 11 % aller Krankenhäuser aus und verfügten dabei über 38 % der Betten.

Wie in den Vorjahren wurden auch 2000 fast alle aufgestellten Betten nach dem Krankenhausfinanzierungs- oder dem Hochschulbauförderungsgesetz öffentlich gefördert. Gut 3 % der Betten waren durch Versorgungsverträge mit den Krankenkassen abgesichert, und die restlichen knapp 3 % wurden weder staatlich gefördert, noch gab es für diese Versorgungsverträge. Von den 36 900 tatsächlich aufgestellten Betten waren 2000 rund 94 %, nämlich 34 700 Betten, im Krankenhausplan enthalten.

Die Zahl der Allgemeinen Krankenhäuser ist 2000 gegenüber 1990 mit zwischenzeitlichen Schwankungen um 6,7 % zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der aufgestellten Betten um rund 1070 oder 2,8 % ab. Die Größenstruktur der Allgemeinen Krankenhäuser hat sich dadurch nur unwesentlich verändert. Auch bezüglich der Art der Trägerschaft traten nur relativ geringe Verschiebungen auf. Das quantitative Angebot für die stationäre Krankenversorgung der Bevölkerung nahm allerdings im beobachteten Zeitraum deutlich ab: Die so genannte Bettendichte in Allge-

¹⁾ Nach der Grundsatzvorschrift des § 1 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz — KHG) in der Neufassung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 1311, 1320) ist Zweck dieses Gesetzes die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial verträglichen Pflegesätzen beizutragen. Zur Verwirklichung dieser Ziele verpflichtet § 6 Abs. 1 KHG die Länder, Krankenhauspläne und Investitionsprogramme aufzustellen. Einzelheiten werden durch Landesrecht geregelt, und zwar für Hessen im Gesetz zur Neuordnung des Krankenhauswesens in Hessen (Hessisches Krankenhausgesetz 1989 — HKHG) vom 18. Dezember 1989 (GVBl. I S. 452).

Stationäre Versorgung in Hessen 1990 bis 2000

Art der Angabe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Krankenhäuser											
Krankenhäuser insgesamt	187	189	190	188	186	182	181	182	187	181	175
dar. Allgemeine Krankenhäuser	163	164	164	163	160	158	158	160	164	157	152
Aufgestellte Betten											
in Krankenhäusern	43 753	43 666	43 434	43 011	42 383	41 428	41 220	40 873	40 847	40 527	39 915
dar. in Allgemeinen Krankenhäusern	37 967	37 895	37 896	37 893	37 684	37 386	37 416	37 525	37 546	37 338	36 901
Betten je 10 000 Einwohner											
in Krankenhäusern	76,5	75,3	73,9	72,3	71,0	69,1	68,5	67,8	67,7	67,1	65,9
dar. in Allgemeinen Krankenhäusern	66,4	65,4	64,5	63,7	63,1	62,4	62,2	62,2	62,2	61,8	60,9
Stationär Behandelte											
in Krankenhäusern	999 181	1 010 498	1 029 325	1 040 313	1 060 622	1 087 283	1 104 433	1 125 033	1 141 090	1 153 208	1 152 766
dar. in Allgemeinen Krankenhäusern	973 657	984 526	1 002 810	1 013 784	1 032 680	1 058 383	1 074 316	1 095 006	1 110 608	1 122 305	1 120 193
Pflegedage											
in Krankenhäusern	13 750 332	13 625 249	13 417 867	12 965 553	12 758 061	12 457 118	12 115 797	11 851 347	11 824 234	11 682 340	11 427 608
dar. in Allgemeinen Krankenhäusern	11 941 796	11 893 586	11 800 068	11 504 595	11 423 267	11 269 605	10 957 941	10 819 778	10 809 016	10 693 549	10 472 999
Durchschnittliche Verweildauer in Tagen¹⁾											
in Krankenhäusern	13,8	13,5	13,0	12,5	12,0	11,5	11,0	10,5	10,4	10,1	9,9
dar. in Allgemeinen Krankenhäusern	12,3	12,1	11,8	11,3	11,1	10,6	10,2	9,9	9,7	9,5	9,3

1) Pflegedage : Stationär Behandelte.

meinen Krankenhäusern sank von 66 auf 61 Betten je 10 000 Einwohner. Diese Entwicklung ist neben dem leichten Bettenabbau insbesondere auf die Zunahme der Bevölkerungszahl in Hessen um rund 6 % zurückzuführen.

Fachabteilungen

Die meisten Allgemeinen Krankenhäuser verfügten über mehrere Fachabteilungen (69 %), eine Spezialisierung auf nur ein Fachgebiet gab es dementsprechend in 31 % der Häuser. Drei Viertel der Allgemeinkrankenhäuser hatten eine Fachabteilung für Innere Medizin. Insgesamt entfielen 35 % aller Betten auf diesen Fachbereich. Eine Fachrichtung Chi-

urgie war in 70 % der Krankenhäuser vorhanden; gut jedes vierte Krankenhausbett war der Chirurgie zugeordnet. Fast 58 % der Krankenhäuser verfügten über die Disziplin Frauenheilkunde und Geburtshilfe, deren Bettenanteil lag lediglich bei gut 10 %.

Eine Sonderform der stationären Behandlung stellt das Belegarztwesen dar. Bei den Belegärzten handelt es sich um Ärzte, die nicht am Krankenhaus angestellt sind. Sie sind jedoch berechtigt, ihre Patienten dort unter Inanspruchnahme der hierfür bereitgestellten Dienste, Einrichtungen und Mittel stationär oder teilstationär zu behandeln, ohne dafür vom Krankenhaus eine Vergütung zu erhalten. Eine Vielzahl von

Bettenausstattung der Allgemeinen Krankenhäuser 2000 nach Größenklassen und Art der Förderung

Größenklasse nach der Bettenzahl	Kranken- häuser insgesamt	Planbetten					Aufgestellte Betten						
		ins- gesamt	davon				ins- gesamt	davon				Vertrags- betten	Sonstige
			gefördert			Sonstige		gefördert					
			zu- sammen	davon nach				zu- sammen	gefördert				
				KHG ¹⁾	HBFG ²⁾				KHG ¹⁾	HBFG ²⁾			
Unter 50	20	224	224	224	—	—	495	224	224	—	71	200	
50 bis unter 100	19	1 163	1 163	1 163	—	—	1 483	1 159	1 159	—	228	96	
100 bis unter 150	27	3 105	3 105	3 105	—	—	3 179	3 063	3 063	—	—	116	
150 bis unter 200	20	2 977	2 977	2 977	—	—	3 435	2 977	2 977	—	452	6	
200 bis unter 250	15	3 013	3 013	3 013	—	—	3 218	2 984	2 984	—	100	134	
250 bis unter 300	20	5 605	5 605	5 605	—	—	5 450	5 429	5 429	—	—	21	
300 bis unter 400	10	3 139	2 778	2 778	—	361	3 391	2 700	2 700	—	330	361	
400 bis unter 500	5	2 381	2 381	2 381	—	—	2 234	2 234	2 234	—	—	—	
500 bis unter 600	4	2 177	2 177	2 177	—	—	2 165	2 165	2 165	—	—	—	
600 bis unter 800	3	2 129	2 129	2 129	—	—	2 127	2 127	2 127	—	—	—	
800 oder mehr	9	10 161	10 161	6 286	3 875	—	9 724	9 669	6 042	3 627	55	—	
Insgesamt	152	36 074	35 713	31 838	3 875	361	36 901	34 731	31 104	3 627	1 236	934	

1) Krankenhausfinanzierungsgesetz. — 2) Hochschulbauförderungsgesetz.

Krankenhäusern stellt niedergelassenen Ärzten für die stationäre Behandlung ihrer Patienten Betten zur Verfügung. Das können im Einzelfall auch ganze Abteilungen sein.

Im Jahr 2000 waren rund 4600 oder 13 % aller aufgestellten Krankenhausbetten so genannte Belegbetten. Fachärzte bestimmter Fachrichtungen nutzten diese Möglichkeit der stationären Patientenversorgung besonders häufig, sodass die Bedeutung des Belegarztwesens in den einzelnen Disziplinen sehr unterschiedlich ist. In der Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie war die Hälfte aller Betten Belegbetten. Es folgte die Hals-Nasen-Ohrenheilkunde (43 %). Bei der Frauenheil-

1 120 000 Patienten rund 146 540 mehr als 1990 behandelt. Aber die Zahl der Pflegetage lag im Jahr 2000 mit gut 10,5 Mill. um fast 1,5 Mill. unter dem Wert von 1990. Daraus ergab sich für 2000 eine durchschnittliche Verweildauer von 9,3 Tagen gegenüber 12,3 in 1990. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Berechnung die so genannten Stundenfälle; das sind Patienten, die noch am Aufnahmetag wieder entlassen werden und somit keine Pflegetage aufweisen.

Eine Betrachtung der Patientendaten und -bewegung in den Allgemeinen Kliniken nach Fachabteilungen zeigt deutliche Unterschiede. Die Bettenauslastung lag in Hessen im Jahr

**Krankenhausbetten und Pflegetage in Allgemeinen Krankenhäusern 2000
nach ausgewählten Fachabteilungen**

Fachabteilung	Krankenhäuser oder Fachabteilungen	Aufgestellte Betten	darunter Belegbetten	Pflegetage	Stationär Behandelte ¹⁾	Durchschnittliche Verweildauer in Tagen ²⁾	Bettenauslastung in % ³⁾
Augenheilkunde	21	538	89	112 199	24 350	4,6	57,0
Chirurgie	107	9 721	1 095	2 640 976	306 635	8,6	74,2
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	88	3 817	1 103	904 356	151 912	6,0	64,7
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	67	1 188	512	323 786	50 944	6,4	74,5
Haut- und Geschlechtskrankheiten	7	372	24	108 496	11 748	9,2	79,7
Innere Medizin	114	12 732	1 039	3 828 009	418 222	9,2	82,1
Kinderheilkunde	17	1 227	26	339 261	51 459	6,6	75,5
Kinder- und Jugendpsychiatrie	2
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	13	138	69	27 997	4 905	5,7	55,4
Neurochirurgie	9	386	—	130 992	12 515	10,5	92,7
Neurologie	23	1 495	50	475 861	38 846	12,2	87,0
Nuklearmedizin (Therapie)	5	35	8	10 459	2 285	4,6	81,6
Orthopädie	25	2 068	270	591 991	44 031	13,4	78,2
Psychiatrie	16	1 149	—	394 608	16 621	23,7	93,8
Psychosomatik	4	74	—	24 845	498	49,9	91,7
Strahlentherapie	9	242	—	58 118	8 010	7,3	65,6
Urologie	43	1 253	306	360 408	49 487	7,3	78,6

1) Fälle. — 2) Pflegetage : Stationär Behandelte. — 3) Pflegetage x 100 : (Aufgestellte Betten x Kalendertage).

kunde und Geburtshilfe erreichte der Belegbettenanteil rund 29 % und in der Urologie waren es 24 %. Rund 17 % der Betten der Augenheilkunde wurden von Belegärzten in Anspruch genommen.

Von den Belegbetten waren 65 % in reinen Belegkrankenhäusern aufgestellt. Bei diesen handelt es sich in der Regel um kleinere Krankenhäuser; die durchschnittliche Bettenzahl lag dort im Jahr 2000 bei 101 Betten.

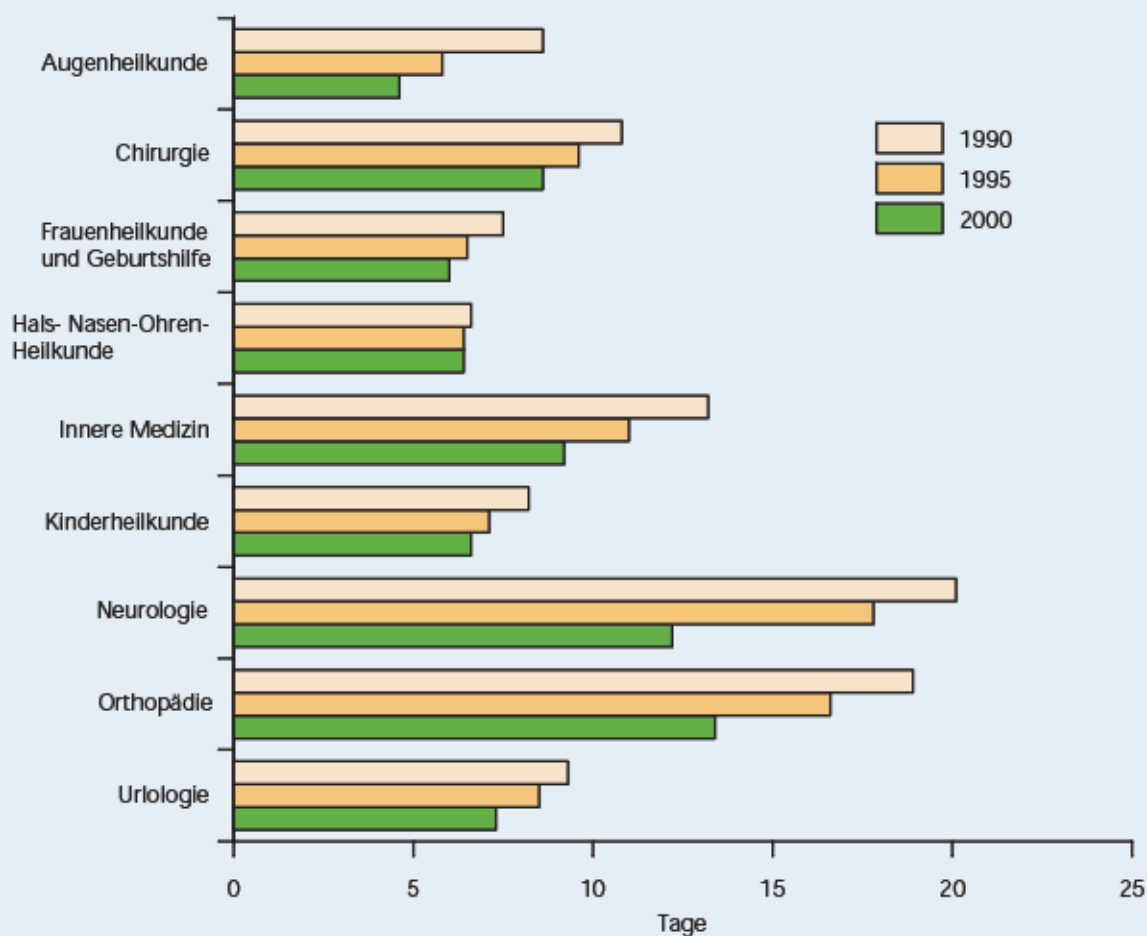
Mehr Patienten, weniger Pflegetage

Im Jahr 2000 wurden gut 1,1 Mill. Patienten in Allgemeinen Krankenhäusern vollstationär behandelt. Sie verbrachten dort 10,5 Mill. Pflegetage. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 9,3 Tage und erreichte damit den Tiefstwert seit Einführung der neuen Krankenhausstatistik im Berichtsjahr 1990. Damals verbrachten rund 970 000 vollstationär behandelte Patienten 11,9 Mill. Pflegetage in den Allgemeinen Krankenhäusern. Im Vergleich wurden im Jahr 2000 mit

2000 im Durchschnitt bei 77,5 % und damit deutlich unter dem Wert von 1990 (86,2 %). Erheblich über diesem Wert lag die Bettenausnutzung in den Fachabteilungen Psychiatrie (94 %), Neurochirurgie (93 %), Psychosomatik (92 %) und Neurologie (87 %). Die mit Abstand geringste Bettenauslastung war für die Fachrichtungen Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie mit 55 % und Augenheilkunde (57 %) zu verzeichnen. Die durchschnittliche Verweildauer lag, wie bereits oben erwähnt, bei 9,3 Tagen. Das Spektrum innerhalb der Fachabteilungen reicht von 4,6 Tagen in der Augenheilkunde und der Nuklearmedizin sowie 5,7 Tagen in der Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie bis zu 49,9 Tagen in der Psychosomatik. Die Verweildauer in den Fachabteilungen hat sich in den letzten zehn Jahren drastisch reduziert. So sank sie in der Augenheilkunde um 47 %, der Neurologie um 39 % und der Inneren Medizin um 30 %.

Eine weitere wichtige Größe ist die Art des Patientenzugangs bzw. -abgangs. 2000 wurden insgesamt 1 175 000 Patienten (darunter 53 300 Stundenfälle) in die hessischen Allge-

Verweildauer¹⁾ in Allgemeinen Krankenhäusern in ausgewählten Fachabteilungen
1990, 1995 und 2000



HSL 14/02

1) Pflorgetage : Stationär Behandelte.

meinkrankenhäuser aufgenommen. Darunter befanden sich 36 500 Patienten, die direkt aus einem anderen Krankenhaus verlegt wurden. Das entsprach einem Anteil von 3,1 % des gesamten Patientenzugangs. Den höchsten Anteil der Verlegungen wies die Geriatrie auf; dort stammten 58 % des Patientenzugangs aus einem anderen Krankenhaus. Von den 1 146 000 entlassenen Patienten wurden 51 600 in an-

dere Einrichtungen verlegt. Bei der Differenz zu den Aufnahmen aus anderen Krankenhäusern dürfte es sich zum größten Teil um Verlegungen in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen handeln. Besonders hoch waren beim Patientenabgang die Verlegungen in eine andere Einrichtung in den Fachgebieten Thorax- und Kardiovaskularchirurgie mit 37 %, Neurochirurgie mit 17 % und Kardiologie mit 10 %. □

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs ⁴⁾ 1995 = 100	Index der Um-sätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-Index für die Lebens-haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-lose ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾	
	Ins-gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	103,1	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2000 4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6
2001 Januar	103,2	93,4	121,3	458 063	64,6	33 622	96,3	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	105,3	90,1	133,1	458 274	62,5	33 250	91,2	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	116,3	108,5	130,6	459 177	80,5	33 197	110,2	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	108,3	97,3	128,3	458 505	69,2	33 356	99,2	108,6
April	95,9	89,1	108,5	458 276	76,1	33 423	102,2	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,5	94,5	120,1	458 434	104,1	33 145	109,4	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Juni	103,0	90,9	125,1	460 083	100,7	33 217	99,7	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	100,8	91,5	117,9	458 931	93,6	33 262	103,8	109,5
Juli	102,6	92,1	122,0	460 466	69,7	33 277	98,8	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	100,1	94,4	110,5	461 085	109,0	33 794	101,5	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	100,7	91,5	117,7	460 653	109,4	33 624	97,7	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 565	99,4	109,9
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	105,9	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	110,7	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	113,8	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 669	110,1	109,2
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	...	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	53,7	30 689	...	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	0,1	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2000 4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0
2001 Januar	10,8	12,9	8,2	0,1	25,6	- 7,3	6,1	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Februar	3,6	- 1,7	11,0	0,2	1,7	- 7,2	- 5,3	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9
März	- 1,4	- 0,3	- 3,3	0,3	- 14,2	- 6,6	- 0,6	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	3,9	3,1	4,8	0,2	- 10,8	- 7,0	- 0,1	2,1
April	- 0,9	- 1,8	0,5	0,1	16,4	- 6,6	- 1,1	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1
Mai	- 6,7	- 8,7	- 3,5	0,1	- 25,9	- 7,7	- 2,8	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3
Juni	- 2,6	- 2,5	- 2,9	0,1	19,8	- 7,1	4,1	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,5	- 4,5	- 2,1	0,1	- 3,1	- 7,1	- 0,1	2,7
Juli	2,2	- 1,9	8,6	0,1	- 31,9	- 7,1	2,6	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,0	- 8,1	0,0	- 0,2	46,1	- 5,9	0,6	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 10,8	- 9,7	- 12,4	- 0,3	- 1,1	- 6,3	- 2,7	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj.	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	0,2	2,2
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	3,2	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	0,5	1,4	1,6	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	- 2,3	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	0,4	1,5
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	...	2,1	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	...	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2000 4. Vj.	3,1	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	3,7	3,5	3,9	- 0,2	- 15,3	- 3,7	- 17,3	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	2,0	- 3,5	9,7	0,0	- 3,3	- 1,1	- 5,3	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8
März	10,4	20,4	- 1,9	0,2	28,7	- 0,2	20,8	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2
1. Vj.	2,3	1,9	2,6	- 0,4	- 12,7	- 6,2	- 9,6	0,9
April	- 17,5	- 17,9	- 16,9	- 0,2	- 5,4	0,7	- 7,3	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6
Mai	7,9	6,1	10,7	0,0	36,8	- 0,8	7,0	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3
Juni	- 0,5	- 3,8	4,2	0,4	- 3,3	0,2	- 8,9	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 6,9	- 6,0	- 8,1	0,1	35,3	- 0,3	4,6	0,8
Juli	- 0,4	1,3	- 2,5	0,1	- 30,8	0,2	- 0,9	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,4	2,5	- 9,4	0,1	56,4	1,6	2,7	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	0,6	- 3,1	6,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 3,7	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj.	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 4,2	0,4
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	8,4	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,5	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	2,8	0,0	4,5	.	- 1,1	90,8
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	10,8	- 0,6
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	...	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	...	0,3	- 0,3	.	13,8	19,7

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Jul.	August	Sept.	Okt.	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 052,0 ¹⁾	6 068,1 ¹⁾	6 062,1	6 064,4	6 067,4	6 073,7	6 073,8	6 075,6	6 078,2	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 718	4 286	3 505	2 159	2 826	4 396	2 697	2 218	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	5,4	8,3	7,1	4,2	5,5	8,5	5,4	4,3	
* Lebendgeborene	"	4 916	4 901	5 396	4 815	5 163	5 006	5 287	4 483	5 122	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,7	10,5	9,7	10,0	9,7	10,2	9,0	9,9	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 088	5 029	4 536	4 452	4 998	5 140	4 997	4 362	5 238	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,0	8,8	9,0	9,7	10,0	9,7	8,7	10,1	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	22	21	12	18	15	17	18	24	26	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,4	2,2	3,7	2,9	3,4	3,4	5,4	5,1	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 172	- 127	860	363	165	- 134	290	121	- 116	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,4	- 0,3	1,7	0,7	0,3	- 0,3	0,6	0,2	0,2	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	17 536	15 451	17 501	17 793	17 860	15 067	18 476	
* darunter aus dem Ausland	"	6 186	6 178	7 429	6 778	7 483	7 429	7 765	6 759	7 931	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 591	12 659	15 193	13 492	14 696	16 096	18 095	13 371	15 743	
* darunter in das Ausland	"	5 606	5 572	6 714	5 768	5 891	7 657	9 610	5 249	6 393	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 574	1 474	2 343	1 959	2 805	1 697	- 235	1 696	2 733	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	19 091	18 349	21 306	17 567	19 633	20 110	19 970	16 727	20 780	
		2000	2001	2001				2002			
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
ARBEITSMARKT ³⁾											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	214 875	200 533	211 728	210 709	204 313	207 134	223 585	222 906	215 942	
* darunter Frauen	"	96 519	89 647	92 608	91 633	89 548	90 177	94 258	93 246	90 644	
Männer	"	118 356	110 886	119 120	119 076	114 765	116 957	129 327	129 660	125 298	
* Ausländer	"	45 177	42 684	44 307	44 234	43 475	45 495	47 946	47 809	46 285	
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 430	22 023	21 961	22 716	21 622	23 170	26 328	27 056	25 590	
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	8,1	7,4	7,9	7,9	7,6	7,6	8,2	8,1	7,9	
* darunter der Frauen	"	8,0	7,1	7,5	7,4	7,3	7,1	7,4	7,3	7,1	
Männer	"	8,3	7,6	8,2	8,2	7,9	8,0	8,9	8,9	8,6	
* Ausländer	"	14,8	14,2	14,4	14,4	14,1	15,4	16,2	16,2	15,7	
Jüngere unter 25 Jahren	"	7,2	6,5	6,8	7,1	6,7	6,6	7,5	7,7	7,3	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	5 156	7 822	6 118	8 431	8 160	19 108	21 481	25 716	25 741	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 527	37 692	37 651	41 524	43 155	29 674	32 491	36 988	38 957	
		1998	1999	1998		1999		2000			
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
ERWERBSTÄTIGKEIT ^{5)a)}											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾	1000	2 093,0	2 123,7	2 128,8	2 110,9	2 162,2	2 163,4	2 169,4	2 174,8	...	
* darunter Frauen	"	896,9	910,5	911,4	906,7	927,1	932,8	938,1	934,5	...	
Ausländer	"	225,8	216,8	229,6	226,0	221,3	220,1	220,9	223,2	...	
* Teilzeitbeschäftigte	"	307,7	301,4	310,9	315,1	306,2	313,3	318,7	321,6	...	
darunter Frauen	"	271,1	262,3	273,4	275,0	264,8	269,2	273,0	274,3	...	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:											
davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	14,0	14,0	12,4	14,1	12,6	13,3	13,9	...	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,4	3,7	3,5	3,7	3,7	...	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	563,8	553,4	569,2	561,6	556,8	550,9	548,9	548,9	...	
darunter Frauen	"	145,4	141,1	146,5	143,8	142,4	140,7	140,4	139,9	...	
* Baugewerbe	"	134,4	130,1	136,0	129,7	133,6	127,7	123,6	125,1	...	
darunter Frauen	"	16,0	15,6	16,0	15,8	15,7	15,6	15,4	15,2	...	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	524,3	532,8	532,9	528,5	542,4	547,9	551,5	554,2	...	
darunter Frauen	"	231,7	235,5	235,8	233,9	239,6	242,5	244,0	244,2	...	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	378,2	406,1	388,5	389,8	421,6	426,8	435,7	442,1	...	
darunter Frauen	"	175,5	187,2	179,8	179,8	193,9	196,1	200,2	201,9	...	
* Öffentliche und private Dienstleister	"	478,1	486,3	487,3	488,3	492,5	496,3	495,6	489,8	...	
darunter Frauen	"	324,3	327,0	329,1	329,7	331,2	334,0	334,1	329,2	...	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Aufbereitung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000	2001				2002	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	4 742	4 576	5 470	10 732	6 972	7 376	6 813
Kälber	"	350	224	394	155	206	341	397	314	202
Schweine	"	102 959	95 275	95 912	100 835	90 178	105 941	94 819	92 249	85 846
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	10 694	11 360	9 942	14 083	10 150	9 444	8 161
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel) darunter von	Tonnen	11 148	10 351	9 487	9 858	9 187	11 836	10 182	10 210	9 663
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	1 171	1 115	1 354	2 521	1 735	1 921	1 768
* Kälbern	"	33	20	46	14	18	32	36	28	22
* Schweinen	"	8 686	8 103	7 855	8 309	7 390	8 609	7 908	7 818	7 284
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"
* Erzeugte Konsumeler ⁴⁾	1000 St.	31 856	31 198	33 737	32 589	29 070	33 578	34 327	34 434	31 825
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 688	87 754	82 484	84 990	79 827	83 110	89 607	88 508	84 568
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 642	83 707	78 721	81 227	76 428	78 881	85 173	84 784	81 204
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,8	18,2	15,1	15,6	18,0	17,5	18,3	17,4	18,4
VERARBEITENDES GEWERBE ⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 290	3 302	3 301	3 264	3 263	3 225	3 220
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	459,1	458,1	458,3	455,8	452,9	449,4	448,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerb. Azubi.)	"	271,1	269,6	270,5	270,2	270,1	267,0	264,6	262,7	261,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 952	34 156	30 506	35 567	34 219	36 091	27 928	33 647	32 523
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	660,8	667,4	655,7	636,8	612,9	632,0	634,9	623,2	596,1
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	752,5	726,0	703,1	693,0	743,8	728,2	689,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	7 053,5	6 595,2	6 572,9	7 466,9	6 504,1	6 254,0	6 259,3
davon	"									
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	2 708,3	3 060,9	2 979,3	3 088,7	2 287,9	2 826,9	2 859,2
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 674,7	1 885,0	1 898,5	2 537,4	2 417,5	1 724,8	1 724,4
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	206,7	229,0	273,6	291,1	258,9	228,8	235,5
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 463,8	1 420,3	1 421,6	1 549,8	1 539,7	1 473,5	1 440,2
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 591,1	2 597,8	2 555,9	2 663,5	2 457,5	2 463,8	2 467,2
Exportquote ⁶⁾	%	37,4	37,6	36,7	39,4	38,9	35,7	37,8	39,4	39,4
Volumenindex des Auftragselings ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	6,7	- 2,2	5,4	10,8	3,6	- 5,7	- 1,7	- 7,4	- 11,0
davon	"									
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	1,3	15,1	- 2,7	- 3,3	- 8,6	- 2,6	0,4
* Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	9,9	5,0	16,4	- 8,9	11,6	- 12,8	- 30,2
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	- 6,8	3,7	4,8	- 20,8	- 15,4	- 19,4	- 16,2
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	18,9	13,1	- 3,6	- 2,3	- 16,6	- 12,3	5,3
Volumenindex des Auftragselings nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,7	2,2	8,1	12,7	- 6,5	4,2	- 7,2	- 3,7	12,3
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	4,1	7,5	2,4	- 11,8	- 5,0	- 4,6	- 10,5
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	- 8,8	- 1,5	- 2,0	0,3	66,2	- 13,7	- 21,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 6,0	19,6	- 1,2	- 3,4	- 15,8	- 12,2	- 7,6
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	93	95	93	94	95	95	95	96	97
* Beschäftigte ⁹⁾	"	19 131	18 366	18 384	18 428	18 394	18 500	18 408	18 568	18 184
* darunter Arbeiter (einschl. gewerb. Azubi.)	"	8 704	7 826	8 099	7 982	7 948	7 762	7 702	7 582	7 393
* Geleistete Arbeitsstunden ^{9/10)}	1000 h	1 109	991	931	1 080	991	1 067	827	2 549	2 291
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	24,3	23,2	20,8	23,5	20,0	34,2	20,4	20,5	20,3
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	33,7	34,2	34,1	61,1	39,6	40,5	39,2
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 128,5	...	1 974,3	2 420,1	2 275,2
* Stromverbrauch ¹¹⁾	"	2 895,0	...	3 246,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000	2001				2002	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
HANDWERK										
* Beschäftigte	1996 – 100	93,0	90,6	92,8	.	.	.	88,9	.	.
* Umsatz	"	103,0	101,9	113,7	.	.	.	112,1	.	.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	60,7	58,0	60,5	58,3	57,7	58,3	57,2	55,6	54,7
Facharbeiter ²⁾	"	32,0	30,1	31,8	30,4	30,0	30,1	29,5	28,6	28,2
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	9,2	8,9	8,7	9,0	8,7	8,3	8,1
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,9	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 756	5 381	4 627	3 766	4 475	5 990	4 167	3 361	4 036
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	1 787	1 523	1 768	2 273	1 591	1 314	1 532
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 430	1 222	1 379	1 735	1 231	1 113	1 255
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	1 392	998	1 310	1 943	1 324	911	1 226
* Brutto Lohnsumme	Milli. EUR	98,2	90,8	91,6	81,1	72,7	108,3	84,1	74,6	68,1
* Bruttogehaltssumme	"	40,0	38,3	39,4	36,1	35,5	46,5	40,9	36,7	35,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	511,9	512,8	684,5	322,5	406,4	643,6	640,4	288,3	334,4
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	166,6	96,6	119,2	184,0	141,0	79,4	94,7
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	326,0	152,0	188,3	272,3	301,8	138,0	155,5
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	190,8	73,1	98,2	184,0	194,9	68,6	83,3
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾ darunter	1995–100	85,1	81,4	76,3	64,6	62,5	72,1	64,0	49,0	53,7
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	49,6	30,7	43,1	37,3	26,9	29,4	39,0
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	96,8	86,8	59,8	60,3	71,7	48,6	51,5
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	65,5	55,7	76,5	106,0	75,0	60,3	64,6
Ausbaugewerbe ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	24,6	23,8	24,5	.	.	.	23,9	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	7 198	.	.	.	6 985	.	.
* Brutto Lohnsumme	Milli. EUR	115,1	111,9	122,8	.	.	.	120,6	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,4	57,2	62,1	.	.	.	62,1	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	763,8	.	.	.	748,3	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	768	615	543	697	650	667	615	678
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	554	487	607	559	592	538	607
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	1 021	926	697	636	831	895	762	671	733
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	188	170	130	113	154	164	141	121	135
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	157 219	137 919	183 904	204 249	165 281	147 796	166 994
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	180	167	175	219	195	142	159
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	875	1 333	1 112	1 015	676	1 961	1 763	1 080	1 156
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	186	224	182	189	135	244	263	162	179
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	219 310	174 629	100 354	245 899	250 656	153 932	150 143
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 968	1 817	1 443	1 158	1 707	1 770	1 730	1 263	1 418
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	10 306	9 021	6 959	6 099	8 210	8 100	7 943	6 477	7 296
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	1995 – 100	100,8	91,9	106,6	95,6	86,0	89,6	83,8
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	100,4	93,1	104,9	96,8	87,5	90,3	82,2
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	82,2	83,2	82,4	82,6	82,7	83,4	83,6
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	1995 – 100	99,9	98,5	112,7	93,1	88,0	105,6	108,8
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	103,0	103,1	116,5	96,3	91,2	110,7	113,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Kraftfahrzeugen ⁸⁾ ; Tankstellen	"	111,2	111,1	98,8	96,3	101,9	111,1	95,7
Waren verschiedener Art ⁹⁾	"	101,4	103,3	126,7	100,2	89,4	111,7	125,2
Apotheken ¹⁰⁾	"	126,0	134,3	147,7	130,1	128,5	148,1	152,7
Bekleidung	"	87,2	88,1	117,7	81,7	69,0	99,9	116,3
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾	"	88,0	86,3	104,6	83,6	79,3	97,5	98,3
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾	"	107,0	105,8	100,0	79,9	80,7	106,6	104,9
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	87,3	86,1	87,6	86,1	85,7	86,7	88,1
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	1995 – 100	91,6	89,6	92,9	83,7	83,6	85,4	88,4
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	97,2	96,7	98,3	88,6	88,5	91,7	95,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	108,6	106,1	98,3	99,1	97,0	97,2	94,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	89,6	89,4	98,8	78,7	80,4	89,2	97,8
Kantinen und Caterer	"	107,8	109,8	108,7	103,5	101,6	100,2	102,9
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	84,6	85,9	85,5	83,4	85,8	86,0	85,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Salden aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000	2001				2002		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
AUSSENHANDEL											
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	2 504,1	2 635,8	2 557,8	2 571,0	2 660,3	2 678,1	2 443,4	
davon	"										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	60,1	62,6	54,8	51,4	49,2	64,0	91,5	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 444,0	2 573,2	2 503,1	2 519,5	2 611,0	2 614,2	2 351,9	
davon	"										
* Rohstoffe	"	21,8	20,9	18,1	25,8	20,6	23,9	19,5	
* Halbwaren	"	196,0	178,3	165,5	190,4	203,0	166,7	140,7	
* Fertigwaren	"	2 226,2	2 374,0	2 319,5	2 303,4	2 387,4	2 423,6	2 191,7	
davon	"										
* Vorerzeugnisse	"	471,5	453,1	414,8	490,8	435,6	418,0	335,5	
* Enderzeugnisse	"	1 754,6	1 920,9	1 904,8	1 812,6	1 951,8	2 005,6	1 856,1	
Unter den Fertigwaren waren											
chemische Erzeugnisse	"	661,4	698,1	605,3	671,0	767,3	660,8	637,7	
Maschinen	"	378,3	412,4	447,5	401,6	378,3	415,3	408,4	
Fahrzeuge	"	299,5	331,6	306,4	284,7	349,2	376,3	303,4	
elektrotechnische Erzeugnisse	"	289,8	310,9	316,4	348,2	305,3	349,5	295,1	
Eisen- und Metallwaren	"	195,5	202,8	193,9	183,1	177,4	201,1	189,9	
davon nach											
* Europa	"	1 729,4	1 823,9	1 718,1	1 771,4	1 915,6	1 909,2	1 692,0	
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 310,2	1 381,5	1 296,0	1 373,9	1 499,8	1 471,7	1 287,7	
* Afrika	"	40,6	47,3	46,1	55,1	40,8	54,1	41,8	
* Amerika	"	376,8	371,0	402,8	366,1	349,5	322,5	306,2	
* Asien	"	333,8	360,0	363,3	348,2	321,1	360,7	367,8	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	23,4	33,6	27,6	30,3	33,2	31,6	35,5	
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 481,1	4 250,2	5 517,0	4 920,4	4 264,8	4 209,0	3 812,4	
davon	"										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	176,9	189,7	183,6	180,7	159,8	244,1	181,4	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 304,1	4 060,5	5 333,4	4 739,7	4 105,1	3 964,9	3 631,0	
davon	"										
* Rohstoffe	"	52,4	46,2	59,8	48,8	50,2	44,5	31,1	
* Halbwaren	"	404,2	386,4	480,8	458,1	368,8	301,3	268,5	
* Fertigwaren	"	3 847,5	3 628,0	4 792,9	4 232,7	3 686,1	3 619,1	3 331,4	
davon	"										
* Vorerzeugnisse	"	444,5	458,8	489,8	442,8	460,7	522,2	378,3	
* Enderzeugnisse	"	3 403,1	3 169,2	4 303,0	3 789,9	3 225,4	3 096,9	2 953,1	
davon aus											
* Europa	"	2 668,5	2 764,7	3 487,5	2 857,9	2 690,9	2 787,3	2 668,9	
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 070,6	2 134,7	2 778,0	2 233,6	2 054,1	2 101,5	2 118,1	
* Afrika	"	106,3	91,0	145,0	123,0	81,7	81,1	70,8	
* Amerika	"	809,4	662,6	905,5	1 038,8	770,2	557,1	505,1	
* Asien	"	889,6	724,5	970,8	890,6	713,6	778,0	562,4	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	7,4	8,2	10,1	8,5	5,5	5,2	
TOURISMUS ³⁾											
* Gästeankünfte	1000	816	813	596	672	674	782	590	663	670	
* darunter von Auslandsgästen	"	211	200	138	180	172	151	130	175	162	
* Gästeübernachtungen	"	2 138	2 136	1 581	1 802	1 787	1 882	1 525	1 731	1 729	
* darunter von Auslandsgästen	"	409	388	266	400	370	283	243	381	352	
Gästeübernachtungen nach Berichts-											
gemeindegruppen:											
Heilbäder	"	644	643	504	535	557	579	496	518	541	
Luftkurorte	"	131	124	96	79	81	90	83	77	82	
Erholungsorte	"	98	98	69	54	62	55	67	49	61	
Sonstige Gemeinden	"	1 265	1 270	912	1 133	1 087	1 158	879	1 086	1 046	
darunter Großstädte	"	575	575	436	590	538	555	420	569	525	
VERKEHR											
Binnenschifffahrt											
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 188	1 179	1 339	1 322	1 061	
davon	"										
* Güterversand	"	226	213	223	236	212	256	185	
* Gütereingang	"	1 124	1 037	965	942	1 127	1 066	877	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2001 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000	2001				2002	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Feb.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	30 577	30 179	24 527	25 610	27 867	27 356	21 861	27 453	26 744
darunter										
* Personenkraftwagen ²⁾	"	26 145	26 040	21 276	22 922	23 393	24 882	19 605	25 506	23 789
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 868	1 745	1 521	1 325	1 476	1 557	1 425	1 180	1 159
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 998	1 791	1 143	873	2 588	420	299	380	1 378
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	287	298	387	302	245	304	320	231	248
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 097	3 095	3 134	2 814	2 449	3 479	2 886	10 791	10 867
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 252	2 186	1 936	1 662	2 451	1 959	1 634	1 968
* Getötete Personen	"	45	43	60	41	39	43	36	19	40
* Verletzte Personen	"	3 031	3 036	2 941	2 647	2 271	3 301	2 738	2 230	2 710
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	130 334	.	.	.	124 696	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	39 083	38 805	128 906	.	.	.	123 488	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	478	431	1 428	.	.	.	1 208	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 208	71 078	.	.	.	70 757	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 432	19 596	57 228	.	.	.	59 100	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 970	4 612	13 850	.	.	.	11 657	.	.
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	132 801	.	.	.	254 473	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁵⁾	"	32 949	67 519	111 251	.	.	.	218 669	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	8 209	14 321	21 550	.	.	.	35 804	.	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾	Mill. EUR	490 216	546 660	501 815	.	.	.	559 889	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	399 113	415 013	401 236	.	.	.	426 563	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	"	66 702	71 101	64 529	.	.	.	74 471	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	332 411	343 912	336 707	.	.	.	352 092	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	378 514	435 068	387 966	.	.	.	445 197	.	.
Insolvenzen										
* Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	224	320	250	271	280	426	...
darunter mangels Masse abgelehnt	"	123	122	113	180	99	127	88	139	...
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	"	153	167	140	196	151	179	173	206	...
* von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe	"	24	29	15	37	18	33	33	81	...
* von Verbrauchern	"	58	73	69	87	81	59	74	139	...
* Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 028	246 041	178 278	191 076	136 454	178 260	639 090	145 669	...
GEWERBEANZEIGEN ⁹⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 360	5 303	4 800	6 618	5 573	5 007	4 685	5 974	5 139
* Gewerbeabmeldungen	"	4 783	4 762	5 542	6 600	5 188	4 626	5 313	6 005	4 681
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	107,6	108,1	108,8	109,2	109,2	110,4	110,7
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,4	105,1	101,4	102,7	103,2	105,2	105,5	107,7	107,5
Bekleidung, Schuhe	"	104,0	104,1	104,2	104,1	104,1	104,3	104,2	104,7	104,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹⁰⁾	"	110,7	113,5	112,5	112,5	112,7	113,7	113,6	114,6	114,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹¹⁾	"	102,1	102,8	102,1	102,2	102,5	103,4	103,4	103,8	103,8
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	113,9	117,4	113,6	115,2	117,5	116,2	115,4	116,8	117,9
Nachrichtenübermittlung	"	84,3	82,1	83,6	83,4	83,4	81,8	81,8	81,9	81,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	104,9	106,6	105,4	105,6	107,4	106,1	106,6	106,4	108,3
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	103,7	104,6	103,1	103,0	103,4	103,8	104,2	106,1	107,1
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	107,0	107,5	108,2	108,8	108,8	110,0	110,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹²⁾	1995 = 100	100,2 ¹³⁾	100,2 ¹³⁾	.	.	102,1	.	102,4	.	102,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufende Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 10) Und andere Brennstoffe. — 11) Sowie deren Instandhaltung. — 12) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 13) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000	2001				2002		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	3 553,2	3 471,6	5 765,7	4 050,6	3 413,8	2 355,1	5 298,6	4 065,7	3 068,6	
davon	-	3 129,5	3 014,8	5 122,4	3 667,8	2 958,3	1 971,4	4 678,9	3 694,4	2 575,4	
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	2 420,5	1 651,2	1 396,5	1 296,9	2 361,1	1 565,1	1 406,8	
davon	-	76,5	64,1	519,4	- 41,1	- 69,6	- 106,5	546,0	- 45,6	- 119,1	
Lohnsteuer ²⁾	-	227,8	256,6	82,7	421,0	127,3	78,4	150,3	529,0	38,8	
veranlagte Einkommensteuer	-	224,9	285,7	270,7	662,5	348,5	226,0	224,4	703,2	355,5	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	235,7	15,1	922,3	112,4	- 15,1	- 529,5	511,9	- 30,7	- 96,7	
Zinsabschlag ²⁾	-	716,8	745,4	702,0	727,8	1 013,2	864,0	741,6	853,2	861,6	
Körperschaftsteuer ²⁾	-	160,6	154,2	204,8	134,0	157,7	142,1	143,7	120,1	128,5	
Umsatzsteuer	-	249,5	278,4	422,6	209,7	301,9	237,6	428,7	225,8	352,9	
Einfuhrumsatzsteuer	-	31,5	41,9	66,0	8,5	22,7	44,1	96,1	20,5	25,9	
Bundessteuern	-	57,3	67,9	21,5	38,8	186,4	53,2	16,0	57,1	205,6	
darunter	-	13,2	11,5	15,1	13,3	12,4	11,5	8,9	7,9	8,8	
Mineralölsteuer	-	130,5	141,3	112,8	183,0	137,8	115,2	106,0	149,7	100,2	
Versicherungssteuer	-	5,7	3,3	5,1	6,2	1,7	3,4	2,1	4,2	0,7	
Zölle ³⁾	-	21,7	23,6	21,8	56,0	17,5	16,0	20,3	18,7	2,3	
Landesteuern	-	43,2	43,5	39,4	37,9	47,4	32,2	38,0	39,9	35,7	
darunter	-	44,3	53,2	35,9	65,2	47,6	46,4	33,0	71,1	45,3	
Vermögensteuer	-	30,5	26,5	92,9	- 23,4	3,4	19,3	76,0	- 12,1	31,2	
Erbschaftsteuer	-										
Grunderwerbsteuer	-										
Kraftfahrzeugsteuer	-										
Gewerbsteuerumlage	-										
		2000	2001	2000			2001				
		Durchschnitt ⁴⁾		Jan.	Sept.	Dez.	März	Jan.	Sept.	Dez.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 609,7	1 621,4	1 609,7	1 723,9	2 052,4	994,4	1 543,6	1 427,6	3 947,5	
davon	-	4,3	3,8	4,4	5,1	3,5	4,3	4,2	5,2	6,7	
Grundsteuer A	-	150,8	185,3	171,6	164,6	123,7	150,0	171,4	170,7	249,3	
Grundsteuer B	-	742,2	648,7	764,3	886,7	645,1	683,8	624,6	603,0	1 286,2	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	621,6	844,0	578,9	580,5	1 129,9	136,4	656,0	563,8	2 019,9	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	17,2	19,3	19,4	17,3	13,4	15,5	17,3	17,4	26,9	
andere Steuern ⁵⁾	-										
		2000	2001	2000			2001				
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
VERDIENSTE ⁷⁾											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 418	2 438	2 408	2 444	2 431	2 398	2 443	2 454	2 438	
* Männliche Arbeiter	-	2 501	2 520	2 490	2 529	2 516	2 480	2 527	2 535	2 519	
darunter Facharbeiter	-	2 656	2 674	2 641	2 690	2 672	2 638	2 684	2 693	2 667	
* Weibliche Arbeiter	-	1 857	1 883	1 845	1 873	1 865	1 864	1 873	1 899	1 885	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 734	1 755	1 723	1 753	1 737	1 739	1 749	1 768	1 755	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,74	14,89	14,69	14,81	14,77	14,80	14,93	14,93	14,86	
* Männliche Arbeiter	-	15,21	15,36	15,16	15,28	15,24	15,30	15,42	15,39	15,31	
darunter Facharbeiter	-	16,36	16,48	16,29	16,45	16,35	16,45	16,57	16,54	16,40	
* Weibliche Arbeiter	-	11,49	11,66	11,43	11,56	11,52	11,50	11,59	11,74	11,70	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,62	10,72	10,58	10,69	10,62	10,61	10,66	10,78	10,76	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾	-	3 500	3 586	3 477	3 507	3 528	3 539	3 562	3 588	3 618	
* männlich	-	3 757	3 843	3 730	3 767	3 787	3 794	3 818	3 846	3 876	
* weiblich	-	2 778	2 863	2 758	2 784	2 803	2 825	2 839	2 865	2 891	
* kaufmännische Angestellte	-	3 325	3 385	3 309	3 330	3 354	3 348	3 369	3 383	3 412	
* technische Angestellte	-	3 656	3 765	3 627	3 667	3 684	3 708	3 733	3 772	3 802	
* In Handel ⁹⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe	-	2 936	3 060	2 930	2 931	2 968	2 999	3 033	3 070	3 095	
* männlich	-	3 238	3 380	3 235	3 225	3 272	3 312	3 353	3 392	3 415	
* weiblich	-	2 514	2 617	2 505	2 518	2 542	2 566	2 593	2 624	2 649	
* kaufmännische Angestellte	-	2 950	3 077	2 948	2 945	2 980	3 018	3 050	3 087	3 111	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe	-	3 163	3 270	3 151	3 163	3 193	3 217	3 244	3 276	3 303	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 9) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 85. Jg. (2001); Heft 4, ca. 120 Seiten, kartoniert; Einzelheft 64,20 DM, Jahresband (4 Hefte) 214,00 DM; Physica-Verlag, Heidelberg, 2001.



Das „Archiv“ enthält folgende Abhandlungen: Aggregation and seasonal adjustment: Empirical results for EMU quarterly national accounts (K. Rietzler, S. Stephan u. J. Wolters); Estimating time series models for count data using efficient importance sampling (R. C. Jung u. R. Liesenfeld); Item non-response and inequality measurement: Evidence from the German earnings distribution (M. Blewien); ASN-optimal double sampling plans for attributes (R. Eichwede u. W. Krumbholz); Local correlation with moderator variable (K. Abberger); die „Rundschau“ enthält u. a. folgende Beiträge: Was ist neu am Data Mining? — Einige Anmerkungen zur „neuen“ Datenanalyse aus Sicht der Statistik (A. Kladroba); Zur Neugestaltung der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (W. Krug u. N. Ernst). 4659/84

Speyerer Sozialrechtsgespräche 1991—2000

Von D. Merten, Heft 85 der „Sozialpolitischen Schriften“, IX und 691 Seiten, kartoniert, 100,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Als die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und die Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz im Jahre 1991 das Speyerer Sozialrechtsgespräch (SSG) ins Leben riefen, verfolgten sie das Anliegen, Wissenschaft, Praxis und Politik zusammenzuführen, um aktuelle sozialversicherungsrechtliche Probleme und Themen aufzugreifen und sie aus unterschiedlicher Sicht zu erörtern. Es sollte eine Einrichtung geschaffen werden, die sich mit der Fortentwicklung der Sozialversicherung, insbesondere der Rentenversicherung, auseinandersetzt und sie konstruktiv begleitet. In den folgenden Jahren wurden Brennpunkte des Sozialversicherungsrechts — schwerpunktmäßig die Alterssicherungssysteme — von namhaften Referenten dargestellt und anschließend diskutiert. Der vorliegende Sammelband fasst die Referate der ersten Dekade der Sozialrechtsgespräche zusammen und gewährt damit einen Überblick über Themen, die das Sozialversicherungsrecht in den vergangenen zehn Jahren geprägt haben und auch für die Zukunft von Bedeutung sein werden. Bei der Eröffnungsveranstaltung im Jahre 1991 standen die Rückwirkungen des europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Sozialversicherungsrecht auf der Tagesordnung. 1992 lenkten die Veranstalter die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die soziale Sicherung in den neuen Bundesländern, ein Jahr später auf die soziale Sicherung der Frauen in Deutschland. Im anschließenden SSG (1994) widmeten sich die Veranstalter der Regionalisierung der Rentenversicherung. In den folgenden Jahren wurden die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme (gesetzliche Rentenversicherung und betriebliche Altersversorgung) und die aus der Frühverrentung erwachsenden Probleme für die Rentenversicherung (1996) behandelt. In den Jahren 1997 und 1998 wurden mit der Finanzierung der Sozialversicherung und den Problemen einer Ausweitung der Sozialversicherungspflicht grundlegende Fragen erörtert. Das folgende SSG widmete sich der Reform der Hinterbliebenenrenten (1999). Die aktuelle Entwicklung im Jahr 2000 mündete bei dem nunmehr 10. SSG in die Frage „Altersversorgung am Wendepunkt?“ Diesem Themenbereich waren 4 Referate gewidmet: „Verfassungsauftrag Altersversorgung?“ von D. Merten, „Zur Entwicklung der Altersstruktur in Deutschland“ von J. Hahlen, „Modelle obligatorischer oder freiwilliger zusätzlicher Alterssicherung in Europa“ von H.-J. Reinhard und „Neugestaltung der Rentenformel?“ von F. Ruland. 7065

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM FEBRUAR 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen)
 – auf Diskette lieferbar,  – auf CD-ROM lieferbar

Statistische Berichte

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 2001; (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 2/01); (K)	3,00 Euro
 , Excel	3,00 Euro
Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (A I 1 mit A I 2, A I 4, A II 1, A III 1, A V 1, A V 2 - hj 1/01); (G)	6,00 Euro
Schlachtungen in Hessen im Dezember 2001; (C III 2 - m 12/01)	2,50 Euro
Schlachtungen in Hessen im Jahr 2001; (C III 2 - j/01); (K)	3,00 Euro
Viehbestände in den landwirtschaftlichen Betrieben im Mai 2001; (C III 1-1 - 2j/01); (K)	3,00 Euro
Die Getreide- und Kartoffelernte in Hessen 2001; (C II 1 - j/01 - 1)	2,50 Euro
Die Ernte von Rüben, Ölfrüchten, Hülsenfrüchten und Körnermais in Hessen 2001; (C II 1 - j/01 - 2)	2,50 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2001; (E I 3 - m 12/01)	4,00 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Dezember 2001 (Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E I 1 - m 12/01); (K)	3,00 Euro
 , Excel	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2001; (E I 1 - m 12/01); (K)	4,00 Euro
 , Excel	4,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Oktober 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 10/01)	3,00 Euro
 , Excel	3,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 10/01)	3,00 Euro
 , Excel	3,00 Euro
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im November 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 11/01); (G)	5,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im November 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 11/01); (K)	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Dezember 2001 und im Jahr 2001 (Vorauswertung); (H I 1 - m 12/01); (K)	2,50 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im November 2001; (H II 1 - m 11/01); (H)	3,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Januar 2002; (M I 2 - m 01/02)	4,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen der Verbraucherpreise in Hessen für die Jahre 1998 bis 2001; (M I 2 - j/01)	4,00 Euro
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im November 2001; (M I 4 - vj 4/01)	3,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Februar 2002; (M I 2 - m 2/02)	4,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 86. Jg. (2002); Heft 1, ca. 120 Seiten, kartoniert, Jahresband (4 Hefte) 112,15 Euro; Physica-Verlag, Heidelberg, 2002.

Das „Archiv“ enthält folgende Abhandlungen: Econometric analysis of financial transaction data: Pitfalls and opportunities (N. Hautsch u. W. Pohlmeier); Simultaneous modeling of price processes and transaction intensities (J. Grammig u. R. Hujer); Value-at-risk and asset allocation with stable return distributions (S. Mittnik, S. Rachev u. E. Schwartz); Portfolio diversification effects and regular variation in financial data (N. Hyung u. C. G. De Vries); Long memory vs. structural change in financial time series (W. Krämer, P. Sibbertsen u. C. Kleiber); Using scenario analysis for risk management (R. Zagst); die „Rundschau“ enthält u. a. folgenden Beitrag: Saisonbereinigung des Statistischen Bundesamtes im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (S. Hauf). 4659/85



Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung

Anforderungen und Möglichkeiten zur Optimierung des Erläuterungsberichts zur kommunalen Jahresrechnung. Von D. Fricke u. E. Goebel, 2. Auflage, IV und 154 Seiten, kartoniert, 47,50 DM, Verlag Goebel, Halsa, 1997.

Zu den retrograden Publizitätspflichten der Kommunen gehört gemäß § 38 der Gemeindehaushaltsverordnung der Erläuterungsbericht (Rechenschaftsbericht) zur Jahresrechnung. Der kommunalen Jahresrechnung, als umfassendem Abschluss der Kasse und der Haushaltsrechnung, kommt formell die gleiche Bedeutung zu wie dem Jahresabschluss kaufmännisch geführter Unternehmen. Der Erläuterungsbericht einer Kommune kann daher mit den Geschäftsberichten publizitätspflichtiger Unternehmen verglichen werden und soll den öffentlichen Gremien und der Öffentlichkeit einen Überblick über das Rechnungsergebnis und die für sein Zustandekommen wichtigen Tatbestände geben. Es fehlt allerdings an allgemein gültigen Vorschriften zur Gestaltung der Erläuterungsberichte und die Kommunen nutzen den ihnen damit eingeräumten Spielraum durchaus auch zu Lasten verzerrungsfreier Darstellungen ihrer Haushaltslage aus. Anliegen dieses Buches ist es vor diesem Hintergrund, neben einer grundlegenden Darlegung der Intention des Erläuterungsberichts und der Auseinandersetzung mit seinen theoretischen Grundlagen, Wege aufzuzeigen, wie die nominellen Anforderungen nach Vollständigkeit, Verständlichkeit und Übersichtlichkeit der Erläuterungsberichte von den Kommunen optimal umgesetzt werden können. Hierzu wird anhand der Untersuchung einer bundesweiten Auswahl von Erläuterungsberichten von Gemeinden, Städten und Landkreisen analysiert, wie und wie unterschiedlich die Kommunen die Aufgabe „Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung“ handhaben. Für die praktische Arbeit an den Erläuterungen zur Jahresrechnung bietet dieses Buch daher mit seiner Fülle an Informationen und Anregungen eine gute Unterstützung und Erleichterung.

7005

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MÄRZ 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen)
 – auf Diskette lieferbar,  – auf CD-ROM lieferbar

Statistische Berichte

Erwerbstätige in Hessen und in Deutschland 1991 bis 2001; (A VI 6/S - j/1991-2001)  , Excel	4,00 Euro 4,00 Euro
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2001 Stand: 3. September 2001 (Vorbericht, vorläufige Ergebnisse); (B I 1 - j/01); (K)  , Excel	3,00 Euro 3,00 Euro
Der endgültige Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf im Jahr 2001; (C I 3 - j/01)	2,50 Euro
Die Bodennutzung in Hessen 2001; (C I 1 - j/01); (K)	3,00 Euro
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Jahr 2001; (C III 3 - j/01); (K)	2,50 Euro
Großenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen 2001; (C IV 7 - j/01); (K)	3,00 Euro
Gemüseernte im Verkaufsanbau in Hessen 2001; (C II 2 - j/01)	2,50 Euro
Obsternte im Verkaufsanbau in Hessen 2001; (C II 3 - j/01)	2,50 Euro
Schlachtungen in Hessen im Januar 2002; (C III 2 - m 1/02)	2,50 Euro
Die bestockten Rebflächen in Hessen 2001; (C I 5 - j/01)	2,50 Euro
Die Weinerzeugung 2001; (C IV 8 - j/01)	2,50 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - j/01); (K)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Dezember 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 12/01)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im November 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 11/01)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Dezember 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 12/01)	3,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im November 2001; (Vorläufige Ergebnisse) (G III 1 - m 11/01)  , Excel	3,00 Euro 3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 11/01)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Dezember 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/01)  , Excel	3,00 Euro 3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Dezember 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 12/01); (K)	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Januar 2002 (Vorauswertung); (H I 1 - m 1/02); (K)	2,50 Euro
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1998; (Q I 1 - 3j/98); (K)	3,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden

Hessischer Umwelt-Monitor



**HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE**

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



**HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT**

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 2

April 2002

6. Jahrgang

I n h a l t

- ◆ Analytik und Ergebnisbewertung von Boden- und Altlastenproben 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Analytik und Ergebnisbewertung von Boden- und Altlastenproben

Einführung

Für die analytische Untersuchung von Proben aus dem Altlastenbereich gibt es derzeit nur wenige genormte oder standardisierte Analyseverfahren. Dies hat zur Folge, dass viele verschiedene laboreigene Verfahren angewandt werden. Die Ergebnisse, die mit diesen unterschiedlichen Verfahren erhalten werden, sind jedoch so nicht vergleichbar, da z. B. unterschiedliche Probenvorbereitungen, Extraktionstechniken oder Mengenverhältnisse gewählt werden. Abhängig von der angewandten Methode weichen daher die erhaltenen Analyseergebnisse unterschiedlich stark voneinander ab und erschweren oder verhindern gar eine Entscheidungsfindung. Eine Prüfwertüberwachung ist objektiv nicht möglich.

Die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)

Mit Inkrafttreten des BBodSchG und der BBodSchV wurden erstmals Anforderungen für die Untersuchung von Boden / Altlasten durch eine Rechtsverordnung des Bundes definiert [1, 2].

Im Anhang 1 der BBodSchV werden Anforderungen an die Probenahme, Analytik und Qualitätssicherung bei der Untersuchung von Boden- und Altlastenproben festgelegt. Die Beprobungstiefe wird nutzungsspezifisch festgelegt (Anhang 1, Tab. 1 BBodSchV), und es werden Verfahren für die Elution mit Wasser vorgegeben (Anhang 1, Tab. 2). Als Aufschlussverfahren für die Bestimmung der **anorganischen Schadstoffe** wird der Königswasserextrakt nach DIN ISO 11466 festgelegt. Die Bestimmungsmethoden sowohl aus Wasserproben als auch aus dem Königswasserextrakt sind in Anhang 1, Tabelle 4 vorgeschrieben. Da es sich aber nur um einen eingeschränkten Parametersatz handelt, bleibt noch offen, wie die anderen altlastenrelevanten Parameter zu untersuchen sind.

Die Untersuchung von **organischen Schadstoffen** erfolgt anders als die der anorganischen Schadstoffe, da hierbei kein Aufschlussverfahren angewandt werden kann. Die organischen Schadstoffe müssen unverändert aus dem Probenmaterial isoliert werden. Daher gibt es für diesen Arbeitsschritt eine große Vielfalt von Probenvorbereitungsmethoden und Analysevarianten für einzelne Verbindungen und Verbindungsgruppen.

In der BBodSchV werden nun für einige Parameter Untersuchungsverfahren vorgeschlagen (Anhang 1, Tab. 5). Da in diesem Bereich die Standardisierung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist, werden für einzelne Parametergruppen mehrere Verfahren genannt. Für die Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK) werden z. B. vier verschiedene Verfahren aufgeführt, unter anderem das Verfahren des HUG [3]. Leider sind einige wichtige Parameter wie die **Mineralölkohlenwasserstoffe (MKW)**, die **leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffe (LHKW)** oder die **aromatischen Kohlenwasserstoffe (BTEX)** nicht in dieser Tabelle enthalten.

Laboranalytik bei Altlasten

— Stoffsammlung —

Im Rahmen der 42. Umweltministerkonferenz (UMK) wurde 1994 der Beschluss gefasst, dass Vorschläge für eine länderübergreifende Einrichtung und Vereinheitlichung eines Qualitätssystems für Altlastenleistungen erarbeitet werden sollen [4].

Als Reaktion auf diesen Beschluss wurde vom Altlastenausschuss (ALA) der LABO (früher LAGA) 1995 die Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung“ gegründet. Diese Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern der Landesämter/-anstalten sowie einem Vertreter des UBA zusammen.

Die sehr umfangreiche Aufgabe wurde in einzelne Teilthemen untergliedert, die von den verschiedenen Bundesländern bearbeitet werden. Durch das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie als Vertreter des Landes Hessen wird das Thema „Chemische analytische Untersuchungen von Altlastenproben — Laborverfahren“ bearbeitet.

Zur Bearbeitung des hessischen Teilthemas wurde eine Vielzahl von Unterlagen auch aus dem internationalen Bereich gesichtet und ausgewertet. Das Ergebnis dieser ersten Phase wurde in der Schriftenreihe der HLFU veröffentlicht und inzwischen überarbeitet und aktualisiert [5].

Diese Unterlage: „Laboranalytik bei Altlasten — Stoffsammlung“ gibt einen Überblick über die zur Zeit vorhandenen Analyseverfahren für einzelne Parameter in den jeweiligen Umweltkompartimenten. Zusätzlich wird eine Bewertung vorgenommen, ob diese Verfahren für den Bereich der Altlastenbearbeitung **prinzipiell** geeignet sind.

Bewertung der Untersuchungsverfahren

Für die **Untersuchung von Wasser** existiert eine Vielzahl von genormten Verfahren. Es muss jedoch berücksichtigt werden, für welchen Anwendungsbereich das Verfahren entwickelt wurde. Die existierenden DIN-Normen wurden häufig für die Untersuchung von Trink- und Rohwasser entwickelt und sind daher für belastete Wässer nicht immer in vollem Umfang geeignet.

Bei der **Untersuchung von Boden** herrscht trotz der BBodSchV ein großer Mangel an geeigneten Verfahren, vor allem für die Untersuchung von organischen Schadstoffen.

Für die Untersuchung **von Bodenluft** liegt mit der VDI-Richtlinien-Reihe 3865 „Messen organischer Bodenverunreinigungen“ [6] ein geeignetes Instrumentarium vor.

Das Fachgremium Altlastenanalytik

Bereits im Jahr 1995 wurde in der Hessischen Landesanstalt für Umwelt (HLFU) — heute Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) — das **Fachgremium Altlastenanalytik (FGAA)** gegründet. Hintergrund hierfür

war, dass es in Hessen auf dem Gebiet der Analytik von Altlastenproben sehr große Defizite gab. Altlastenproben wurden sehr häufig völlig unqualifiziert einfach „analog“ zu Wasserproben analysiert. Dies stellt vor allem ein Problem bei der Untersuchung von Feststoffproben auf organische Substanzen dar, da spezielle Anforderungen für die Untersuchung der Bodenmatrix völlig außer Acht gelassen wurden.

Das Fachgremium Altlastenanalytik soll praxistaugliche, durch Verfahrenskenngrößen charakterisierte und validierte Analysenverfahren zur Untersuchung von organischen Schadstoffen in Feststoffen erarbeiten. Diese Analysenverfahren sollen den Verwaltungsvollzug vereinheitlichen und dadurch sowohl Grundlagen für eine einheitliche Beurteilung von Analyseergebnissen als auch zur Vergabe von Untersuchungsleistungen schaffen.

Um diese Aufgabenstellung sachgerecht bearbeiten zu können, wurde vom HLUG eine behördliche Lenkungsgruppe und eine fachliche Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Die Lenkungsgruppe besteht aus Vertretern der acht Staatlichen Umweltämter (RPU), ehemals Wasserwirtschaftsämter (WWA)/Regierungspräsidien. Parallel hierzu gibt es ein Gremium von im staatlichen Bereich experimentell tätigen Fachleuten, die die verschiedenen Analy-

senverfahren erarbeiten. Das HLUG koordiniert und steuert die Arbeiten, vergibt Aufträge zur Durchführung von Ringversuchen und leistet die redaktionellen und organisatorischen Arbeiten.

Da sich das Fachgremium Altlastenanalytik nicht allen Problemen gleichzeitig widmen konnte, wurde die Lenkungsgruppe gebeten, eine Prioritätensetzung vorzunehmen (Tab. 1).

Die von der Projektleitungsgruppe (ehemals WWA und RP) aufgestellte Prioritätenreihenfolge spiegelt die industriellen/gewerblichen Aktivitäten der vergangenen Jahrzehnte wider:

1. **Mineralölkohlenwasserstoffe** (Tankstellen)
2. **Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe** (Gaswerksstandorte)
3. **BTEX/LHKW** (Chemische Reinigungen)
4. **Rüstungsaltslasten**
(Sonderfall: In Hessen liegen zwei der größten ehemaligen Sprengstoffwerke Deutschlands.)

Die anderen aufgeführten Substanzgruppen haben für den Altlastenbereich keine größere Relevanz und werden nur in Einzelfällen untersucht.

Tab. 1: Häufigkeit der Bearbeitungsfelder im Verwaltungsvollzug des Landes Hessen

WWA/ RP ¹	MKW	BTEX	PAK	LHKW	Phenole	PCDD/ PCDF	PCB	Schwer flüchtige MKW	HCH	Rüstungs- altslasten
A	ca. 90 %	±?	6 %	4 %	-	-	±	?	-	-
B	80-90 %	zunehmend -3 %	5 %	5 %	±	±	-	±	-	-
C	80 %	-5 %	3 %	12 %	-	±	-	-	I	-
D	80 %	3 %	10 %	3 %	Cl- Phenole	±I	-	-	-	-
E	80 %	3 %	-10 %	-15 %	±	±	-	Abfall	-	-
F	40 %	20 % + Bodenluft	-10 %	20 % + Bodenluft	±	±	-	20 %	-	I
G	80 %	3-4 %	10 %	5 %	-	±	-	-	-	-
H	1.	3.	2.	±	±	±	-	-	-	4. I

¹ anonymisiert ± = Einzelfälle; I = Spezialfall

Ergebnisse

Als erstes Analysenverfahren wurde im Jahr 1998 das Verfahren zur „Bestimmung von Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen in Feststoffen aus dem Altlastenbereich“ [3] veröffentlicht. Noch im gleichen Jahr wurde das zweite Verfahren „Bestimmung von Mineralölkohlenwasserstoffen in Feststoffen aus dem Altlastenbereich (vorläufige Methode)“ [7] verabschiedet. Hierbei handelt es sich um eine vorläufige Methode, da immer noch das Extraktionsmittel 1,1,2-

Trichlortrifluorethan verwendet wird. Diese Methode wurde im Jahr 2001 durch eine „modernere“ Methode ersetzt, die ohne dieses Extraktionsmittel auskommt. Dabei handelt es sich um ein völlig anderes Bestimmungsprinzip für Mineralölkohlenwasserstoffe durch GC-MS [8]. Durch dieses neue Bestimmungsverfahren wird gleichzeitig eine andere Teilgruppe von Substanzen als bisher erfasst.

Die dritte Stoffgruppe, die leichtflüchtigen Verbindungen sowohl aus der Reihe der LHKW als auch aus der Reihe der BTEX, wurde parallel zu der Weiterentwicklung der MKW-Methodenvorschrift bearbeitet. **Das Analysenverfahren für die Bestimmung von BTEX/LHKW in Feststoffen aus dem Altlastenbereich** wurde bereits Anfang des Jahres 2000 über einen arbeitskreisinternen Ringversuch validiert und veröffentlicht [9]. Bei der Erarbeitung dieser Verfahrensvorschrift wurden erfolgreich bereits zwei arbeitskreisinterne Ringversuche durchgeführt. Dies stellt ein Novum dar, da es zum erstenmal gelungen ist, Ringversuche mit diesen schwierigen Substanzklassen (Verbindungen mit sehr niedrigem Siedepunkt) mit dotierten, homogenisierten und geteilten Bodenproben durchzuführen.

Ein externer Ringversuch wurde im 4. Quartal 2000 erfolgreich durchgeführt. Damit steht auch für diese wichtige Verbindungsklasse erstmals ein validiertes Bestimmungsverfahren zur Verfügung.

Der vierte Themenschwerpunkt, der von der Lenkungsgruppe genannt wurde, war die **Untersuchung von Sprengstofftypischen Verbindungen in Feststoffen**. Bei diesen Verbindungen handelt es sich jedoch nicht um eine einheitliche Stoffklasse. Da die Vor- und Abbauprodukte für die Herstellung von Trinitrotoluol (TNT) ebenfalls bestimmt werden müssen, sind mehrere Stoffgruppen zu untersuchen (leichtflüchtige Nitroaromaten, dinitrierte und trinitrierte Aromaten und Aminonitrotoluole). Andere Sprengstoffe wie Pikrinsäure und Hexogen werden nicht behandelt. Ein weiteres Problem ist es, dass es sich hierbei um eine sehr spezielle Analytik handelt, die nur von wenigen Laboratorien durchgeführt wird. Wegen dieser besonderen Situation wurde hier eine andere Vorgehensweise als bisher gewählt. Auf der Basis eines Methodenvergleichs, den die HLfU im Jahr 1997 durchgeführt hat [10], sowie der in Hessen gesammelten Erfahrungen mit einzelnen Methodenvarianten wurde eine geeignete Variante ausgewählt, modifiziert und durch zusätzliche experimentelle Arbeiten abgesichert. Die Validierung der Methode erfolgt hier im Prinzip auf Grund der Praxiserfahrungen der hessischen Auftragslaboratorien mit der Methode.

Auch diese Methode ist weitgehend abgeschlossen und wird voraussichtlich Ende des Jahres 2002 veröffentlicht [11].

Damit sind die für den Verwaltungsvollzug im Altlastenbereich des Landes Hessen wichtigsten Stoffgruppen bearbeitet. Es stehen für die wesentlichen Fragestellungen geeignete, robuste Verfahren sowie Qualitätsanforderungen zur Verfügung. Damit ist die Grundlage dafür gelegt, dass bei zukünftigen Ausschreibungen im Bereich der Altlastenuntersuchungen einheitliche analytische Mindestanforderungen mit einheitlichen Qualitätsstandards vorgegeben werden. Damit werden die angebotenen Leistungen vergleich- und bewertbar.

Bewertung von Analyseergebnissen

Ein Analysenverfahren wird gekennzeichnet durch die Präzision und die Richtigkeit des Verfahrens.

Ein Verfahren hat eine hohe **Präzision**, wenn bei mehrmaliger Durchführung des identischen Verfahrens an derselben Probe in kurzer Zeit die Messergebnisse nur wenig schwanken.

Ein Maß für die Präzision ist die Wiederholstandardabweichung (Schwankungen innerhalb eines Labors) und die Vergleichsstandardabweichung (Schwankungen bei einem Ringversuch mit mehreren Laboratorien).

Mit der **Richtigkeit** wird beschrieben, wie nahe das durch ein Verfahren gewonnene Messergebnis am wahren Wert liegt.

Als Problem tritt auf, dass der wahre Wert (der Gehalt einer realen Probe) nicht bekannt ist und auch nicht bestimmt werden kann. Um dennoch eine Aussage über die Richtigkeit eines Verfahrens zu bekommen, kann man den zu bestimmenden Stoff in einer definierten Menge zur Probe zugeben (dotieren). Dies wäre dann der richtige Wert. Bei Feststoffproben treten jedoch häufig Überlagerungen mit Bestandteilen in der Probenmatrix auf oder der Feststoff enthält den Stoff bereits in einer nicht bekannten Menge (Blindwert). Dies stellt im Bereich der Feststoffanalytik ein nicht zu lösendes Problem dar.

Beim konventionell richtigen Wert handelt es sich um den Mittelwert aller erhaltenen Messwerte aller Laboratorien in einem Ringversuch ohne die Ausreißer. Als Problem tritt hier auf, dass nicht bekannt ist, wer richtig gemessen hat, so dass u. U. ein hohes Ergebnis als Ausreißer eliminiert wird, obwohl es das richtigere ist.

PAK-Ringversuch des HLUG

Am Beispiel des PAK-Ringversuchs mit der HLfU-Methode [3] werden Wiederhol- und Vergleichsstandardabweichungen an einem realen Fall erläutert. An diesem Ringversuch waren 57 Laboratorien aus der ganzen Bundesrepublik beteiligt. Die in diesem Ringversuch erhaltenen Kenndaten (Wiederholvariationskoeffizient 4,5–5,5 %, Vergleichsvariationskoeffizient 25–27 %) stellen für diese Matrix und Fragestellung ein ausgezeichnetes Ergebnis dar. An einem Beispiel wird die aus einem Vergleichsvariationskoeffizienten von z. B. 20 % resultierende Bandbreite des Analyseergebnisses dargestellt.

MKW-Ringversuch des HLUG

Am Beispiel des internen MKW-Ringversuchs mit zwei verschiedenen Methoden — einmal mit IR („analog H 18“) und einmal mit GC-FID — wird gezeigt, wie die Methode das Messergebnis bestimmt (Tab. 2).

Ein Überblick über die z. Z. gültigen Analysenverfahren ist in der Anlage zusammengestellt.

Tab. 2: Vergleich der Ergebnisse der Ringversuche: MKW im Boden mit IR und mit GC-FID

Probe	Soll [mg/kg TR]	Referenz [mg/kg TR]	FGAA-IR			FGAA-GC-FID		
			MW [mg/kg TR]	± VR [%]	WFR [%]	MW [mg/kg TR]	± VR [%]	WFR [%]
A	—	208	165	45	—	871	42	—
B	1420	1013	745	26	52	1284	20	90
C	2750	2309	2017	24	73	2628	23	96

Zusammenfassung

Für die Untersuchung von Feststoffproben werden zwar in der BBodSchV Vorgaben gemacht, jedoch bleiben noch viele Lücken offen. Vor allem für die Untersuchung von organischen Parametern in Feststoffen liegen noch kaum standardisierte Verfahren vor.

Gerade für die besonders häufig in der Altlastenbearbeitung auftretenden Parameter MKW und BTEX/ LHKW werden in der BBodSchV keine Verfahren vorgeschlagen.

Hier kommt die in den letzten 5 Jahren geleistete Arbeit im Rahmen des Fachgremiums Altlastenanalytik (FGAA) zum Tragen. Durch das FGAA wurden für PAK, MKW, BTEX/LHKW und die Sprengstofftypischen Verbindungen Analysenverfahren erarbeitet und validiert.

Damit stehen für den Verwaltungsvollzug im Altlastenbereich des Landes Hessen geeignete und robuste Verfahren für die wesentlichen Fragestellungen zur Verfügung. In den einzelnen Verfahren sind zudem Qualitätsanforderungen enthalten. Damit ist die Grundlage dafür gelegt, dass bei zukünftigen Ausschreibungen im Bereich der Altlastenuntersuchungen einheitliche analytische Mindestanforderungen mit einheitlichen Qualitätsstandards vorgegeben werden. Die angebotenen Leistungen werden somit vergleich- und bewertbar.

Thomas Schmid

Literatur

- [1] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (BBodSchG), vom 24. März 1998, BGBl. Teil I, 16, S. 502, 1998.
- [2] Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), vom 16.07.99, BGBl. Teil I, 36, S. 1554, 1999.
- [3] Handbuch Altlasten, Band 7, Analysenverfahren — Fachgremium Altlastenanalytik, Teil 1: „Bestimmung von Polzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen in Feststoffen aus dem Altlastenbereich“, Hessische Landesanstalt für Umwelt, Wiesbaden 1998.
- [4] Standardisierung, Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle in der Altlastenbearbeitung, Altlasten-Annual 1999, HLFU, Wiesbaden 1999.
- [5a] Hessische Landesanstalt für Umwelt, Schriftenreihe: Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz, Heft 217, Laboranalytik bei Altlasten —Stoffsammlung —, Wiesbaden 1996.
- [5b] Aktualisierte Neuauflage, Wiesbaden Mai 2000.
- [6a] VDI 3865, Blatt 1, Messen organischer Bodenverunreinigungen; Messen leichtflüchtiger halogener Kohlenwasserstoffe; Messplanung für Bodenluft-Untersuchungsverfahren, Okt. 1992.
- [6b] VDI 3865, Blatt 2, Messen organischer Bodenverunreinigungen; Techniken für die aktive Entnahme von Bodenluftproben, Jan. 1998.
- [6c] VDI 3865, Blatt 3, Messen organischer Bodenverunreinigungen; Gaschromatographische Bestimmung von niedrigsiedenden organischen Verbindungen in Bodenluft nach Anreicherung an Aktivkohle oder XAD-4 und Desorption mit Lösungsmittel.
- [7] Handbuch Altlasten, Band 7, Analysenverfahren — Fachgremium Altlastenanalytik, Teil 2: „Bestimmung von Mineralölkohlenwasserstoffen in Feststoffen aus dem Altlastenbereich (vorläufige Methode)“, Hessische Landesanstalt für Umwelt, Wiesbaden 1998.

- [8] Handbuch Altlasten, Band 7, Analysenverfahren — Fachgremium Altlastenanalytik, Teil 3: „Bestimmung von Mineralölkohlenwasserstoffen mittels Kapillargaschromatographie in Feststoffen aus dem Altlastenbereich“, Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Wiesbaden 2001.
- [9] Handbuch Altlasten, Band 7, Analysenverfahren — Fachgremium Altlastenanalytik, Teil 4: „Bestimmung von BTEX/LHKW in Feststoffen aus dem Altlastenbereich“, Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Wiesbaden 2000.
- [10] Hessische Landesanstalt für Umwelt, Schriftenreihe: Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz, Heft 251, Abschlussbericht Methodenvergleich Rüstungsaltslasten, Wiesbaden 1998.
- [11] Handbuch Altlasten, Band 7, Analysenverfahren — Fachgremium Altlastenanalytik, Teil 5: „Bestimmung von ausgewählten sprengstofftypischen Verbindungen mittels Kapillargaschromatographie in Feststoffen aus dem Altlastenbereich“, Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Veröffentlichung geplant Ende 2002.

Anlage: Auflistung und Stand der MKW-Bestimmungsverfahren in Wasser, Boden, Abfall

Norm/Richtlinie	Titel	Stand
DIN 38409, Teil 17 = DEV H 17	Bestimmung von schwerflüchtigen, lipophilen Stoffen	Mai 1981, abgelöst durch ISO 9377-1
DIN 38409, Teil 18 = DEV H 18	Bestimmung von Kohlenwasserstoffen	02/1981, zurückgezogen 10/2000; abgelöst durch ISO 9377-2
DEV H 53 (Blaudruck)	Bestimmung des Kohlenwasserstoff-Index-Teil 4: Verfahren nach Lösemittelextraktion und Gaschromatographie	Vorschlag 1998, abgelöst durch „Gelbdruck“ ISO 9377-4
DEV H 53	identisch mit DIN EN ISO 9377-2	52. Lieferung der DEV 2/2002
DEV H 56 (Blaudruck)	Bestimmung von schwerflüchtigen, lipophilen Stoffen — Verfahren nach Lösemittelextraktion und Gravimetrie	Vorschlag 2000, abgelöst durch „Gelbdruck“ ISO 9377-1
ISO 9377-1	Wasserbeschaffenheit — Bestimmung des Kohlenwasserstoff- Index — Teil 1: Verfahren nach Lösemittelextraktion und Gravimetrie	Entwurf Feb. 2000 „Gelbdruck“
DIN EN ISO 9377-2	Wasserbeschaffenheit — Bestimmung des Kohlenwasserstoff- Index — Teil 2: Verfahren nach Lösemittelextraktion und Gaschromatographie	Juli 2001 DIN-EN-Version der ISO 9377-2, Okt. 2000
ISO/DIS 9377-4	Wasserbeschaffenheit — Bestimmung des Kohlenwasserstoff- Index — Teil 4: Verfahren nach Lösemittelextraktion und Gaschromatographie	Entwurf März 1999, abgelöst durch ISO 9377-2
ISO TR 11046	Soil quality — Determination of mineral oil content by infrared spectrometry and gas chromatographic method	1.6.1994
ISO DIS 16703	Soil quality — Determination of mineral oil content by gas chromatography	25. Okt. 2001
DIN EN 14039	Charakterisierung von Abfällen , Bestimmung des Gehalts an Kohlenwasserstoffen von C10 bis C40 mittels Gaschromatographie	Entwurf Dez. 2000
LAGA KW 85	Bestimmung des Gehaltes an Kohlenwasserstoffen in Abfällen	03/1993, zurückgezogen 2/2002

Handbuch Altlasten, Band 7 Analysenverfahren – Fachgremium Altlastenanalytik		
Teil 2	Bestimmung von Mineralölkohlenwasserstoffen in Feststoffen aus dem Altlastenbereich (vorläufige Methode)	3/1988, abgelöst durch Teil 3
Teil 3	Bestimmung von Mineralölkohlenwasserstoffen mittels Kapillargaschromatographie in Feststoffen aus dem Altlastenbereich	4/2001

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel
1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2000				2001			
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M. - Flughafen		11,6	10,8	5,27	15,9	17,4	7,70	4,67	13,9	18,1	10,8
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	765	-	279	137	227	122	-	178	251	-
Marburg- Lahnberge	"	726	829	167	148	246	164	231	203	214	180
Schotten- Eichelsachsen	"	866	957	179	127	343	217	255	196	241	265
Abfluss	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	13,9	13,3	30,0	10,7	7,57	7,20	18,1	13,0	8,03	13,9
Rotenburg/Fulda		22,6	24,8	42,5	12,3	13,5	21,9	46,1	22,0	10,1	20,8
ABlar/Dill		8,90	10,5	18,6	3,6	4,43	9,00	21,7	8,10	2,80	9,17
Marburg/Lahn	"	14,9	19,9	29,5	7,1	8,87	14,3	37,9	13,5	9,70	18,4
Hanau/Kinzig	"	10,1	13,0	18,4	5,27	5,30	11,2	24,6	10,0	4,70	12,5
Bad Vilbel/Nidda	"	10,2	14,7	15,6	5,30	6,83	13,0	28,4	11,5	5,50	13,5
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	151	158	169	192	139	103	177	199	139	158
Diemeltalsperre	"	15,0	14,0	16,3	17,5	14,5	11,7	16,5	19,5	14,6	14,0
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Messstelle: Bracht	"	257,84	258,20	258,20	258,06	257,78	257,63	258,09	258,78	258,17	257,76
Bauschheim	"	86,56	86,86	86,63	86,68	86,41	86,52	87,14	87,28	86,51	86,50
Lamperthelm	"	87,22	87,36	87,18	87,44	87,18	87,09	87,61	87,82	86,99	87,01
Beberbeck	"	225,28	224,59	225,29	225,77	225,32	224,75	224,53	224,88	224,62	224,33
Zell	"	314,21	314,49	314,32	314,34	314,12	314,04	314,26	314,79	314,63	314,28
Schwalbach	"	272,65	273,82	271,67	272,94	272,76	273,24	274,72	275,16	273,29	272,10
Kath. Willenroth	"	295,99	296,34	296,05	296,42	295,90	295,57	296,20	296,82	296,33	296,01
Langstadt	"	128,23	128,96	128,15	128,31	128,25	128,21	128,47	129,20	129,19	128,99
Weissenborn	"	214,27	213,71	214,85	215,82	214,07	212,34	213,46	215,44	213,86	212,07

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000				2001			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0</i>										
Abfluss	m³/s	253	388	186	129	155	402	300	116	217
Temperatur	Grad C	14	6,2	17,6	20,46	11,1	5,9	15,4	21	9,8
Sauerstoff	mg/l	10,4	12,1	8,6	6,9	9,9	12,4	11,3	6,8	10,9
pH		7,8	7,7	7,7	7,4	7,6	7,7	8	7,5	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,08	0,10	<0,07	<0,07	<0,07	0,1	0,09	<0,07	0,05
NO ₃ -N	mg/l	5,2	5,3	5,0	4,5	4,7	4,9	4,4	4,0	4,7
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,5	6	6,4	5,4	5,8	6,0	5,3	5,6	5,4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,10	0,08	0,13	0,08	<0,05	<0,05	0,07	0,08
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,19	0,19	0,18	0,23	0,20	0,22	0,14	0,21	0,18
Leitfähigkeit	mS/m	71	57	71	72	70	58	64	76	67
Chlorid	mg/l	53	39	51	56	51	41	42	60	48
TOC	mg/l	4,3	3,4	3,0	7,4	4,7	2,2	6,2	4,6	5,6
EDTA	µg/l	12,4	7,3	10,3	12,6	16,4	10,1	10,4	17,4	13,2
<i>Messstation Oberbief Lahn Flusskm 19,1 ³⁾</i>										
Abfluss	m³/s	35,8	63	17	17	30				
Temperatur	Grad C	12,2	5,4	15,9	17,1	9,3	4,8	13,6	18,4	7,8
Sauerstoff	mg/l	10,7	12,2	10,1	9,0	10,9	11,7	10,7	8,9	11,1
pH		8,1	7,8	8,0	7,8	7,8	7,7	7,8	7,7	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,13	0,16	0,07	0,08	<0,07	0,19	0,09	0,07	0,11
NO ₃ -N	mg/l	3,8	3,5	3,7	3,5	3,2	3,2	3,2	3,9	3,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,4	3,0	4,8	4,4	4,2	3,9	3,7	4,7	3,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,07	0,14	0,19	0,07	<0,05	<0,05	<0,05	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,21	0,12	0,22	0,26	0,28	0,16	0,17	0,23	0,116
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	34	23	37	32	29	26	31	37	29
Chlorid	mg/l	30	20	30	26	22	26	25	31	26
TOC	mg/l	3,9	2,5	3,1	3,3	4,2	3,6	3,7	4,0	4,2

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000				2001			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9										
Abfluss	m³/s	50,4	105	41	23	29	70	56	23	45
Temperatur	Grad C	10,1	4,3	13,4	20,9	9,1	5,7	14,5	18,9	7,8
Sauerstoff	mg/l	12,1	11,4	14,3	7,6	11,5	13,5	13,4	12	11,1
pH		8,1	7,9	8,3	7,8	8,2	8,1	8,3	8,3	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,15	0,21	0,09	<0,07	<0,07	0,17	<0,07	0,12	0,1
NO ₃ -N	mg/l	3,2	4,1	3,6	1,9	3,8	4,4	3,9	2,8	3,8
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,5	-	4,7	2,2	-	5,9	4	3,6	4,4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,08	0,06	0,06	0,16	0,09	<0,05	0,08	0,15
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,14	0,14	0,14	0,09	0,21	0,2	0,15	0,21	0,17
Leitfähigkeit	mS/m	450	356	425	440	560	477	471	430	455
Chlorid	mg/l	996	-	1190	-	-	-	1204	1271	1247
TOC	mg/l	4	3,3	2,8	2,7	4,6	5,8	4,6	6,3	5,4
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5										
Abfluss	m³/s	65	125	39	36	47	111	67	34	54
Temperatur	Grad C	11,5	4,7	15,9	19,7	10,1	4,6	17,1	17,9	7,9
Sauerstoff	mg/l	11,1	12	11,2	8,9	9,5	10,8	11,7	9,3	10,3
pH		7,8	7,6	7,8	7,7	7,7	7,6	7,9	7,7	7,5
NH ₄ -N	mg/l	0,14	0,29	0,22	<0,07	0,07	0,2	0,07	<0,07	0,11
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,6	3,4	3,4	3,0	3,8	3,5	3,0	3,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4	4,2	4,7	3,5	4,2	4,3	4,0	3,9	4
o-PO ₄ -P	mg/l	<0,05	0,07	0,07	0,07	0,07	0,06	<0,05	0,09	0,12
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,12	0,10	0,17	0,1	0,15	0,17	0,15	0,18	0,16
Leitfähigkeit	mS/m	47,5	37	49	47	48	41	46	46	43
Chlorid	mg/l	50	34	51	42	35	42	45	51	47
TOC	mg/l	3,5	3	2,8	7,2	5,3	4,8	4,7	4,4	5,8
EDTA	µg/l	2,9	<1	1,9	2,7	2,8	2,1	1,9	2,0	2,7

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000				2001			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5										
Abfluss	m³/s	2112	2203	1799	1681	1411	2180	2622	1737	1476
Temperatur	Grad C	14,5	7,8	17,3	21,3	12,8	7,7	15,5	21,2	11,2
Sauerstoff	mg/l	8,2	11,6	9,1	7,6	9,6	11,5	10,1	8,4	10,7
pH		7,9	7,9	7,9	7,8	7,8	7,9	7,9	7,8	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,07	0,10	0,06	0,04	0,08	0,11	0,06	0,03	0,06
NO ₃ -N	mg/l	2,5	3,1	2,2	1,8	2,4	3,2	2,1	1,7	2,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,3	3,5	3,0	2,1	2,8	3,8	2,4	1,9	2,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,05	0,06	0,05	0,06	0,06	0,06	0,04	0,05	0,07
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,08	0,09	0,07	0,09	0,09	0,11	0,06	0,07	0,1
Leitfähigkeit	mS/m	45	48	47	43	51	45	46	41	50
Chlorid	mg/l	56	53	52	48	62	51	39	41	55
TOC	mg/l	3,5	7,5	3,0	2,7	2,9	3,6	2,9	2,5	3,3
EDTA	µg/l	5,1	5,2	4,3	5,5	5,9	5,3	2,9	2,8	5,4

1) – Gesamt - N – Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) – Gesamt - P – Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) – vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen

a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	13,7	18,6	5,8	4,5	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9	17,2	6,0
Gießen (Mittelhessen)	13,1	18,0	4,8	3,7	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7	17,4	5,8
Viernheim (Süd Hessen)	15,8	20,8	6,6	5,6	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1	18,9	6,5

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	3	4	2	2	2	4	4	2	2	2
Bebra	7	8	16	10	6	9	16	14	5	6	15
Borken	3	4	7	5	2	4	7	7	2	4	7
Darmstadt	7	8	25	20	7	10	29	24	6	7	29
Darmstadt-Hügelstraße	159	149	135	125	140	180	138	150	129	124	153
Dillenburg	31	37	56	41	30	36	52	57	29	34	59
Ffm.-Friedb.Landstraße	59	82	107	75	75	76	116	96	51	65	112
Ffm.-Höchst	21	25	55	42	22	27	70	62	16	20	57
Ffm.-Ost	19	25	68	47	24	32	77	47	19	25	59
Frankenberg	3	3	5	4	2	2	6	4	2	2	4
Fulda	29	39	46	39	34	39	50	51	24	27	54
Fürth/Odenwald	3	3	4	2	2	2	2	4	2	2	4
Gießen	23	21	58	51	21	26	56	51	19	21	64
Grebenau	3	3	5	4	2	4	4	4	2	2	4
Hanau	21	23	55	39	20	26	57	46	19	22	56
Kassel Fünffensterstr.	-	59	95	64	52	67	104	84	46	59	90
Kassel-Nord	19	23	37	24	19	27	36	42	17	19	41
Königstein	3	3	5	4	2	2	5	5	2	2	5
Lampertheim	-	-	-	12	6	9	26	14	4	6	22
Limburg	11	12	32	21	12	16	42	36	10	11	39
Linden	5	9	20	16	9	9	17	17	5	6	20
Marburg	7	9	29	21	7	12	39	30	6	9	29
Michelstadt	-	5	20	14	6	7	26	20	5	5	20
Nidda	4	4	13	9	4	5	9	7	4	5	11
Offenbach	12	15	51	34	11	17	39	35	10	15	45
Raunheim	12	16	42	35	16	24	56	47	11	14	46
Riedstadt	5	7	23	17	7	10	30	24	5	6	25
Spessart	3	3	4	2	2	2	4	4	2	2	4
Viernheim	8	8	31	22	10	14	40	34	7	9	37
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	2	2	2	2	2	2
Wetzlar	21	21	60	47	22	25	72	62	21	16	55
Wiesbaden-Ringkirche	68	88	133	90	64	79	121	97	55	64	116
Wiesbaden-Süd	11	15	40	32	14	19	54	41	11	12	46
Witzenhausen	3	3	3	2	2	2	2	2	2	2	2
Zierenberg	-	-	-	-	2	2	4	4	2	2	4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	11	21	15	8	10	16	17	8	7	15
Bebra	25	26	33	30	23	20	22	24	15	16	24
Borken	13	14	21	20	13	13	23	24	12	11	19
Darmstadt	31	38	40	40	29	29	34	34	23	30	47
Darmstadt-Hügelstraße	68	70	53	57	69	63	52	60	67	64	58
Dillenburg	38	41	43	42	43	38	39	42	37	37	37
Ffm.-Friedb.Landstraße	63	71	56	63	79	69	68	74	58	61	64
Ffm.-Höchst	45	48	48	46	45	39	53	62	41	42	44
Ffm.-Ost	40	47	52	52	41	38	48	43	34	39	39
Frankenberg	7	7	17	15	7	8	16	16	7	7	11
Fulda	37	39	39	37	40	33	33	39	31	34	37
Fürth/Odenwald	8	8	20	16	9	11	17	17	8	8	16
Gießen	40	41	45	46	40	36	41	46	36	36	40
Grebenau	10	11	18	14	9	10	14	16	9	9	15
Hanau	41	45	50	45	43	40	49	55	42	43	48
Kassel-Fünffensterstr.	-	60	55	49	56	48	47	49	47	51	48
Kassel-Nord	31	36	34	32	33	32	30	35	27	30	36
Königstein	11	12	20	17	11	11	21	20	10	10	17
Lampertheim	-	-	-	26	16	16	24	26	17	17	24
Limburg	29	31	33	31	27	26	30	38	28	29	35
Linden	20	23	30	28	20	20	28	30	18	20	26
Marburg	26	32	41	35	30	20	33	40	23	24	33
Michelstadt	16	16	26	25	20	17	24	30	17	16	26
Nidda	20	22	31	29	15	16	26	26	15	18	27
Offenbach	37	44	53	49	36	35	38	44	36	38	43
Raunheim	35	41	39	38	37	37	37	44	32	32	39
Riedstadt	22	29	35	33	24	26	33	37	20	22	31
Spessart	8	9	21	18	7	9	16	15	7	8	15
Viernheim	27	30	39	38	29	29	37	42	28	27	38
Wasserkuppe	-	-	-	-	6		9	9	6	6	10
Wetzlar	38	41	41	40	37	32	36	44	35	30	35
Wiesbaden-Ringkirche	65	77	63	59	66	64	60	61	52	58	57
Wiesbaden-Süd	36	42	44	43	38	34	40	46	31	33	33
Witzenhausen	8	8	17	12	6	8	13	13	8	7	14
Zierenberg	-	-	-	-	11	10	16	18	9	11	15

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	76	39	49	78	54	31	42	75	66	35
Bebra	55	49	22	34	57	37	20	31	61	52	22
Borken	66	60	29	41	67	48	28	39	66	56	25
Darmstadt	59	56	21	28	58	38	20	25	55	46	14
Dillenburg	41	33	15	21	39	23	10	17	44	33	12
Ffm.-Höchst	45	41	16	24	45	32	13	20	51	39	12
Ffm.-Ost	53	42	16	24	51	31	12	23	59	47	16
Frankenberg	79	76	37	49	79	54	28	41	80	70	31
Fulda	51	41	19	28	48	35	21	29	58	45	18
Fürth/Odenwald	85	83	41	54	88	68	42	52	85	79	38
Gießen	43	69	11	18	42	26	11	19	50	41	11
Grebenau	70	63	29	41	77	52	32	42	73	66	32
Hanau	53	48	20	29	55	37	15	23	57	50	13
Kassel-Nord	53	43	23	36	53	34	20	28	55	48	17
Königstein	79	72	35	45	79	54	27	36	77	66	28
Lampertheim	-	-	-	40	49	32	16	28	54	48	18
Limburg	54	46	22	31	49	36	21	26	59	52	20
Linden	54	50	26	35	52	40	21	29	60	50	19
Marburg	55	48	17	30	53	24	12	24	62	52	18
Michelstadt	-	56	26	36	55	43	22	31	56	50	20
Nidda	65	62	22	32	66	47	21	33	67	63	23
Offenbach	51	47	13	21	50	32	11	19	54	42	12
Raunheim	53	46	20	30	53	38	17	24	59	49	18
Riedstadt	57	50	21	36	62	46	22	32	68	57	19
Spessart	82	75	42	54	92	72	38	53	92	79	39
Viernheim	58	56	20	27	56	41	15	24	57	49	15
Wasserkuppe	-	-	-	-	82		58	67	98	93	60
Wetzlar	41	37	14	22	40	29	11	16	50	43	13
Wiesbaden-Süd	54	51	20	27	53	38	13	22	57	47	15
Witzenhausen	86	85	42	53	90	66	45	52	86	80	43
Zierenberg	-	-	-	-	75	47	27	42	79	71	40

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3
Bebra	4	3	5	4	3	3	3	4	3	3	3
Borken	4	3	4	4	3	3	3	4	3	3	3
Darmstadt	4	3	7	7	3	3	5	6	3	3	3
Dillenburg	4	3	4	4	3	3	3	4	3	3	3
Ffm.-Höchst	5	5	8	7	4	4	6	8	3	3	4
Ffm.-Ost	4	4	8	7	3	3	7	8	4	3	5
Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	3	3	5	5	3	3	3	5	3	3	4
Fürth/Odenwald	3	4	5	5	3	3	3	3	3	3	3
Gießen	4	4	6	5	3	3	3	4	3	3	3
Grebenau	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	4	4	9	9	4	3	8	9	4	3	6
Kassel-Nord	4	4	5	4	3	3	4	6	4	4	4
Königstein	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	-	-	-	5	3	3	4	4	3	3	4
Limburg	3	3	4	5	3	3	4	5	3	3	4
Linden	3	3	4	4	3	3	3	4	3	3	4
Marburg	3	3	5	5	3	3	4	5	3	3	4
Michelstadt	3	3	7	6	3	3	5	7	3	3	5
Nidda	3	3	5	5	3	3	3	4	3	3	4
Offenbach	4	4	7	8	4	3	5	7	3	3	5
Raunheim	6	4	8	7	3	3	5	10	4	4	8
Riedstadt	3	3	5	5	3	3	3	4	3	3	4
Spessart	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3
Viernheim	5	4	8	9	4	3	6	8	4	4	6
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	3	3	3	3	3	3
Wetzlar	3	3	4	4	3	3	3	3	3	3	3
Wiesbaden-Süd	5	4	8	8	4	3	5	6	4	3	5
Witzenhausen	4	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	-	-	-	-	3	3	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
 f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Darmstadt	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5
Darmstadt-Hügelstraße	1,8	1,8	1,5	1,3	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1	1,0	1,3
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,6	1,8	1,3	1,0	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8	0,9	1,3
Ffm.-Höchst	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,5
Fulda	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,5
Gießen	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,4	0,6
Hanau	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3	0,3	0,6
Kassel-Fünffensterstr.	-	1,3	1,5	1,3	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8	0,8	1,2
Kassel-Nord	0,5	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4	0,3	0,6
Limburg	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5
Linden	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3
Offenbach	0,4	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,2	0,4
Raunheim	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,7
Viernheim	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,4
Wetzlar	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,6
Wiesbaden-Ringkirche	1,4	1,6	2,0	1,7	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0	1,0	1,4
Wiesbaden-Süd	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5
Zierenberg	-	-	-	-	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
 g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Ffm.-Höchst	57	57	107	113	67	40	87	80	40	47	93
Ffm.-Ost	57	79	86	73	40	40	67	67	47	53	67
Kassel-Nord	64	57	57	47	113	53	80	87	47	53	73
Riedstadt	29	29	57	47	27	27	40	33	20	33	53

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10* in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1999			Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	26	19	18	19	20	14	16	16	24	22
Bebra	26	28	23	21	24	23	20	25	21	23	23
Borken	21	27	21	19	19	20	15	19	25	23	22
Darmstadt	28	29	26	24	24	23	20	26	27	27	30
Darmstadt-Hügelstraße	-	-	-	35	32	33	31	38	34	36	40
Dillenburg	27	28	27	23	26	27	23	25	34	23	23
Ffm.-Friedberger Landstr.	-	-	-	-	-	-	-	-	33	38	48
Ffm.-Höchst	29	28	27	26	25	25	24	34	33	20	23
Ffm.-Ost	38	36	37	34	31	30	28	33	25	33	34
Fulda	32	33	24	24	23	20	21	25	32	19	24
Gießen	32	32	28	26	25	32	32	28	22	19	20
Hanau	28	25	26	24	22	23	21	25	22	28	32
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	32	33	32	37	38	31	31	37
Kassel-Nord	32	30	29	24	26	27	22	24	30	16	29
Lampertheim	-	-	-	-	-	13	12	16	18	13	18
Limburg	27	28	24	22	22	22	19	24	13	30	31
Marburg	34	31	26	23	26	23	20	23	29	28	23
Michelstadt	-	23	21	20	19	18	17	29	27	20	22
Nidda	23	24	20	20	18	18	14	22	22	30	29
Offenbach	30	37	44	43	41	44	20	24	27	18	28
Raunheim	28	28	27	27	24	24	23	24	18	21	24
Riedstadt	27	30	23	23	24	25	20	21	21	32	28
Viernheim	27	26	25	26	21	21	22	24	19	16	20
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	12	7	8	18	12	9
Wetzlar	32	33	31	27	29	27	26	29	13	27	30
Wiesbaden-Ringkirche	-	-	-	29	-	35	38	28	24	27	32
Wiesbaden-Süd	31	32	29	28	24	21	25	28	26	22	28

* PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.